Ausgabe 5 - Oktober 2016

14. Jahrgang, Nr. 80

Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

US-Kriegspolitik

Keegan Farley ~ Die Hochzeit der Kriegstreiber: Hillary Clinton und der überparteiliche Plan zur Ausweitung der Amerikanischen Macht - **1**

EU-Militarisierung

Jürgen Wagner ~ Bratislava-Agenda: EU-Rüstungsschub nach dem Brexit - **11**

Ägypten

Jacqueline Andres ~ Ägyptens Diktatur: Deutschlands Partner im Kampf gegen Terrorismus und Migration - **23**

Deutschland und die Bundeswehr

Martin Kirsch ~ Bundeswehr in den Straßen? - **14**

Thomas Mickan ~ Unkontrollierte Gewalt. Die unerträgliche Demokratiefeindschaft des Kommando Spezialkräfte - **17**

Paul Russmann ~ „Mit Mozart gegen Kampfdrohnen“. Lebenslaute-Konzert vor dem AFRICOM - **21**

Claudia Haydt ~ Rüstungshaushalt. Bald 40 Milliarden für das Militär - **22**

Neue Kriegsführung

Thomas Gruber ~ Strategien im Cyberkrieg. Verschiedene Perspektiven auf das fünfte Schlachtfeld - **31**

Editorial:

Der nächste IMI-Kongress steht vor der Tür und die Vorbereitungen dazu laufen auf Hochtouren (Programm siehe Rückseite)! Wir freuen uns daher sehr, Euch auch dieses Jahr wieder dazu einladen zu dürfen. Er wird wie immer in Tübingen und zwar am 19. und 20. November stattfinden. Doch vorab haltet ihr den neuen AUSDRUCK in den Händen. Pünktlich vor den US-Wahlen ist von Keegan Farley eine Studie zu Hillary Clinton und deren Verstrickungen in die US-Kriegspolitik abgedruckt. Mit Ägypten wird ein weiterer Partner Deutschlands von Jacqueline Andres untersucht.

Nicht nur im Ausland, auch innerhalb Deutschlands stehen die Zeichen „günstig“ für eine noch schärfere Militarisierung. Das neue Weißbuch ist erschienen und die ersten Bundesländer planen gemeinsame Übungen im Inneren zwischen Polizei und Militär. Zu letzteren kann hier von Martin Kirsch Genaueres gelesen werden. Thomas Mickan berichtet ferner über das Kommando-Spezialkräfte (KSK), welches sein 20-jähriges Bestehen dieses Jahr begeht. Nicht zu vergessen: Die IMI wurde aufgrund der Aufstellung des KSK ins Leben gerufen. Zwei Zeitzeug_innen berichten hier über ihre Erlebnisse dazu. Jürgen Wagner und Claudia Haydt beschäftigen sich zudem noch mit dem Thema Rüstung, einmal für die EU und einmal für Deutschland. Zu guter Letzt soll aber auch das Positive nicht fehlen, wenn Paul Russmann in einem Gastbeitrag über die diesjährige Aktion der Lebenslaute vor den Toren des AFRICOMs in Stuttgart berichtet – ein schöner Erfolg.

Die Redaktion

Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Andreas Seifert, Thomas Mickan.

Erscheinungsweise: Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Bildnachweise wie angegeben außer: Titelbild: Gage Skidmore/flickr.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Jürgen Wagner und Claudia Haydt sind IMI-Vorstandsmitglieder. Thomas Mickan, Jaqueline Andres und Thomas Gruber sind IMI-Beiräte. Martin Kirsch und Keegan Farley waren Praktikanten bei der IMI. Paul Russmann arbeitet bei „Ohne Rüstung leben“.

Hinweise zu Internetlinks in dieser Ausgabe: Alle enthaltenen Link-Verweise wurden von den jeweiligen Autoren/Autorinen zum Zeitpunkt der Drucklegung geprüft – für eine darüberhinausgehende Aktualität können wir keine Gewähr geben.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der
Kreissparkasse Tübingen
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32
BIC: SOLADES1TUB.
Konto des IMI-Förderverein:
IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96
BIC: SOLADES1TUB.

Kontakt: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203 (Sudhaus)
72072 Tübingen
Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Die Hochzeit der Kriegstreiber

Hillary Clinton und der überparteiliche Plan zur Ausweitung der Amerikanischen Macht

von Keegan Farley

Womöglich bedarf es keiner besonderen Betonung, aber immer wenn ein Präsident der Vereinigten Staaten sein Amt antritt, wird die Ausrichtung seiner Außenpolitik in Übereinstimmung oder Abgrenzung zu der Politik seines Vorgängers entwickelt. Bei der außenpolitischen Bilanz von US-Präsident Barack Obama handelt es sich um eine Art Gemischtwarenladen. Er verantwortete das fortgesetzte militärische Engagement in Afghanistan und im Irak – sinnlose, gewaltsame Versuche, diese Länder unter Kontrolle zu bringen. In Libyen förderte er einen Regimewechsel und regionales Chaos durch eine NATO-Bombardierung. Seine militärischen Handlungen trugen in Syrien zu den schrecklichen Zuständen bei, aufgrund derer Millionen fliehen müssen. Laut seines stellvertretenden Nationalen Sicherheitsberaters Ben Rhodes, ordnete er „ohne Bedenken“[1] Drohnenschläge in Jemen, Pakistan und Ostafrika an, durch die wahllos Hunderte getötet wurden. Und um dem allem die Krone aufzusetzen, haben die Spannungen mit Russland und China nicht zuletzt aufgrund unnötiger amerikanischer Provokationen und heftigem Säbelrasseln ein Allzeithoch erreicht.

Aus einem etwas wohlwollenderen Blickwinkel wies er dagegen die militaristischeren Mitglieder seiner Regierung erfolgreich in die Schranken. Das US-Militär hat Libyen nicht in einem weiteren Versuch zur Staatenbildung besetzt. In Syrien entschied sich Obama gegen einen Regimewechsel, wodurch ein Machtvakuum und eine noch verheerendere Situation entstanden wäre. Mit dem Iran ist ein Krieg aufgrund des unter seiner Regierung abgeschlossenen Atomdeals weit weniger wahrscheinlich geworden und in der Ukraine verzichtete er darauf, die Streitkräfte mit schweren Waffen für ihren Kampf gegen die von Russland unterstützten Kräfte zu beliefern. Jeder, der sich über die mit den US-Kriegen einhergehenden Grausamkeiten im Klaren ist, kann dies nicht als Kleinigkeiten abtun. Angesichts des Drucks, dem Obama ausgesetzt war, einen härteren Kurs einzuschlagen, war seine Fähigkeit, auf die Bremse zu treten, bemerkenswert.

Auch wenn Obama möglicherweise „darauf setzt, dass er für die Dinge, die er nicht getan hat, positiv beurteilt wird“[2], sind viele Außenpolitikexperten sowie aktuelle und frühere Mitglieder seiner Regierung über die an den Tag gelegte Zurückhaltung und aufgrund seines exklusiven Regierungsstils frustriert. Der ehemalige Verteidigungsminister Robert Gates gab zu Protokoll, der Präsident habe gegenüber seinem Stab einmal gesagt: „Ich kann jeden eurer Jobs besser machen als jeder von euch.“[3] Obama entwickelte eine Aversion gegen das außenpolitische Establishment und er entschied sich dazu – ob positiv oder negativ –, viele außenpolitische Entscheidungen mit minimalem Input seines Kabinetts zu fällen. Im Gefühl, ausgeschlossen zu werden, haben Viele seine Regierung verlassen – eine davon war nicht zuletzt Hillary Rodham Clinton (HRC).

Nach einer hart umkämpften Kampagne um die Kandidatur vereitelte der jüngere und charismatischere Barack Obama 2008 HRCs Ambitionen auf die Präsidentschaft. Als Außenministerin war sie eine der militaristischsten Mitglieder von Obamas Kabinett – dort trieb sie ihre aggressive Politik so weit wie möglich voran, bis sie mit dem Präsidenten aneinander geriet. Sie war die treibende Kraft hinter dem militärischen Aufwuchs in Afghanistan und in Libyen „war sie eine der wichtigsten Befürworterinnen der Intervention.“[4] HRC war (und ist) keine Freundin friedlicher Diplomatie, sondern eine vehemente Befürworterin waghalsiger Politik – „Krieg androhend, um Forderungen an andere Regierungen zu untermauern.“[5]

Der Außenminister ist eine der einflussreichsten Positionen, die man in einer US-Regierung innehaben kann, aber HRC musste mit Klauen und Zähnen um die Umsetzung ihrer Politik kämpfen. Manche haben ihre Amtszeit mit Worten gelobt, wie etwa, sie habe “eine beeindruckende Demut” in den Fällen an den Tag gelegt, in denen Obama ihre Vorschläge versenkte.[6] In Erwartung, die nächste Präsidentin der Vereinigten Staaten (POTUS) zu werden, hat HRC inzwischen genug von Demut und ist begierig über die Macht zu verfügen, das letzte Wort zu haben. Sie ist der Auffassung, dass die Führungsfähigkeiten und das Ansehen der Vereinigten Staaten unter Präsident Obama gelitten haben. Ihr Ziel als Präsidentin wird es sein, beides wieder herzustellen. Im Gegensatz zu Obama, der sein Amt aufgrund seiner Sorge vor Fehlschlägen und seiner „Mach-keinen-dummen-Scheiß-Politik“ mit einer gewissen Selbstbeschränkung antrat, ist HRCs politische Karriere ohnehin schon mit politischen Fehlschlägen gespickt und sie wird im Weißen Haus nicht annähernd so konfliktscheu sein wie Obama.

Darüber hinaus bahnt sich in den Vereinigten Staaten diese Wahlsaison eine monumentale Neuaufstellung der politischen Parteien und ihrer Politik an. Die republikanische Partei ist in Aufruhr, nachdem Donald Trump zu ihrem Präsidentschaftskandidaten gekürt worden ist. Bernie Sanders rückte viele junge Demokraten nach links von dem Standort, wo HRC, die Kandidatin der Partei, steht. Diese Kandidaten verdankten ihre Beliebtheit eher der Innenpolitik als ihren außenpolitischen Programmen, aber es ist genau innerhalb des außenpolitischen Establishments, wo sich die wichtigsten Änderungen abspielen.

In Ermangelung eines traditionellen republikanischen Kandidaten erklären Neokonservative, die lange zum militaristischsten Flügel der Republikaner zählten, nun ihre Unterstützung für hrc. Ihre Berater begrüßten die Neuankömmlinge und haben zusammen mit ihnen eine überparteiliche Außenpolitik entwickelt, die nach Amtsantritt umgesetzt werden soll, falls HRC die Wahl gewinnt. Dieses Phänomen lässt sich am deutlichsten anhand des Berichtes Die Ausweitung Amerikanischer Macht (Extending American Power, EAP) des Center for a New American Security veranschaulichen.[7] Der Bericht „ist derzeit wahrscheinlich der beste Hinweisgeber, wohin eine Regierung unter Hillary Clinton das Land führen wird. Er ist nicht nur ‚überparteilich‘. Das entscheidende Merkmal ist die Verschmelzung von liberalen Interventionisten (repräsentiert von Flournoy, Campbell, Rubin und Steinberg) und Neokonservativen (wie Kagan und Edelman).“[8]

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Diese Studie will in keiner Weise nahe legen, Trump sei der bessere Kandidat. Er fördert Angst und Hass und ist vermutlich dazu in der Lage, Bomben auf jeden abzuwerfen, der es wagt, ihn zu kritisieren. Was die Außenpolitik anbelangt, wollen sowohl Trump als auch HRC die amerikanische Rolle als globaler Führer wiederherstellen. Aber Trump ist zu unberechenbar und nicht vertrauenswürdig genug für die etablierten Hardliner im Außenpolitikapparat. Diese Leute wissen, was sie an HRC haben und sie sind begierig, mit ihr zusammenzuarbeiten. Mittels einer Analyse der Autoren des EAP-Berichts, mithilfe von Aussagen der HRC-Berater und von ihr selbst will diese Studie den Wandel im amerikanischen Außenpolitikgefüge und seine Folgen, sollte Hillary Clinton zur Präsidentin gewählt werden, herausarbeiten.

Recht ähnlich: Neokonservative und Liberale Interventionisten

Der beste Weg, um den Neokonservatismus und seine Bedeutung zu erfassen, dürfte darin bestehen, sich hinsichtlich seiner Ideologie zuerst auf Robert Kagan, einen seiner einflussreichsten Exponenten, zu beziehen. Er gibt an, dass „er auf einen kraftvollen Moralismus und Idealismus in weltpolitischen Angelegenheiten setzt; auf einen Glauben an Amerikas hervorgehobene Rolle als Förderer von Prinzipien der Freiheit und Demokratie; auf eine Überzeugung in die Aufrechterhaltung der US-Vorherrschaft; auf die Ausübung von Macht, einschließlich militärischer Macht als Instrumente zur Verteidigung und Förderung moralischer und idealistischer Ziele; und auf einen Argwohn gegenüber internationalen Institutionen und auf eine Tendenz hin zum Unilateralismus.“[9] Die Wandlung der Neokonservativen, die im Laufe des 20. Jahrhunderts von einer politischen Philosophie ehemaliger Trotzkisten, zu anti-kommunistischen Liberalen konvertierten und dann den Reihen militaristischer Republikaner beitraten, ist sicher eine faszinierende Entwicklung. Augenblicklich ähnelt nur noch das Prinzip einer permanenten Revolution dem Trotzkismus – allerdings mit dem Unterschied, dass am Ende nicht der weltweite Sozialismus, sondern eine Weltordnung stehen soll, die auf amerikazentrierten neoliberalen Idealen basiert.

Der EAP-Bericht sieht sich in der Tradition vieler neokonservativer Politikpapiere, angefangen mit der Defense Planning Guidance (DPG, 1992). Die führenden Neokonservativen in George H.W. Bushs Regierung – Paul Wolfowitz, Lewis Libby und Zalmay Khalilzad – schrieben 1992 ein Memorandum, das vom damaligen Verteidigungsminister Dick Cheney hochgelobt wurde. Die DPG sickerte an die New York Times durch und im entsprechenden Artikel beschrieb der Autor das Dokument als „ein breit angelegter neuer Politikentwurf, der sich in seinem finalen Entwurfsstadium befindet. Das Verteidigungsministerium erklärt darin, dass die politische und militärische Aufgabe nach dem Kalten Krieg darin bestehen wird, sicherzustellen, dass die Entstehung eines neuen Rivalen in Europa, Asien oder dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion verhindert wird.“[10]

Der an die Öffentlichkeit geratene Entwurf rief vielfach Kritik an einer solchen Hegemonialpolitik hervor. Trotz dieser negativen Reaktionen sollte der Einfluss der DPG dennoch nicht unterschätzt werden. Michael Mastandunos Worte schätzen die Tragweite der DPG realistisch ein, die die US-Außenpolitik in den Folgejahren entscheidend prägen sollte: „Obwohl sich US-Offizielle damals öffentlich von der DPG distanzierten, haben ihre Logik und Argumente tatsächlich die US-Sicherheitspolitik bestimmt. [...] In der Tat folgten die US-Politiker konsequent einer Strategie, die ein klares Ziel verfolgte – die Bewahrung der überragenden amerikanischen Position in der Welt.“[11]

Als Bill Clinton zum Präsidenten gewählt wurde, verloren die Neokonservativen, die sich die Position der DGP zu Eigen gemacht hatten, ihr offiziellen Posten. Doch auch ohne diese Personen erwies sich Clinton als eifriger Befürworter der US-Vorherrschaft. Durch so genannte humanitäre Interventionen (der Krieg gegen Jugoslawien) und indem sichergestellt wurde, dass die US-Waffenhersteller faktisch über das Monopol im internationalen Waffenhandel verfügten, blieb die erforderliche militärische Infrastruktur erhalten, um die Vorherrschaft unter dem folgenden Präsidenten erneut anzustreben.

Mehrere Jahre vor der Präsidentschaftswahl 2000 versammelte sich eine Gruppe Neokonservativer, um eine Denkfabrik zu gründen – das Project for a New American Century (PNAC). Seine 1997 verabschiedeten Grundprinzipien loben die Erhabenheit der Außenpolitik unter Präsident Ronald Reagan und bringen die dringende Notwendigkeit zum Ausdruck, die weltweite US-Führerschaft mittels verstärkter Militäreinsätze und über das neoliberale Weltwirtschaftssystem durchzusetzen.[12]

Wie sich zeigen sollte, wurden 10 der 25 Unterzeichner der Grundprinzipien auf Posten in der Regierung George W. Bushs (2001-2009) berufen, einschließlich Dick Cheney, Paul Wolfowitz und Donald Rumsfeld – alles Namen, die zum Synonym für die ruchlosen Verbrechen während des „Krieges gegen den Terror“ wurden, vor allem im Irak und in Afghanistan. Besonders einflussreich wurde das PNAC über seinen Bericht Rebuilding America’s Defenses. Maßgebliche Teile des Dokumentes, das im September 2000 veröffentlicht wurde, sollten zur offiziellen US-Politik erhoben werden, nachdem George W. Bush kurz darauf sein Amt antrat. Die Begriffe Präemptivkrieg, Regimewechsel und Pax Americana tauchten alle sowohl in diesem Bericht als auch in den späteren Politikentscheidungen der Bush-Administration auf.

PNACs Rebuilding America’s Defenses brachte den Neokonservatismus über den „Krieg gegen den Terror“ in den politischen Mainstream. Im Verlauf des Krieges realisierte die Öffentlichkeit allerdings, dass die Verbreitung der Pax Americana nicht in ihrem Interesse lag: „Ungefähr die Hälfte (51% [der US-Bevölkerung 2005]) sind mit Bushs Außenpolitik unzufrieden und 57% sind mit seiner Irak-Politik unzufrieden.“[13] 2006 schloss PNAC in etwa zur selben Zeit seine Tore, als auch die Neokonservativen Paul Wolfowitz, Donald Rumsfeld und Lewis Libby ihre Posten in Bushs Regierung verloren. In dem Versuch, eine neokonservative Stimme im außenpolitischen Establishment zu erhalten, fanden sich 2009 vier Personen zusammen, um die Denkfabrik Foreign Policy Initiative mit dem Ziel zu gründen, die Ideen des PNAC am Leben zu halten. Zwei davon, Robert Kagan und Eric Edelman, sollten später an dem Projekt teilnehmen, das den EAP-Report ausarbeitete.

Die Unterschiede zwischen Neokonservatismus und Liberalem Interventionismus herauszuarbeiten ist nicht ganz einfach, da beide dieselben Ziele verfolgen, eine Welt frei von anti-amerikanischen Staatsoberhäuptern zu schaffen, in der Freihandel und Demokratien nach amerikanischem Vorbild dominieren. Beide Lager setzen auf Militäreinsätze, um ihre Ziele umzusetzen. Wo traditionell kleine Unterschiede existieren ist, wie bereits von Kagan angedeutet, die Sichtweise auf internationale Organisationen wie UNO und NATO. Nachdem sie amerikanischen Militäreinsätzen eine gewisse Legitimität

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Die Ausweitung Amerikanischer Macht: Unterzeichner

Liberale Interventionsten

Michèle Flournoy: Gründerin des CNAS. Arbeitete in der Obama-Regierung als Unterstaatssekretärin im Pentagon, lehnte den Posten der Verteidigungsministerin aber aufgrund ideologischer Differenzen mit Obama ab. Beraterin der HRC-Kampagne. Gilt als aussichtsreichste Kandidatin für den Posten als Verteidigungsministerin in einer möglichen HRC-Regierung.

Kurt Campbell: Arbeitete bis 2013 als Referatsleiter für Ostasien und den Pazifik im US-Außenministerium. Clinton gab ihm nach seinem Weggang den Distinguished Service Award - die höchste diplomatische Auszeichnung der USA. Er arbeitete ursprünglich für Marco Rubios Wahlkampagne, wechselte dann aber die Seiten, um HRCs Asienabteilung zu leiten.

James P. Rubin: Ko-Vorsitzender des EAP-Projekts. Früherer Referatsleiter im Außenministerium und Pressesprecher während der Präsidentschaft Bill Clintons.

Julianne Smith: Ehemalige stellvertretende Nationale Sicherheitsberaterin von Vizepräsident Joe Biden. Aktuell beim CNAS und bei Beacon Global Strategies (BGS), einer Beratungsfirma für Waffenproduzenten. Leitet HRCs Europa- und Russland-Gruppe.

James Steinberg: Früherer stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater Bill Clintons und stellvertretender Außenminister unter HRC.

Neokonservative

Robert Kagan: Einer der wichtigsten Figuren unter den Neokonservativen. War führendes PNAC-Mitglied und Chefberater der republikanischen Präsidentschaftskandidaten John McCain und Mitt Romney, sprach sich nun aber für HRC als Präsidentin aus. und veranstaltete im Juli 2016 ein Abenddinner als Spendenaktion für HRC. Ko-Leiter des EAP-Projektes

Stephen Hadley: Ein Freund HRCs aus Yale. Früherer Nationaler Sicherheitsberater in der zweiten Amtszeit George W. Bushs und einer der bekanntesten Neokonservativen. Er arbeitet derzeit für RiceHadleyGates (einer ähnlichen Firma wie BGS) und sitzt im Vorstand von Raytheon, einer Waffenfirma. Mitglied des U.S. Committee on NATO.

Eric Edelman: Arbeitete unter George W.- Bush als Unterstaatssekretär im Pentagon. Gründungsmitglied der Foreign Policy initiative, dem Versuch, ein neues PNAC zu schaffen. Arbeitet jetzt für BGS. Gilt als einer der profiliertesten Kriegsfalken.

Richard Fontaine: CNAS-Präsident. Früherer Berater von Senator John McCain.

Robert Zoellick: Ein weiteres ehemaliges PNAC-Mitglied. Handelsbeauftragter unter George W. Bush. Von 2007 bis 2012 Präsident der Weltbank.

Fotos: US-Außen- und Verteidigungsministerium

verleihen können, präferieren Liberale Interventionisten bei ihrer Planung und Durchführung mit diesen Institutionen wo es möglich ist zusammenzuarbeiten. Neokonservative tendieren dagegen dazu, die militärische Macht der USA als ausreichende Legitimation für unilaterales Handeln zu betrachten und internationale Organisationen soweit wie nur möglich zu meiden.[14]

In jüngster Zeit verwischen die Unterschiede zwischen Neokonservativen und Liberalen Interventionisten immer weiter. Einige Neokonservative wie etwa Kagan bevorzugen es nun, als Liberale Interventionisten bezeichnet zu werden, womöglich, weil er der Auffassung ist, der Begriff bringt weniger Ballast mit sich.[15] Die Mitglieder beider Gruppen könnten treffender als Amerikanische Imperialisten deklariert werden und Hillary Clinton könnte zu ihrer Anführerin werden, sollte sie zur Präsidentin gewählt werden. Denn da bei diesem Urnengang die Wahl zwischen Donald Trump und Hillary Clinton besteht, ist sie die offensichtliche Kandidatin der Hardliner. Neokonservative und Liberale Interventionisten haben sich in ihrer Enttäuschung über die Rückschläge, die Clinton während Obamas Präsidentschaft erlitt, angenähert und sie versuchen ihre ohnehin schon militaristische Auenpolitik noch einen Schritt weiter zu treiben, um ihre Vision eines amerikanischen Imperiums umzusetzen und/oder ihre Brieftaschen und die ihrer Unterstützer aufzufüllen.

Center for a New American Security (CNAS)

2007 gründeten Michèle Flournoy und Kurt Campbell das CNAS, „um eine zielstrebige, pragmatische, prinzipientreue nationale Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwikkeln.“[16] Das CNAS ist rasch zu einer der einflussreichsten Denkfabriken in den USA geworden, das mit aktuell 131 Beschäftigten unzählige Artikel und Berichte darüber veröffentlicht, wie die USA am besten ihre Macht ausbauen und anwenden können.

Viele der Angestellten sind vormalige Regierungsbeamte oder haben Ambitionen auf künftige Regierungsposten. Obwohl sie sich stark den Demokraten zuneigt, rühmt sich die Denkfabrik zu einer Zeit ihres überparteilichen Ansatzes in außenpolitischen Fragen, in der die politische Polarisierung den Kongress seit Jahren mit Stillstand plagt. Das CNAS verdeutlicht den Wandel innerhalb von Demokraten und Republikanern, indem sich beide Seiten im Bestreben annähern, den Status quo einer amerikazentrierten Weltordnung aufrechtzuerhalten. Einige gestandene republikanische Neokonservative versammeln sich nun im demokratischen Lager, da sie in Hillary Clinton die Personifizierung ihrer Ideologie erkennen, während Donald Trumps Außenpolitik ihrer Auffassung nach entweder zu unkalkulierbar oder nicht aggressiv genug ist. So wird Robert Kagan bezüglich HRC mit den folgenden Worten zitiert: „Sollte sie die Politik betreiben, von der wir denken, dass sie sie verfolgen wird, […] könnte das als neokonservativ bezeichnet werden, auch wenn ihre Unterstützer es natürlich nicht so nennen werden, sie werden es irgendwie anders bezeichnen.“[17]

Im CNAS existiert ein außenpolitischer Konsens, das US-Militär massiv auszubauen und einzusetzen und gleichzeitig die neoliberale Weltwirtschaftsordnung zu stärken undauszuweiten. Die Organisation selbst wird vorwiegend von Rüstungsfirmen (Lockheed Martin, Boeing, Raytheon, Northrop Grumman; etc.), Finanzunternehmen (Bank of America, Morgan Stanley, Prudential Financial; etc.) und multinationalen Konzernen (Chevron Corporation, ExxonMobil, Google;

etc.) unterstützt, die alle ein gemeinsames Interesse daran haben, ihre Profite durch die Verbreitung von Neoliberalismus und Konflikten zu mehren. Während sich die Wahl nähert, setzen die Kriegstreiber im CNAS auf einen Sieg Clintons und darauf, so viele Posten in ihrer Administration zu ergattern, wie möglich.

CNAS gleicht einem PNAC 2.0, dem neuesten Modell einer militaristischen Denkfabrik, die die dringende Notwendigkeit für die Ausweitung der US-Vorherrschaft betont. Doch in der Art, wie es organisiert und betrieben wird, stellt das CNAS eine noch gefährlichere Herausforderung als das PNAC dar. Seine Betonung der Überparteilichkeit verleiht seiner Arbeit den Anschein, als sei es in der Lage, den Stillstand im Kongress überwinden zu können. Jeder neue Präsident behauptet von sich vergeblich, dass er beide politischen Parteien dazu bringen wird, zusammenzuarbeiten. Indem sie die Politikvorschläge des CNAS übernimmt, wird es Clinton möglich sein, als Vermittlerin zwischen den verfeindeten Seiten aufzutreten. Darüber hinaus hofft die Clinton-Kampagne die Stimmen von Anti-Trump-Republikanern zu gewinnen, ohne den Kern ihrer demokratischen Unterstützer zu verlieren, wofür das CNAS eine Brücke liefern könnte.

Der Bericht zur Ausweitung der Amerikanischen Macht

Der CNAS-Globalstrategie-Bericht Extending American Power (EAP) ist, was den Inhalt anbelangt, dem Dokument Rebuilding America's Defenses verdächtig ähnlich, er wurde lediglich dem aktuellen geopolitischen Umfeld angepasst. Er ist vollgestopft mit Vorschlägen für militaristische Maßnahmen und Freihandelsabkommen und zwar in einer Form, die „lang genug ist, um substanziell zu erscheinen, aber kurz genug, dass es auch manche Leute tatsächlich lesen."[18]

Der EAP-Bericht ist das Ergebnis eines einjährigen Projektes, in dem sich CNAS-Mitglieder und Gastwissenschaftler sechsmal zum Abendessen trafen und darüber diskutierten, wie der nächste Präsident die US-Führung in der Welt wieder für sich reklamieren könnte. Der Report basiert auf der Annahme, dass die Welt aufgrund der schwachen amerikanischen Führung der letzten Jahre ein chaotischer und gefährlicher Ort geworden ist. Er argumentiert, dass die glorreiche Weltordnung der vergangenen 70 Jahre zuletzt durch Russland, China, terroristische Organisationen, die Cyberwelt und wirtschaftliche Veränderungen gestört wurde. In weniger als zwanzig Seiten präsentiert er immer dieselbe Patentlösung für all diese Bedrohungen, von denen die meisten erst durch die Vereinigten Staaten als ein Ergebnis genau der Politik geschaffen oder verschlimmert wurden, die in diesem Bericht gefordert wird.

Die Unterzeichner des EAP-Berichts setzen sich aus Demokraten, ehemaligen und aktuellen HRC-Mitarbeitern, aber auch aus ausgewiesenen Neokonservativen zusammen, die zuvor bei den Republikanern verortet waren (siehe Grafik). Die Tatsache, dass diese zehn Individuen zusammenfanden, um den EAP-Bericht anzufertigen und zu veröffentlichen, belegt einen fundamentalen Wandel in der typischerweise sehr parteigebundenen Politik der USA. Sie realisierten, dass sowohl Bernie Sanders als auch Donald Trump eine Gefahr für den Status quo darstellten, was weder für sie selbst noch für ihre Klientel von Vorteil ist. Nachdem kein anderer republikanischer Kandidat zur Verfügung stand, hat das außenpolitische Establishment seinen Hut für Hillary Rodham Clinton in den Ring geworfen, damit sie die im EAP vorgezeichnete Politik ausführt. Die Vorstellung, dass sich Politstrategen unterschiedlicher Lager zusammenfinden, um bestimmte Ziele zu erreichen, mag sich zunächst sinnvoll anhören. Aber die überparteiliche Politik, die sich durch diesen Bericht zieht, wäre der Sicherheit und dem Wohlergehen von nahezu jedem Menschen abträglich. Dies geht aus den im Folgenden ausgewerteten Passagen des EAP-Berichts zum Mittleren Osten, Europa und Asien klar hervor.

Grundprinzipien des Berichts

Bevor der Bericht spezielle Themenfelder aufgreift, stellt er „Grundprinzipien" auf, die sowohl Republikaner als auch Demokraten ohne große Diskussion unterstützen können – namentlich die Aufrechterhaltung der US-Hegemonie. Konkret wird aufgeführt:

1. „Die Ausweitung der amerikanischen Macht und der Führungsfähigkeiten in Asien, Europa und dem erweiterten Mittleren Osten – Regionen, in denen die Bedrohungen für die internationale Ordnung am größten sind und in denen entweder neue Herangehensweisen oder die konsequentere Anwendung altbewährter Herangehensweisen am dringendsten erforderlich sind."

Der Bericht bezieht sich häufig auf die „internationale Ordnung", ohne irgendwo zu definieren, was damit gemeint ist. Es ist offensichtlich, dass unter der internationalen Ordnung in Wirklichkeit eine weltweite amerikanische Ordnung verstanden wird. Mit den „altbewährten Herangehensweisen" müssen wohl diejenigen gemeint sein, die unter George W. Bush von einigen der Personen, die den Bericht verfassten, an den Start gebracht wurden und die zu den katastrophalen Fehlern im Irak, in Afghanistan und anderswo führten. Hier wird der Eindruck erweckt, diese Kriegspolitik sei „altbewährt" und habe sich nur aufgrund der mangelnden „konsequenteren Anwendung" als Fehlschlag erwiesen.

2. „Ein dringend erforderlicher erster Schritt besteht in einer deutlichen Erhöhung der nationalen Sicherheits- und Verteidigungsausgaben und in der Abschaffung der haushälterischen Zwangsjacke des Budget Control Act. Ein zweiter damit zusammenhängender Schritt besteht darin, Politikvorschläge zu unterbreiten, die die substanzielle militärische, wirtschaftliche und diplomatische Macht nutzen, die Washington zur Verfügung steht, aber in den letzten Jahren zu zögerlich anwendete."

Selbst mit dem Budget Control Act werden die USA im Jahr 2016 mindestens 585 Mio. Dollar nur für das Verteidigungsministerium ausgeben – mehr als die sieben nächstgrößten Toprüster der Welt. Wie irgendwer diese Ausgaben rechtfertigen kann, während die Sozialprogramme in den USA komplett zu vernachlässigen sind, entzieht sich jedem Verständnis. Darüber hinaus liegen die USA zwischen zwei riesigen Ozeanen und zwei befreundeten Staaten (Mexiko und Kanada), wodurch die Behauptung, die Sicherheit der USA sei akut gefährdet, nur schwer aufrecht zu erhalten ist. Der zweite Teil ist ganz offensichtlich für HRC überaus attraktiv. Sie drängte mehr als jedes andere Regierungsmitglied auf den Einsatz militärischer Gewalt, aber Obama tat meist, was er für richtig hielt, ohne ihre Ratschläge zu befolgen.

3. „Als ein Ergebnis (dass die USA sich von der Rezession erholt haben) ist eine substanzielle Erhöhung der Mittel für militärische, wirtschaftliche und diplomatische Fähigkeiten im Bereich des Möglichen."

Das vorhergehende Grundprinzip annähernd zu wiederholen zeugt nicht nur von schlechtem Schreibstil, sondern es ist auch

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

ein Affront gegenüber den Millionen amerikanischer Bürger, die vom andauernden Krieg nicht profitieren. Obwohl die Banken wieder auf die Beine gekommen sind, nachdem ihnen massiv unter die Arme gegriffen wurde, tun sich viele Amerikaner weiterhin schwer damit, eine Arbeit zu finden, ihre Schulden abzubezahlen oder sich eine Krankenversicherung leisten zu können. Nur die Vermögenden mit Aktien von Waffenherstellern oder multinationale Konzerne werden von derartigen Erhöhungen profitieren – diejenigen, die HRC jedes Mal eine halbe Million Dollar bezahlen, wenn sie auf einer ihrer Veranstaltungen eine Rede hält.[19]

4. „Für den nächsten Präsidenten wird die Frage somit nicht darin bestehen, ob die Vereinigten Staaten über die Mittel verfügen, aktiver international die Führung zu übernehmen, sondern ob die amerikanische Regierung den Willen dazu hat. Und wenn sie die Macht und den Willen zur Führung hat, dann ist die relevante Frage, wie sie in einer Weise ausgeübt werden sollen, die vernünftige Ambitionen und notwendige Grenzen reflektiert."

Vor allem bei der Forderung nach höheren Rüstungsausgaben sind die Grundprinzipien allerdings so unvernünftig, wie es nur geht, was nichts Gutes für den Rest des Berichtes verheißt.

Mittlerer Osten I: Libyen

Ungeachtet der Rhetorik, die verwendet wurde, um den Libyen-Krieg 2011 zu rechtfertigen, nämlich massive Menschenrechtsverletzungen verhindern zu wollen, ist schnell klar geworden, dass das eigentliche Ziel der Operation eher darin bestand, ein weiteres anti-amerikanisches Regime zu stürzen. Es hat den Anschein, als wäre Obama zu Anfang einer Intervention eher abgeneigt gewesen. Ein Grund dafür könnte darin bestanden haben, dass die Geheimdienstinformationen, die er erhielt, nicht bestätigen konnten, dass die Menschen in Bengasi unmittelbar davor standen, von Gaddafis Truppen massenweise getötet zu werden. Ein anderes, plausibleres, Motiv könnte die Sorge davor gewesen sein, die USA in einen weiteren Krieg mit einem muslimischen Land zu verwickeln.

Um sicherzugehen, dass die Schuld, falls etwas schiefgehen sollte, nicht allein bei ihm abgeladen würde, versicherte er sich zuallererst der Unterstützung der NATO und interpretierte die UN-Resolution 1973 zu einem Blankoscheck für einen Eingriff um, um so den Anschein einer internationalen Unterstützung zu erwecken. Obama brachte seinen Wunsch, dass Gaddafi von der Bühne abtritt, bereits zwei Wochen vor Beginn der NATO-Bombardierungen zum Ausdruck, wodurch die humanitären Motive der Intervention vollständig entkräftet wurden.20 Selbst als Gaddafi verschiedentlich versuchte, einen Handel hinzubekommen, bei dem er lebend vom Amt hätte zurücktreten können, waren USA und NATO hieran nicht interessiert. Um dem allen die Krone aufzusetzen, hatten Amnesty International und Human Rights Watch, die beide während des Aufstandes vor Ort waren, keine Sorge vor einem bevorstehenden Massaker durch Gaddafis Truppen und US-Geheimdienstler waren auch nicht davon überzeugt, dass die Situation so problematisch war.[20]

Um es deutlich zu sagen: Das außenpolitische Establishment der USA wollte Gaddafi tot sehen; der einzige Unterschied in den Herangehensweisen bestand darin, dass Clinton in Libyen verbleiben und eine pro-amerikanische Regierung aufbauen wollte, während Obama bestrebt war, schnell wieder herauszukommen. Außerdem waren es Clintons interne und internationale Bemühungen, die Intervention voranzubringen, die einen eigentlich zögerlichen Obama schließlich umstimmten. Anne-Marie Slaughter, die ehemalige Dirkektorin der Abteilung für Politikplanung im US-Außenministerium, schickte HRC eine E-Mail mit dem Betreff "Bravo", in der sie der damaligen Außenministerin gratulierte: „Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, wie erschöpft Du nach dieser Woche sein musst, aber ich war NIEMALS zuvor stolzer, für Dich gearbeitet zu haben." Und: „POTUS in dieser Frage umgedreht zu haben, ist ein großer Sieg für alles, wofür wir zusammen gearbeitet haben."[21] Nichtsdestotrotz führte das Scheitern der Libyen-Intervention dazu, dass HRC weiter an Einfluss auf den Präsidenten verlor.

Foto aus dem Libyen-Krieg, als dessen Architektin Clinton gilt. Foto: mojomogwai /Flickr

Wie an allen Orten, wo die USA oder die NATO intervenieren, ist auch die Situation in Libyen heute extrem brisant und gewaltsam. Rivalisierende Regierungen in Tripolis und Tobruk, eine IS-Präsenz und viele kleine Splittergruppen bezeugen den katastrophalen Verlauf nach dem westlichen Regimewechsel. Nicht vorausgeplant zu haben, was in Libyen nach Gaddafis Tod geschehen sollte, bleibe einer der größten Fehler seiner Präsidentschaft, sagt Obama.[22] HRC dagegen verteidigt ihre Entscheidung in Libyen zu intervenieren weiter, indem sie argumentiert, die Lage wäre ansonsten noch weit schlimmer. Das ist allein deshalb schon beunruhigend, weil sie damit ihre Bereitschaft unter Beweis stellt, sich für einen Regimewechsel auszusprechen, der auf Grundlage widerlegter Geheimdienstinformationen durchgeführt wurde. Auf ihrer Internetseite heißt es, „die aktuellen Unruhen in Libyen sind beunruhigend und müssen gelöst werden"[23], auch wenn sie kein Wort darüber verliert, was sie mit „lösen" meint.

Mit besonderem Blick auf den IS schreibt der EAP-Bericht mit hervorgehobener Schrift: „Es ist zwingend, dass die internationalen Bemühungen gegen den IS substanziell ausgeweitet werden. Die USA sollten darauf vorbereitet sein, solche Anstrengungen mit dem Ziel anzuführen, den IS aus seinem Zufluchtsort zu vertreiben." Dieses Statement unterstreicht, dass nicht die Absicht besteht, den Krieg gegen den IS auf Syrien und den Irak zu beschränken. Man kann davon ausgehen, dass die Basis von HRCs Plänen, mit der Instabilität in Libyen umzugehen, darin bestehen wird, den IS in dem geschundenen Land auszumerzen, besonders nun, da Obama eine neue militärische Offensive gegen die vom IS gehaltene Stadt Sirte begonnen hat. Doch wie immer werden mehr Bomben weder Frieden noch Stabilität bringen. Die Vereinig-

Quelle: valeriy osipov/Flickr

ten Staaten werden eine der libyschen Regierungen gegen die andere unterstützen, was zu noch mehr Spannungen führen und den Konflikt endlos verlängern wird.

Mittlerer Osten II: Syrien

Von Beginn der Aufstände in Syrien ab 2011 drängte Hillary Clinton darauf, die Rebellen zu bewaffnen und auszubilden, um so den Sturz von Machthaber Baschar al-Assad zu bewerkstelligen. In einer durchgesickerten E-Mail argumentierte sie: „Der beste Weg, Israel mit Blick auf die iranischen Nuklearkapazitäten zu helfen, ist es, die Menschen in Syrien dabei zu unterstützen, das Regime von Baschar Assad zu stürzen.“[24] Das syrische Regime auszuschalten würde eine Lücke in der sogenannten „Schiitischen Achse“ verursachen, die von der Hisbollah im Libanon bis zum Iran reicht. HRC argumentiert, dass beide, Hisbollah wie Iran, schwer darunter zu leiden hätten, sollten sie ihren syrischen Verbündeten verlieren, was wiederum der israelischen Sicherheit und seiner Position als regionalem Hegemon förderlich wäre. Die Mail, in der sich HRC für diese Politik ausspricht, wurde maßgeblich von einem Ko-Vorsitzenden des EAP-Berichtes geprägt, James P. Rubin. Er mailte HRC die Kopie eines Artikels namens „Die wirklichen Gründe, in Syrien zu intervenieren“ („The Real Reason to Intervene in Syria.“), den er in der Foreign Policy veröffentlichen wollte. HRCs durchgesickerte Mail bediente sich aus diesem Artikel.[25] Es überrascht demzufolge nicht sonderlich, dass es auch im Bericht heißt: „Jede politische Lösung muss den Abgang Baschar al-Assads (aber nicht notwendigerweise den sämtlicher Personen der aktuellen Führung) beinhalten, da es Assads brutale Unterdrückung der sunnitischen Mehrheit in Syrien ist, die sowohl den Massenexodus als auch den Zuwachs für dschihadistische Gruppen wie den IS verursacht hat.“

Wie HRC unterstützt auch der EAP-Bericht größere Anstrengungen, um sowohl den IS als auch Assad auszuschalten. Zum IS heißt es: „Die USA sollten ihre neue Entschlossenheit dadurch unter Beweis stellen, dass sie das ganze Spektrum ihrer militärischen Beiträge deutlich erhöhen, einschließlich durch mehr einzigartige Luftkapazitäten, zusätzliche Aufklärungsfähigkeiten und ein größeres Kontingent an Spezialeinheiten, die in der Lage sind, hochwertige Ziele des IS und anderer zu identifizieren und zu zerstören“

Die Vereinigten Staaten werfen schon heute regelmäßig Bomben über Syrien ab und führen Angriffe mit ihren Spezialeinheiten durch. Diese Aussage zeigt die deutliche Bereitschaft, noch mehr Bodentruppen zu entsenden. Aber wie soll man die Forderung nach mehr „einzigartigen Luftkapazitäten“ interpretieren? Angesichts der Tatsache, dass Aufklärungskapazitäten separat aufgeführt werden, ist es wohl nicht allzu weit hergeholt, dass hier mehr Bombardierungen, womöglich sogar Drohnenangriffe, gemeint sind. Mit Blick auf das syrische Regime gesteht der Bericht ein, dass aufgrund der militärischen Unterstützung durch Russland und den Iran „die militärische Balance heftig zugunsten des Assad-Regimes umgekippt ist.“ In diesem verzwickten geopolitischen Schlammassel spricht sich der Bericht nicht dafür aus, die militärische Macht der USA direkt dafür zu verwenden, das Assad-Regime zu stürzen, sondern dafür, eine „Flugverbotszone“ zu errichten und „Schutzzonen zu schaffen, in denen sich die Syrier ohne Sorge davor, durch Assads Truppen getötet zu werden, sammeln können und wo Milizen moderater Oppositioneller bewaffnet, trainiert und organisiert werden können.“ Wie dies genau bewerkstelligt werden soll, ohne mit Russland, dem Iran oder Assad in Konflikt zu geraten, wird nicht erwähnt.

Nach den schrecklichen Giftgasangriffen im syrischen Ghuta im August 2013 zog sich Obama gegen die Position fast aller seiner Berater von der Roten Linie zurück, was große Teile des außenpolitischen Establishments außer sich vor Wut machte. Obama hatte zuvor erklärt, bei der Verwendung chemischer Waffen handele es sich um die Überschreitung einer Roten Linie, die zu „einer wesentlichen Neubewertung führen wird.“[26] HRC war zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr Außenministerin, aber sie gab an, dass sie im Gegensatz zu Obama den Auslöser betätigt hätte: „Wenn du sagst, du schlägst zu, dann musst du zuschlagen. Es gibt da keine Alternative.“[27]

Mitlerer Osten III: Iran

Obwohl sich HRC lautstark über die Rolle äußert, die sie dabei gespielt haben will, die Verhandlungen mit dem Iran auf den Weg zu bringen, gibt es wenig Gründe zu glauben, dass sie dem Iran-Deal große Beachtung schenken wird, sollte sie zur Präsidentin gewählt werden. Das Abkommen wurde überraschenderweise trotz starken Gegenwindes erfolgreich zum Abschluss gebracht, aber es war Clintons Nachfolger, John Kerry, der die eigentliche Schwerstarbeit leistete. Das Ergebnis war für viele eine Erleichterung, da das Abkommen die Sanktionen gegen den Iran abmildern und die Spannungen zwischen Teheran und dem Westen vermindern könnte. Es hatte den Anschein, als hätten die Kriegstreiber beim Rechtfertigungsversuch, ein Krieg gegen den Iran sei die einzige Option, den Kürzeren gezogen. Aber leider wollen sie ihre Niederlage nicht akzeptieren.

Weder HRC noch diejenigen, die den EAP-Bericht verfassten, trauen dem Iran-Deal zu, für eine Entspannung zu sorgen. Im Bericht heißt es: “Erstens sollte Teheran verstehen, dass Washington nicht davon ausgeht, dass das Atomabkommen zu einem veränderten Verhältnis mit der iranischen Regierung führen wird. […] Zweitens sollte die deklaratorische Politik unterstreichen, dass Washington es dem Iran nicht heute und niemals erlauben wird, ein Atomwaffenstaat zu werden. […] Drittens sollten die USA eine ambitionierte Strategie verfolgen, die auf eine Mischung aus militärischen, wirtschaftlichen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

und diplomatischen Mitteln setzt, um die hegemonialen Ambitionen des Irans im weiteren Mittleren Osten zu durchkreuzen."

Teilweise verwendet die Internetseite von Clintons Wahlkampagne sogar nahezu die identische Sprache wie das EAP-Papier. Im Bericht heißt es etwa, „der Persische Golf sollte als eine Region von vitalem Interesse für die Sicherheit der Vereinigten Staaten eingestuft werden. Aus diesem Grund sollten sich ausreichend US-Truppen in der Region befinden, um die Sicherheit der Verbündeten am Golf und der Straße von Hormuz vor einer iranischen Aggression zu gewährleisten." In einem Artikel auf Clintons Internetseite heißt es dann: „Es sollte unterstrichen werden, dass der Persische Golf eine Region von vitalem Interesse ist, dass wir unsere Militärpräsenz in der Region ausweiten und handeln werden, um die Straße von Hormuz offen zu halten. Sie (HRC) wird die Sicherheitszusammenarbeit mit den Verbündeten am Golf in Bereichen wie Austausch von Aufklärungsdaten, militärischer Unterstützung und Raketenabwehr ausbauen, um sicherzustellen, dass sie sich gegen eine iranische Aggression verteidigen können."[28]

Aus diesen Äußerungen geht nahezu sicher hervor, dass HRCs Außenpolitik maßgeblich durch den EAP-Bericht beeinflusst – womöglich sogar ihm entnommen – ist. Die Straße von Hormuz ist eine wichtige Route für den Ölhandel, was HRCs Absichten zeigt, fossile Energieträger, die durch die Region transportiert werden, zu kontrollieren. Die USA haben keine Absicht, den Mittleren Osten in absehbarer Zeit zu verlassen und einer HRC-Regierung wird es nicht an Plänen mangeln, um die militärische Präsenz dort weiter auszubauen.

Europa und Russland

In den Jahren nach dem Untergang der Sowjetunion sorgten ihre militärischen und ökonomischen Interessen dafür, dass die USA in Europa weit vordrangen, insbesondere in die Neuen Unabhängigen Staaten des ehemaligen sowjetischen Bocks und in die früheren Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes. Die NATO wurde massiv umgebaut, nachdem ihre Existenz als ein Gegengewicht zur Sowjetunion angesichts eines schwer verwundeten Russlands in den 1990ern nicht mehr ernsthaft gerechtfertigt werden konnte. Wegen der unzähligen Institutionen und Arbeitsplätze, die von der NATO abhängen, und aufgrund der fortdauernden Feindseligkeit gegenüber Russland unternahm die Führung des Bündnisses was notwendig war, um weiter gefragt zu bleiben.[29]

Namentlich lief dies darauf hinaus, den Kernauftrag – zumindest offiziell – dahingehend zu verändern, nun westliche Interessen durch die Ausweitung von Demokratie und Stabilität zu sichern. In krassem Gegensatz zu diesen Idealen hat sich die NATO als Türöffner für Regimewechsel und Instabilität in Jugoslawien, Afghanistan und Libyen entpuppt. Darüber hinaus begann sie Russland einzukreisen, indem sie neue Mitglieder aus dem ehemaligen Sowjetblock aufnahm. Im Verbund mit der Rekrutierung osteuropäischer Staaten in das wirtschaftliche EU-Bündnis wurde Russland so in eine unkomfortable Lage versetzt, um es milde auszudrücken.

Allerdings bestand seitens der USA oder Westeuropas auch nie die Absicht, russische Interessen zu berücksichtigen. Tatsächlich besteht das Ziel heute ebenso wie zu Zeiten des Kalten Krieges darin, Russland so viel wie möglich Einfluss in Europa zu entreißen, während das russische Interesse darin besteht, wieder zu einem ernstzunehmenden geopolitischen Akteur zu werden. Diese Krise im westlich-russischen Verhältnis erreichte mit dem Ukraine-Konflikt seit 2014 ihren Höhepunkt.

Indem mit der NATO und der EU zwei zentrale westliche Institutionen ihr Auge auf die Ukraine geworfen hatten und versuchten, das Land in ihre Einflusssphäre zu bringen, sollte allen russischen Plänen, eine relevante Rolle in Europa spielen zu können, ein Schlag versetzt werden.

Der Versuch, die Ukraine nach Westen zu ziehen, wurde vor allem vom US-Außenministerium betrieben. Über Gruppen wie das National Endwoment for Democracy (NED) schleuste es etwa 5 Mrd. Dollar für 65 Projekte in die Ukraine, die darauf abzielten, eine anti-russische und pro-westliche Stimmung zu erzeugen.[30] Unter Hillary Clinton war Victoria Nuland als Referatsleiterin für europäische und eurasische Angelegenheiten, die auch als eine der Gastrednerinnen während einer der sechs EAP-Abendveranstaltungen auftrat, für diese Bemühungen zuständig. In einem durchgesickerten Telefonat kann man Nuland mit dem US-Botschafter in der Ukraine, Geoffrey Pyatt, darüber sprechen hören, dass „Yats" der richtige „Typ" wäre.[31] Und tatsächlich sollte „Yats" – Arseni Jazenjuk – nach dem Putsch in der Ukraine den Posten als Premierminister übernehmen. Obwohl es nicht ganz klar ist, in welchem Ausmaß die US-Regierung in den Putsch involviert war, deutet das Gespräch zwischen Nuland und Pyatt an, dass die Proteste eher von außen angefacht worden als organisch entstanden sein könnten.

Die Reaktion des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf den Putsch hätte vorhersehbar sein sollen. Die Ostexpansion von NATO und EU gefährdeten Russlands Sicherheit, wie Putin schon Jahre vorher angab, als er sagte, ein NATO-Beitritt Georgiens und der Ukraine wäre eine „direkte Bedrohung".[32] Die US-Regierung hat keinerlei Verantwortung für die Einmischung in der Ukraine übernommen und keine westliche Regierung ist vorgetreten und hat erklärt, dass die USA einen Beitrag leisteten, den dortigen Konflikt anzuzetteln. Die westliche Erzählweise des Konfliktes wird nun dazu genutzt, eine neue Aufrüstung in Osteuropa zu rechtfertigen und Russland mit Sanktionen zu belegen. Russland stellt eines der Hindernisse für die US-Vorherrschaft dar, während Europa sich als der wichtigste Gehilfe der USA erweist, den russischen Einfluss zu minimieren und die neoliberale Weltordnung zu stärken. Dementsprechend hat auch der EAP-Bericht viel zu diesem Thema zu sagen.

Im Bericht heißt es, es sei wesentlich, „die Ukraine zu stabilisieren und sie in Europa zu verankern. Die USA müssen die ukrainischen Streitkräfte mit der Ausrüstung und dem Training versorgen, die erforderlich sind, um den von Russland unterstützten Kräften und russischen Truppen, die in der Ukraine operieren, widerstehen zu können." Ob die Ukraine sich selbst den neoliberalen westlichen Institutionen oder einer russisch-gestützten kapitalistischen Vetternwirtschaft unterordnet, die Ukrainer werden in beiden Fällen von einer kleinen Elite ausgebeutet werden und es werden ihnen die Mittel verwehrt bleiben, um die wirtschaftlichen Missstände zu beheben.

Sowohl die westlichen als auch die russischen Eliten sind entschlossen, sich der Loyalität der Ukraine zu versichern, weshalb die Aussicht, das Land im Westen zu verankern, alles andere als Stabilität verspricht. Es ist Besorgnis erregend, dass der EAP-Bericht nicht davon ausgeht, dass Russland seine militärischen Aktionen in der Ukraine verschärft, sollten die USA die Bewaffnung und Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte intensivieren. Dies droht einen Stellvertreterkrieg in der Ukraine zu verschärfen, der das Potenzial hat, Konflikte in ganz Europa anzuheizen. Dennoch ist Michèle Flournoy

seit einiger Zeit begierig darauf, den Einsatz in der Ukraine zu erhöhen, was einen Eindruck darüber vermittelt, wie ihre Politik als mögliche Verteidigungsministerin unter HRC aussehen könnte. So war sie etwa an einem Bericht beteiligt, der die Lieferung schwerer Waffen im Wert von 3 Mrd. Dollar an die Ukraine forderte.[33]

Der EAP-Report fordert außerdem, „die NATO-Verbündeten an der Front zu Russland mit verlässlichen Sicherheitsgarantien auszustatten. […] Es ist notwendig, die European Reassurance Initiative auszubauen und eine robustere US-Präsenz zu errichten […], die aus einer Mischung aus dauerhaft stationierten Kräften, rotierenden Truppen, vorpositioniertem Material, Zugangsvereinbarungen und umfangreicheren Trainings- und Manövertätigkeiten bestehen sollte."

Wie gefährlich dieses Säbelrasseln ist, zeigen Aussagen von James Stavridis, der zuletzt als NATO-Oberkommandierender in Europa fungierte und zwischenzeitlich von Hillary Clinton als möglicher Vizepräsident umworben wurde: „Von allen geopolitischen Gefahren, denen sich die Vereinigten Staaten im 21. Jahrhundert gegenübersehen, ist der Wiederaufstieg Russlands unter Präsident Putin die gefährlichste. […] Unter Präsident Putin hat Russland einen gefährlichen Kurs eingeschlagen. Sollte es ihm erlaubt werden, damit fortzufahren, wird dies zwangsläufig zu einer Kollision mit der NATO führen. Und das wird einen Krieg bedeuten, der schnell auch atomar geführt werden könnte."[34]

Drei Personen, die sich völlig auf Linie der Vorschläge des EAP-Berichts befinden, leiten in Clintons Wahlkampagne die für Europa und Eurasien zuständige Gruppe: Julianne Smith, Michael McFaul und Phil Gordon. Als Unterzeichnerin des EAP-Berichts stimmt Smiths Sichtweise zweifellos mit der dort zum Ausdruck gebrachten überein. McFaul, ein bekannter Russland-Hardliner, diente von 2012 bis 2014 als US-Botschafter in Russland – ernannt von HRC –, währenddessen er versuchte, den „Wiederanfang" mit Russland anzuführen, sich faktisch aber wegen seiner Positionen russischerseits großen Groll einhandelte.[35]

Gordon arbeitete im Weißen Haus als Koordinator für den Mittleren Osten und davor als Referatsleiter für europäische und eurasische Angelegenheiten im Außenministerium. In letztgenannter Position war er Nulands Vorgänger, als er zu Protokoll gab, „das amerikanische Interesse besteht darin, eine unabhängige, florierende und unumkehrbar demokratische Ukraine zu sehen, eine Ukraine, die sich als europäischer Staat modernisiert."[36] Als er den Posten wechselte, hatte er den Boden für Nuland bereitet, den seitens der USA unterstützten Putsch unter dem Deckmantel einer pro-demokratischen Rhetorik zu überwachen. Clinton selbst gab an: "Ich denke wir sollten mehr tun, um der Ukraine zu helfen, ihre Grenzen verteidigen zu können. […] Neue Ausrüstung, neues Training für die Ukrainer. Die USA und die NATO waren sehr zögerlich, das zu tun und ich verstehe das vollkommen, weil es sich hier um eine sehr verzwickte und potenziell gefährliche Situation handelt. Aber ich denke, die ukrainische Armee und die ukrainischen Zivilisten, die gegen die Separatisten kämpfen, haben unter Beweis gestellt, dass sie es wert sind, mehr Unterstützung zu erhalten."[37]

Diese aggressiven anti-russischen Positionen, die von Personen aus dem Umfeld Clintons und von ihr selbst geäußert werden, sind beunruhigend, um es vorsichtig auszudrücken. Niemand betrachtet die westliche Einkreisung Russlands als einen Grund für die wachsenden Spannungen zwischen den beiden Blöcken. Im Gegenteil gehen alle davon aus, dass es noch größerer Einmischungen in ehemalige Sowjetstaaten bedarf, um einen Krieg zu verhindern. Angesichts der Spannungen zwischen dem Westen und Russland wären nicht eine weitere Militarisierung, sondern deeskalierende Maßnahmen beider Seiten notwendig und wenn die USA wirklich mehr internationales Ansehen gewinnen wollen würde, würden sie diese anführen – leider handelt es sich hierbei aber um kein wahrscheinliches Szenario.

Hillary Clintons Pazifisches Jahrhundert

Es ist nicht weiter überraschend, dass es die Vereinigten Staaten in ihrem Streben nach der weltweiten Vorherrschaft gerne sehen würden, größeren Einfluss in der bevölkerungsreichsten Gegend der Welt zu erlangen. In den letzten Jahrzehnten wurde Asien von der US-Außenpolitik deutlich weniger Aufmerksamkeit geschenkt als Europa, Russland und dem Mittleren Osten. Seit der japanischen Kapitulation im Zweiten Weltkrieg existierte in der Region keine größere Bedrohung für die USA. Da nun aber China zur dominierenden Macht in der Region wird und sich auch so verhält, versuchen die USA einen Weg zu finden, um ihre Vormachtstellung zu erhalten.

Laut einer Studie des Harvard Belfer Center war in den letzten 500 Jahren in 12 von 16 Fällen Krieg das Resultat, wenn eine aufstrebende Macht eine etablierte herausforderte.[38] Die Fälle dieser Thukydides-Falle, die nicht zum Krieg führten, waren u.a., als eine Macht abtrat (Großbritannien im frühen 20. Jahrhundert), als eine Seite ihre Macht nicht aufrecht erhalten konnte (als die Sowjetunion kollabierte) oder als eine aufstrebende Macht sich als „wohlwollend" erwies (wie es bei Deutschland unmittelbar nach der Wiedervereinigung zunächst den Anschein hatte).[39]

Betrachtet man Clintons Bilanz, die Vorschläge ihrer Berater und den EAP-Bericht, gibt dies wenig Anlass zur Hoffnung, dass sich ein friedliches und kooperatives Verhältnis zwischen den USA und China entwickeln wird. Der EAP-Bericht beschreibt das Gerede von einer „Thukydides-Falle" als „übertrieben" und gibt an: „Aufstrebende Mächte greifen den Status quo an, wenn sie der Auffassung sind, ihre Siegeschancen seien einigermaßen hoch. […] Deshalb müssen die Vereinigten Staaten ihre Kapazitäten und ihre militärische Positionierung dementsprechend ausbauen, da es sich hierbei um den besten Weg handelt, ihre Entschlossenheit zu demonstrieren, in Asien weiterhin eine regelbasierte Ordnung durchzusetzen."

Das bedeutet, dass die USA versuchen werden, China davon zu überzeugen oder sogar dazu zu zwingen, seine Anstrengungen aufzugeben, vor allem in der unmittelbaren Umgebung in geopolitischen Fragen einflussreicher zu werden. Die Vereinigten Staaten sind über Chinas Handlungen im Südchinesischen Meer beunruhigt, die die Rolle der US Navy als die vorrangige Kraft zur Überwachung der Gewässer herausfordern. Aus Sicht des EAP-Berichts ist es gefährlich, so wenige Schiffe im Südchinesischen Meer stationiert zu haben, da sich China hierdurch zu Provokationen und Angriffen ermutigt fühlen würde. Deshalb wird vorgeschlagen: „Konflikte zwischen beiden Mächten können dann vermieden werden, wenn Washington seine militärische Abschreckung verstärkt und seine regionalen Allianzen und Sicherheitspartnerschaften vertieft und verbreitert." Das US-Militär als Retter zu entsenden, stellt einmal mehr die Lösung der kreativen Köpfe im CNAS dar.

Hillary Clinton hat dieselbe Position, die von einer ihrer außenpolitischen Topberaterinnen, Laura Rosenberger, folgendermaßen beschrieben wird: „Sie (HRC) ist der Meinung, dass

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

wir uns sehr stark den chinesischen Handlungen entgegenstellen müssen. […] Sie glaubt an die Prinzipien der Freiheit der See und dass der Handel auf den Weltmeeren für die USA von überragender Bedeutung ist und dass es für diese konkreten Interessen erforderlich ist, sich fortwährend einzusetzen.“[40]

Dieses Wahlkampfsprech bedeutet, dass Clinton tun wird, was auch immer sie für erforderlich hält, um sicherzustellen, dass China nicht die Marktkräfte im Südchinesischen Meer behindert. An einer größeren militärischen US-Präsenz in der pazifischen Region wird schon seit 2011 gearbeitet. Damals verkündete US-Präsident Obama die „Schwerpunktverlagerung“ („pivot“) nach Asien – ein Begriff, den HRC zuvor mit dem Artikel “America’s Pacific Century” eingeführt hatte. Kurz danach wurde der Plan von Navy und Air Force vorgelegt, bis 2020 60% (statt wie bisher 50%) der Schiffe und Flugzeuge in der asiatisch-pazifischen Region zu stationieren.

Sicher ist davon auszugehen, dass die militärische Präsenz der USA ausgebaut wird, sollte HRC Präsidentin werden. Aber dabei handelt es sich nicht um den einzigen Weg, China Aufstieg zu verhindern. Die Ausweitung der neoliberalen Weltordnung und die Eindämmung Chinas können durch die Implementierung des Transpazifischen Partnerschaftsabkommens (TPP) erreicht werden – dem Äquivalent zu TTIP. Dieses Freihandelsabkommen will zwölf Pazifikstaaten und 40% der Weltwirtschaft in einem System integrieren. Es schließt China explizit aus. Nach sieben Jahren Verhandlungen wurde das TPP am 4. Februar 2016 von allen Mitgliedern unterzeichnet, muss aber u.a. noch vom US-Kongress ratifiziert werden. Glücklicherweise gibt es quer durchs Parteienspektrum einigen Widerstand gegen das TPP.

Der EAP-Bericht widerspricht sich selbst, während er versucht, sich gegenüber China diplomatisch zu geben. An einer Stelle heißt es: „Den friedlichen Aufstieg eines Chinas zu fördern, das in die Regeln und Werte der liberalen Ordnung integriert ist, bleibt eine vernünftige Strategie für die USA.“ Aber wenn das ernst gemeint wäre, dann wäre die Einbeziehung Chinas in das TPP eine Priorität. Indem China ausgeschlossen wird, wird das Land nur weiter in die Isolation getrieben. Gleich im nächsten Absatz schlägt der Bericht dann Mittel vor, um China für seine militärischen Aktivitäten im Südchinesischen Meer zu bestrafen: „Diese Kosten könnten neue Sicherheitspartnerschaften mit den Philippinen und Vietnam mit dem Ziel sein, die regionale Sicherheit zu verbessern, eine regionsweite Verurteilung der chinesischen Handlungen und entsprechende wirtschaftliche Strafen, um die chinesische Dominanz in der Region abzumildern.“

Als wäre die Implementierung des TPP nicht bereits genug wirtschaftliche Bestrafung, scheinen hier Sanktionen gegen China vorgeschlagen zu werden. In Verbindung mit den US-Bemühungen, ihre militärische Präsenz und ihre Bündnisse in der Region auszubauen, ist das faktisch eine Eindämmungspolitik gegenüber China. Trotzdem behauptet der EAP-Bericht, dass „es Sinn macht, Chinas Integration in die internationale Wirtschaft zu bewerkstelligen, um seine historische Furcht vor einer Eindämmung abzuschwächen.“

Nach der Lektüre all der Vorschläge des Berichtes, kann das nur als Unfug bezeichnet werden. HRC liefert dieselben sich widersprechenden Aussagen in ihrem Artikel “America’s Pacific Century.” Darin schreibt sie: „Manche in unserem Land sehen Chinas Fortschritte als eine Bedrohung für die USA; Manche in China sorgen sich, dass die USA Chinas Wachstum schwächen wollen. Wir lehnen beide Sichtweisen ab.“[41] Einige Seiten später prahlt sie dann aber mit den Fortschritten, die das TPP mache und über all die Vorteile, die es bringen würde.

Die Defizite der liberalen Ökonomien in den USA und der EU wurden durch die Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 zu Tage gefördert. Infolge dessen fühlen sich manche außerhalb des einstmals als stabil empfundenen liberalen Westens nun eher zu staatskapitalistischen Systemen hingezogen, die durch Russland und China repräsentiert werden. China wuchs in den vergangenen Jahrzehnten explosionsartig und Millionen wurden aus der Armut befreit, während die USA und die EU stagnierten. Dieser Trend wird im EAP-Bericht als Bedrohung eingestuft: „Die weltweite Finanzkrise 2008, die in den USA begann, und die anschließende tief greifende Rezession stärkte Befürworter alternativer Wachstumsmodelle. Die Rufe, sich vom anglo-amerikanischen ‚Washington Konsens‘ hin zu Systemen mit einem größeren staatlichen Einfluss zu bewegen, sind seitdem lauter geworden.“ Mit dem TPP soll dem eine starke Alternative entgegengesetzt werden. In den Worten Obamas ist das TPP dafür da, „dass Amerika und nicht China die Führung im globalen Handel innehat.“[42]

Berücksichtigt man, dass Kurt Campbell, HRCs ehemaliger Referatsleiter für Asien und aktuell der Chef ihrer Asiengruppe, sowohl CNAS-Gründungsmitglied als auch Unterzeichner des EAP-Berichts ist, lässt sich mit einiger Sicherheit sagen, dass er wohl nicht nur wesentliche Teile zur „Asien-Sektion“ des Reports beitrug, sondern auch, dass er dabei HRC im Hinterkopf hatte, als er dies tat. Sollte sich HRC aber dazu entschließen, die Politik des EAP-Berichts zu übernehmen, könnte die Thukydides-Falle um ein weiteres Beispiel ergänzt werden, in dem die Sturheit einer Großmacht zu unnötigem Blutvergießen führte.

Schlussbetrachtung

Das Ziel, die US-Vorherrschaft in der Welt aufrecht zu erhalten, wurde seit eh und je von beiden politischen Parteien der USA geteilt. Die Frage, wie dies erreicht werden soll, war bis vor kurzem der unterscheidende Faktor zwischen Republikanern und Demokraten. Die militaristischsten Positionen wurden dabei traditionell von den Republikanern vertreten, während die Demokraten zumindest etwas skeptischer waren, was den Einsatz militärischer Gewalt anbelangt. HRC passt nicht in diese Kategorie von Demokraten und ebensowenig tun es ihre Politikberater. Während die republikanische Partei auseinanderfällt und eine Identität abseits von Donald Trump sucht, verlassen einige Neokonservative das sinkende Schiff und unterstützen HRC. Der EAP-Bericht veranschaulicht diesen Wandel im Parteiensystem, wenn auch nur für diejenigen, die sich mit Außenpolitik befassen.

Viele Denkfabriken publizieren Berichte, in denen neuen Regierungen bestimmte Politikvorschläge unterbreitet werden, und die meisten davon erweisen sich als bedeutungslos. Der EAP-Bericht jedoch muss ernst genommen werden. Die Verbindungen zwischen den Unterzeichnern des Berichts und HRC sind kaum von der Hand zu weisen, während umgekehrt Clintons politische Bilanz und ihre Wahlkampfrhetorik mit dem, was sich im Report finden lässt, übereinstimmen. HRC und ihre Berater sind entschlossen, die amerikanische Rolle als alleiniger Führer der Welt wieder zu beanspruchen. Sie werden hierfür nicht schwach erscheinen wollen und Gelegenheiten suchen, Bluffs von Gegnern aufzudecken, etwa von Russland in der Ukraine und von China im Südchinesischen Meer. Sollten die Eskalationsschritte, die sich im EAP-Bericht finden, ausgeführt werden, werden bewaffnete Konflikte die Folge

sein. Mit dem im Hinterkopf, gibt es dennoch Gründe dafür zu glauben, dass HRC und ihre Regierung nicht in der Lage sein werden, mit allem, was sie anstreben, auch durchzukommen.

Das seltsame Stadium, in dem sich das politische System der USA befindet, verbunden mit der Unzufriedenheit vieler Amerikaner spiegelt die Schwäche der US-Regierung wider. Die Kampagnen von Bernie Sanders und Donald Trump, so unterschiedlich sie auch waren, schafften es, die Unterstützung eines relevanten Teils der US-Bevölkerung hinter sich zu vereinen, die sich von der Regierungspolitik nicht mehr vertreten fühlen. Um dem amerikanischen Imperialismus ein Ende zu bereiten, reicht es aber nicht aus, jemanden zu wählen, der sagt „es ist vorbei“. Der militärisch-industrielle Komplex streut Geld und Macht unter Gesetzgebern, Lobbyisten, Firmen, Forschungsinstituten und das Militär, um sein Überleben zu sichern. Es muss sich die Erkenntnis durchsetzen, dass Wahlen nur ein kleiner Teil sind, um Krieg und viele andere Probleme der USA zu adressieren. Graswurzelbewegungen werden im Kampf gegen Rassismus, Patriarchalismus, soziale Ungleichheit, Krieg usw. zu wichtigen Akteuren im ganzen Land. Es gibt viel zu tun an allen Fronten, aber das Momentum ist auf der Seite derjenigen, die von einem Gewaltsystem, das von einer kaputten Regierung gestützt wird, genug haben. Das wird hoffentlich dazu führen, dass Clinton und ihre Gehilfen nicht in der Lage sein werden, die EAP-Pläne umzusetzen. Falls Clinton gewählt wird, werden wir in einigen Jahren auf den EAP-Bericht entweder als eine Blaupause ihrer Außenpolitik zurückblicken können – das Gegenstück zu Rebuilding America’s Defenses für George W. Bush – oder als eine Wunschliste, deren Umsetzung durch groß angelegte Proteste verhindert wurde. Hoffen wir auf Letzteres, aber handeln wir auch danach, dass es eintritt.

Eine Langfassung dieses Artikels ist (auch auf englisch) als gleichnamige IMI-Studie 2016/09 erschienen.

Anmerkungen

1 Goldberg, Jeffrey. „The Obama Doctrine.“ The Atlantic. Apr. 2016. Web. 18 June 2016.
2 Ebd.
3 Bennett, Jonah. “Former Sec Def Bob Gates: Obama Thinks He’s The Smartest Person In The Room.” The Daily Caller. 20 Jan. 2016. Web. 19 June 2016.
4 “Hillary Defends Her Failed War in Libya.” The Atlantic, 14 Oct. 2015. Web. 18 Aug. 2016.
5 Davis, Nicholas J S. “Hillary Clinton and the Dogs of War.” Consortiumnews.com. 19 Feb. 2016. Web.
6 Hirsh, Michael. “The Clinton Legacy.”Foreignaffairs.com. Council on Foreign Relations, May-June 2013. Web.
7 Campbell, Kurt, et al. “Extending American Power.” Center for a New American Security, Washington D.C., 16 May 2016.
8 Lobe, Jim. “Hillary’s Foreign Policy: A Liberal-Neoconservative Convergence?” Web log post.LobeLog, 29 Apr. 2016. Web. Information on the people in this quote will be given throughout this paper.
9 Kagan, Robert. “Neocon Nation: Neoconservatism, C. 1776.” World Affairs (2008): Spring 2008. Web.
10 Tyler, Patrick E. “U.S. STRATEGY PLAN CALLS FOR INSURING NO RIVALS DEVELOP.” New York Times, 8 March 1992.
11 Mastanduno, Michael, “Preserving the Unipolar Moment: Realist Theories and U.S. Grand Strategy After the Cold War”, in: Kapstein, Ethan B./Mastanduno, Michael, (eds), Unipolar politics: realism and state strategy after the Cold War, New York 1999, 138-181.
12 “Statement of Principles.”Project for a New American Century. 3 June 1997.
13 Bailey, Brian. „The State of the World and America’s Global Role: The public’s view of Bush’s foreign policy.“ Pew Research Center for the People and the Press RSS, 17 Nov. 2005.Web. 10 July 2016.
14 Bosco, David. “What Divides Neocons and Liberal Interventionists.” Foreignpolicy.com, 9 Apr. 2012. Web. 09 June 2016.
15 Horowitz, Jason. “Events in Iraq Open Door for Interventionist Revival, Historian Says.” The New York Times, 15 June 2014. Web. 12 Aug. 2016.
16 „About.” Center for a New American Security. Washington, D.C.
17 Horowitz 2014.
18 Walt, Stephen. “A New-Old Plan to Save the World.”Foreignpolicy.com. 26 May 2016. Web. 30 May 2016.
19 Cook, Lindsey. “Here’s Who Paid Hillary Clinton $22 Million in Speaking Fees.” U.S. News and World Report, 22 Apr. 2016. Web.
20 Kuperman, Alan J. “Who Lost Libya?” Foreign Affairs. Council on Foreign Relations, May-June 2015. Web. 23 July 2016.
21 Branko Marcetic. “‘Bravo!’ Email Appears To Show Clinton’s Friend Congratulating Her on Bombing of Libya.” Antiwar.com. Randolph Bourne Institute, 26 Feb. 2016. Web. 01 June 2016.
22 Collins, Eliza. “Clinton Blames Obama for Libya, Syria Messes.” POLITICO. 14 Apr. 2016. Web.
23 “In Libya, Clinton Worked With Our Allies to Stand Up to a Murderous Dictator.” HillaryClinton.com. Hillary Clinton Campaign, Web.
24 Hillary Clinton. “NEW IRAN AND SYRIA 2.DOC.” Wikileaks.org. Web.
25 “UNCLASSIFIED U.S. Department of State Case No. F-2014-20439 Doc No. C05794929”
26 Farley, Robert. “Obama’s Blurry Red Line.” FactCheck.org. Annenberg Public Policy Center, 6 Sept. 2013. Web.
27 Goldberg 2016.
28 “Hillary Clinton: Consistent, Tough, and Effective Leadership to Counter Threats from Iran.” Hillary Clinton Campaign, Web.
29 Barany, Zoltan. “NATO’s Post-Cold War Metamorphosis: From Sixteen To Twenty-Six And Counting.” International Studies Review 8.1 (2006): 165-178.Political Science Complete
30 Blumenthal, Paul. “U.S. Obscures Foreign Aid To Ukraine, But Here’s Where Some Goes.” HuffingtonPost. 7 Mar. 2014. Web.
31 “Ukraine Crisis: Transcript of Leaked Nuland-Pyatt Call.” BBC News. 7 Feb. 2014. Web. 25 Aug. 2016.
32 Mearsheimer, John. Why the Ukraine Crisis is the West’s Fault. Foreign Affairs. 20 Aug 2014.
33 Gordon, Michael R., and Eric Schmitt. “U.S. Considers Supplying Arms to Ukraine Forces, Officials Say.” The New York Times. 01 Feb. 2015. Web.
34 Stavridis, James. Foreword. 2017 War with Russia: An Urgent Warning from Senior Military Command. By Richard Shirreff. London: Coronet, 2016. Ix-X. Print.
35 “Analysts Comment on Former US Ambassador McFaul’s Anti-Russian Rhetoric.” TASS. 6 June 2016. Web.
36 Gordon, Phil. “Political Trials Create ‘stumbling Block’ in Ukraine-US Relations.” Ukraine’s Quest for Mature Nation Statehood. Washington, D.C. 19 Sept. 2012. KyivPost. Web.
37 Schreckinger, Ben. “Clinton Urges More Financial, Military Aid to Ukraine.” POLITICO. 22 Jan. 2015. Web.
38 Allison, Graham. “The Thucydides Trap: Are the U.S. and China Headed for War?” The Atlantic, 24 Sept. 2015. Web.
39 “Thucydides Trap Project.” Presentation. Harvard Belfer Center, September 22, 2015.
40 “Why China Fears a President Clinton Far More than It Does Trump.” CNBC. 11 July 2016. Web.
41 Clinton, Hillary. “America’s Pacific Century.” Foreign Policy. 11 Oct. 2016. Web.
42 Obama, Barack. “The TPP Would Let America, Not China, Lead the Way on Global Trade.” The Washington Post, 2 May 2016. Web.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Bratislava-Agenda

EU-Rüstungsschub nach dem Brexit

von Jürgen Wagner

Nach dem Brexit-Votum soll als wesentliches Projekt zur Revitalisierung der EU ausgerechnet der jahrelang nur stokkend vorangekommene Ausbau des Militärapparates vorangetrieben werden. Schließlich hatte sich Großbritannien diesbezüglich bislang immer als der entscheidende Stolperstein erwiesen. Teils hat es regelrecht den Anschein, als hätten Viele nur darauf gewartet, die sich hierdurch bietende Möglichkeit beim Schopfe packen zu können. Jedenfalls gingen der deutsche und der französische Außenminister nur wenige Tage nach dem britischen Referendum in die Offensive, dann legte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini mit diversen Vorschlägen zur Verbesserung der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) nach. Kurz darauf preschten die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und ihr französischer Amtskollege Jean-Yves Le Drian mit einer ganz ähnlichen Agenda nach vorn. Den vorläufigen Abschluss machte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Europäischen Union am 14. September 2016, bevor das Ganze dann auf einem informellen Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in der Slowakei am 16. September 2016 mit der „Bratislava-Agenda“ einen offiziellen Zeit- und Umsetzungsfahrplan erhielt.

Stockende Militarisierung

Die „Geburtstunde“ der Militarisierung der Europäischen Union schlug auf den Ratsgipfeln in Köln und Helsinki im Jahr 1999. Dort wurde beschlossen, eine Schnelle Eingreiftruppe aufzustellen. Auch danach entwickelte sich das Projekt „Militärmacht EUropa“, in den Worten des damaligen EU-Außenbeauftragten Javier Solana, mit „Lichtgeschwindigkeit“: Die Einrichtung eines Militärausschusses und anderer für die Kriegsplanung relevanter Institutionen folgte im Jahr 2000 und 2003 wurde eine „Europäische Sicherheitsstrategie“ verabschiedet, mit der die Interventionsausrichtung der Union ein festes Rahmenwerk erhielt. Erste GSVP-Einsätze folgten noch im selben Jahr.

Doch dann geriet das Militarisierungsprojekt ganz erheblich ins Stocken, was zunächst mit dem Scheitern des ebenfalls 2003 verabschiedeten EU-Verfassungsvertrages bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden 2005 zusammenhing. Der Vertrag enthielt mehrere institutionelle „Innovationen“, mit denen der Ausbau des EU-Militärapparates erheblich vorankommen sollte. Das erklärt, weshalb sich Viele einen Quantensprung im Militärbereich versprachen, als der Verfassungsvertrag schlussendlich mit viel Tricksereien doch noch nahezu unverändert durchgedrückt werden konnte und am 1. Dezember 2009 als Vertrag von Lissabon in Kraft trat. Doch die Ergebnisse blieben weit hinter den Erwartungen zurück, was vor allem damit zusammenhing, dass Großbritannien die Umsetzung der wichtigsten Passagen des Vertrages vorwiegend aus Sorge um die Eigenständigkeit seiner Militärpolitik torpedierte.

Dies erklärt auch, weshalb so mancher Militarisierungsbefürworter seine Freude über den anstehenden britischen EU-Austritt kaum verbergen kann. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europaparlaments, Elmar Brok, zum Beispiel scheint den Briten keine Träne nachzuweinen: „Der Brexit hat auch gute Seiten.“ Und was das für Seiten sein sollen, erklärt Brok gleich mit: „Jahrelang haben uns die Briten aufgehalten. Jetzt geht es endlich voran.“[1]

Deutsch-Französische Führungsrolle

Bereits wenige Tage nach dem britischen Referendum am 23. Juni 2016 veröffentlichten die Außenminister Deutschlands und Frankreichs, Frank-Walter Steinmeier und Jean-Marc Ayrault, das offensichtlich lange vorher erarbeitete Papier „Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt“. In ihm wurde nicht nur die Umsetzung seit Jahren in der Pipeline befindlicher Militärprojekte, sondern auch eine diesbezügliche deutsch-französische Führungsrolle gefordert: „In einem stärker von divergierenden Machtinteressen geprägten internationalen Umfeld sollten Deutschland und Frankreich gemeinsam dafür eintreten, die EU Schritt für Schritt zu einem unabhängigen und globalen Akteur zu entwickeln.“[2]

Nach der Sommerpause war es dann zuerst die Außenbeauftragte Mogherini, die am 8. September 2016 einen Forderungskatalog vorlegte, der unter anderem die Aufstellung eines EU-Hauptquartiers enthielt.[3] Nur wenige Tage später, am 12. September 2016, legten dann die Verteidigungsminister von der Leyen und Le Drian mit dem Papier „Erneuerung der GSVP“ nach. Auch darin fand sich die Forderung, den Brexit nun für den großen Militarisierungssprung nach vorne zu nutzen: „Unter der Prämisse der Entscheidung des Vereinten Königreichs, die Europäische Union zu verlassen, ist es nun unser Ziel, zu 27 weiter voranzuschreiten.“[4] Die Gesamtheit der Vorschläge wurde von der Süddeutschen Zeitung folgendermaßen zusammengefasst: „Im Zentrum stehen Vorschläge für ein gemeinsames und permanentes EU-Militärhauptquartier. Bisher werden EU-Einsätze mit rotierender Zuständigkeit geführt. […] Von besonderer Bedeutung sind auch neue Verfahrenswege. So soll der bisher ungenutzte Artikel 44 des Lissabonvertrags der EU aktiviert werden. Er erlaubt Mitgliedsstaaten, dass sie in unterschiedlicher Geschwindigkeit die Zusammenarbeit vorantreiben, auch ohne dass Einstimmigkeit herrscht. Bisher wurde auf diese Bestimmung aus Rücksicht auf Großbritannien verzichtet. Die deutsch-französische Initiative sieht außerdem eine Synchronisierung der Haushaltsplanung vor, eine gleiche Lastenverteilung bei Einsätzen, einen EU-Forschungshaushalt für technologische Aspekte der Rüstungsentwicklung und auch mehr Zusammenarbeit bei der Beschaffung von Ausrüstung.“[5]

„Härte Zeigen“

Am 14. September 2016 griff EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker in seiner Rede zur Lage der Union den Großteil der bereits kursierenden Vorschläge noch einmal auf und fügte zu allem Überfluss auch noch eigene hinzu. Unangenehm aufgefallen ist dabei neben der Forderung nach einer nochmaligen Verschärfung der Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen vor allem auch der militaristische Ton, den der Kommissions-

präsident insgesamt anschlug: „Mit zunehmenden Gefahren um uns herum reicht Soft Power allein nicht mehr aus. […] Europa muss mehr Härte zeigen. Dies gilt vor allem in unserer Verteidigungspolitik. Europa kann es sich nicht mehr leisten, militärisch im Windschatten anderer Mächte zu segeln oder Frankreich in Mali allein zu lassen. Wir müssen die Verantwortung dafür übernehmen, unsere Interessen und die europäische Art zu leben zu verteidigen.“[6]

Konkret fordert Juncker u.a.:

1) Eine profiliertere EU-Rolle in Krisengebieten

Juncker will, dass die EU als Akteurin – und nicht „nur“, wenn überhaupt, ihre Einzelstaaten – künftig eine führende Rolle bei der Bewältigung von Konflikten spielen soll. Die Schaffung des aufgrund seines Symbolwertes lange hochumstrittenen Postens eines EU-Außenministers dient dabei dazu, diesen Anspruch zusätzlich zu untermauern: „Federica Mogherini, unsere Hohe Vertreterin und meine Vizepräsidentin, leistet hervorragende Arbeit. Aber sie muss unsere Europäische Außenministerin werden, mit deren Hilfe alle diplomatischen Dienste – von kleinen wie großen Ländern gleichermaßen – ihre Kräfte bündeln, um in internationalen Verhandlungen mehr Einfluss zu erlangen. Deswegen fordere ich heute eine Europäische Strategie für Syrien. Federica gehört mit an den Verhandlungstisch, wenn über die Zukunft Syriens geredet wird.“

2) Ein EU-Hauptquartier für mehr EU-Einsätz

Obwohl seit 2004 verfügbar, wurden die EU-Kampftruppen (Battlegroups) bislang noch nie eingesetzt. Dies lag einmal am Widerstand Großbritanniens, wird aber auch auf unzulängliche Planungskapazitäten zurückgeführt. Dies soll nun behoben werden, wenn es nach Juncker geht: „In den letzten zehn Jahren haben wir uns in über 30 zivilen und militärischen EU-Missionen von Afrika bis Afghanistan engagiert. Doch ohne dauerhafte Struktur können wir nicht wirksam agieren. Dringende Operationen verzögern sich. Es ist an der Zeit, dass wir für diese Operationen ein gemeinsames Hauptquartier einrichten.“

3) EU-eigene militärische Fähigkeiten

Bei nahezu allem, was im Militärbereich auf EU-Ebene geschieht, wird auf rein nationalstaatliche Fähigkeiten zurückgegriffen. Eine Bündelung von Fähigkeiten unter EU-Kontrolle wurde von Großbritannien stets als zu großer Schritt in Richtung einer EU-Armee abgelehnt. Juncker teilt diese Aversion augenscheinlich nicht, wie sich schon im März 2015 gezeigt hatte, als er lautstark für die Schaffung einer EU-Armee getrommelt hatte. Auch in seiner Rede zur Lage der Union forderte er: „Außerdem sollten wir uns auf gemeinsame militärische Mittel hinbewegen, die in einigen Fällen auch der EU gehören sollten.“

4) Ein militärisches Kerneuropa

Auch Juncker drängt darauf, endlich von der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (SSZ) Gebrauch zu machen. Ihre Nutzung wird prinzipiell durch den Vertrag von Lissabon ermöglicht, wurde bislang aber ebenfalls durch Großbritannien blockiert. Christian Mölling von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ beschrieb den SSZ-Kern folgendermaßen: „Dahinter steht die Idee, einen exklusiven Club jener zu etablieren, die im EU-Verteidigungssektor mehr tun können und wollen. Umgekehrt macht ein solcher Club durch ‚naming and shaming‘ auch transparent, welche Mitgliedsstaaten weniger leisten.“[7] Durch die Aktivierung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit lassen sich bedeutende Teile der EU-Militärpolitik auslagern und dadurch das Konsensprinzip aushebeln. Dies stellt vor allem kleinere Staaten vor das Problem, dass sie letztlich bei bedeutenden Entscheidungen im Militärbereich künftig außen vor bleiben könnten. Dies gilt umso mehr, da im ebenfalls rechtsrelevanten Protokoll 10 des Vertrags von Lissabon über „Teilnahmekriterien“ für viele Länder nahezu unüberwindliche Hürden für eine Beteiligung an einer SSZ errichtet werden. Dazu gehören die Beteiligung an EU-Operationen sowie an den wesentlichen europäischen Rüstungsvorhaben ebenso wie die anspruchsvolle Fähigkeit zur Aufstellung einer EU-Kampftruppe (Battlegroup). Augenscheinlich hat sich Juncker auch dieses hochproblemtische Konzept zu Eigen gemacht. „Der Vertrag von Lissabon gibt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, ihre Verteidigungsfähigkeiten in Form einer ständigen strukturierten Zusammenarbeit zu bündeln, so sie dies wollen. Ich denke, jetzt ist der richtige Zeitpunkt, diese Möglichkeit zu nutzen.“

5) EU-Rüstungsgelder

Zu schlechterletzt widmet sich Juncker auch noch der Frage, wie das ganze militärische Wunschkonzert finanziert werden soll. Das Interesse, sich hierfür aus dem EU-Haushalt bedienen zu können, liegt in diesem Zusammenhang nahe. Allerdings waren solchen Vorhaben bis vor Kurzem enge Grenzen gesetzt, was mit der lange vorherrschenden Interpretation von Artikel 41, Absatz 2 des Lissabon-Vertrags zusammenhängt, in dem es heißt: „Die operativen Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Kapitels gehen ebenfalls zulasten des Haushalts der Union, mit Ausnahme der Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen“.

Lange wurde die Passage mehrheitlich so interpretiert, als sei es kategorisch verboten, jede Art militärrelevanter Ausgaben aus dem EU-Haushalt zu bestreiten. Inzwischen scheint sich aber problematischerweise eine neue Auslegung durchzusetzen, derzufolge sich dieser Finanzierungsvorbehalt nur auf direkte Militäreinsätze beziehen soll und für alles andere darum herum durchaus das EU-Budget geschröpft werden könnte. Als „Meilenstein“ (Handelsblatt) wurde hier die Einrichtung einer ab 2017 startenden vorbereitenden Maßnahme zur EU-Rüstungsforschung gefeiert. Sie soll der Aufstellung eines stehenden EU-Rüstungsforschungshaushalts ab 2021 den Weg ebnen – so war zumindest bislang der Plan. In seiner Rede zur Lage der Europäischen Union kündigte Kommissionspräsident Juncker nun aber an, diesen Zeitplan deutlich vorziehen und womöglich sogar ausweiten zu wollen: „Eine starke europäische Verteidigung braucht eine innovative europäische Rüstungsindustrie. Deshalb werden wir noch vor Jahresende einen Europäischen Verteidigungsfonds vorschlagen, der unserer Forschung und Innovation einen kräftigen Schub verleiht.“

Militarisierungsfahrplan

Der Zeitplan, den von der Leyen und Drian sowie Juncker gewählt hatten, war natürlich nicht von ungefähr unmittelbar

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

vor dem informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs in Bratislava am 17. September 2016 gewählt. Ihre Forderungspakete dienten dort als „Blaupausen“, an denen sich die Diskussion orientierte, so die österreichische Presse. Die Zeitung beschrieb auch, dass auf dem Gipfel ein konkreter Fahrplan vereinbart wurde, in dem nun die Militarisierungsagenda ganz konkret ausgearbeitet werden soll: „Der EU-Kommissionspräsident habe ‚richtige Schwerpunkte gesetzt‘, lobte Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel im Anschluss an den Gipfel, der Rat werde nun auf dieser Basis eine ‚Bratislava-Agenda’ für die kommenden Monate erarbeiten. Dieser Reform-Reigen hat drei Etappen: Auf die regulären Gipfel im Oktober und Dezember folgt im Februar 2017 ein informelles Treffen der EU-27 in Maltas Hauptstadt Valletta. Und pünktlich zum 60. Jahrestag der Römer Verträge, dem Grundstein der heutigen EU, soll bei einem weiteren Treffen in Rom im März eine konkrete Reformliste vorliegen – wobei es laut Merkel nicht um ‚große Erklärungen oder Vertragsänderungen’ gehen werde, sondern um konkrete, umsetzbare Maßnahmen.“[8]

Auch wenn sicherlich nicht friedenspolitisch motiviert, scheint aber auf die Briten vorläufig in Fragen der EU-Militarisierung noch Verlass zu sein. So gab der britische Verteidigungsminister Michael Fallon gegenüber der Times an, während des gesamten Zeitraums des Austrittprozesses, dessen Dauer auf zwei Jahre geschätzt wird, werde Großbritannien die Umsetzung der „Bratislava-Agenda“ blockieren. Zu deren Umsetzung gab er knapp an: „Das wird nicht passieren!“[9] Es ist allerdings zweifelhaft, ob sich die restlichen EU-Staaten tatsächlich weiter von Großbritannien blockieren lassen werden. Außenamtssprecher Martin Schäfer jedenfalls machte keinen Hehl aus seiner Meinung zu den britischen Ankündigungen: „Aber um das vielleicht noch einmal vonseiten des Auswärtigen Amtes zu sagen: Eine Situation, in der jemand austreten will und entschieden hat auszutreten, aber vor dem Austreten noch einmal die anderen davon abhalten möchte, Dinge zu tun, die die aber tun wollen, ist eine schwer vorstellbare Situation. Ich möchte mir gar nicht vorstellen, dass das wirklich so kommt.“[10]

Anmerkungen

1 Deutsch-französische Strategie zur Verteidigungspolitik, Deutschlandfunk, 13.09.2016.
2 Ayrault, Jean-Marc/Steinmeier, Frank-Walter: Ein starkes Europa in einer unsicheren Welt, Stand 27.06.2016.
3 EU foreign policy chief wants Brussels military HQ, AFP, 08.08.2016.
4 Erneuerung der GSVP, Berlin, 12.09.2016.
5 Deutschland und Frankreich wollen Verteidigungspolitik der EU reformieren, Süddeutsche Zeitung, 09.09.2016.
6 Rede zur Lage der Union: Hin zu einem besseren Europa – Einem Europa, das schützt, stärkt und verteidigt, Straßburg, 14.09.2016.
7 Mölling, Christian: Ständige Strukturierte Zusammenarbeit in der EU-Sicherheitspolitik, SWP-Aktuell 13, Februar 2010, S. 2.
8 EU-Sondergipfel „erfolglos“: Bratislava legt Spaltung offen, Die Presse, 16.09.2016.
9 UK to veto EU ‘defence union’, euobserver, 17.09.2016.
10 EU-Verteidigungsminister in Bratislava: UK vs. DEU/FRAU, augengeradeaus, 27.09.2016.

Bundeswehr in den Straßen?

Die aktuelle Debatte um Bundeswehreinsätze zur Terrorabwehr in Deutschland

von Martin Kirsch

In der Terrorhysterie während des Sommerlochs hatte Verteidigungsministerin von der Leyen mit ihrer Aussage, während eines für einen Anschlag gehaltenen Amoklaufs in München1 wären Bundeswehreinheiten in Alarmbereitschaft versetzt worden, die mediale Aufmerksamkeit im Sommerloch erobert. Seitdem hält sich der Themenkomplex Bundeswehr und Terrorabwehr hartnäckig. Die Intervalle zwischen entsprechenden Vorstößen der Union, die Bundeswehr – zur Not auch mit Grundgesetzänderung – der Polizei als Ordnungsfaktor im Inland an die Seite zu stellen, werden wieder kürzer.

Neu ist dieser Diskurs allerdings nicht. Bereits 1993, im Kontext kurdischer Proteste gegen türkische Einrichtungen in Deutschland, forderte Wolfgang Schäuble, damaliger Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, die Möglichkeiten des Inlandseinsatzes der Bundeswehr auszuweiten.[2] Seitdem werden die Graue Eminenz der Bundesregierung und weitere Mitglieder seiner Fraktion nicht müde, dieses Thema bei jeder für sie passenden Gelegenheit auf die Agenda zu setzen. So auch in der Debatte um die Silvesternacht 2015/16 in Köln.[3] Die Stoßrichtung variiert dabei der jeweiligen Situation entsprechend. Während 2006, 2007 und 2014 über den möglichen Abschuss von entführten Passagierflugzeugen debattiert wurde, sind aktuell Einsätze von Fußsoldaten zur Terrorabwehr in deutschen Großstädten gefragt.

Diese sollen, so die Vorstellung der Verteidigungsministerin und höherer Bundeswehroffiziere, im Falle eines Terroranschlags mit ihren in Auslandseinsätzen erlernten Fähigkeiten der Polizei unter die Arme greifen. So gehören laut Generalleutnant Schelleis, Inspekteur der Streitkräftebasis, die „Organisation von Checkpoints“ und der Umgang mit „Sprengstoffbedrohungen oder Objektschutz“ zu den ausgewiesenen Fähigkeiten der Feldjäger, auf die der Staat im Fall der Fälle nicht verzichten sollte.[4]

Auch wenn eine Grundgesetzänderung zugunsten eines ausgeweiteten Inlandseinsatzes und damit die präventive Präsenz der Bundeswehr auf deutschen Straßen im Moment unwahrscheinlich erscheint, sollte die aktuelle Diskussion, auch in Anbetracht der Entwicklungen in den europäischen Nachbarländern, durchaus ernst genommen werden.

Beispiele zum Einsatz der Armee in einigen EU-Ländern

Bereits seit 2008 wird die italienische Armee für präventive Fußstreifen und Objektschutz eingesetzt.[5] Ein Teil der Begründung dieser „Operation Sichere Straßen“ ist die Terrorabwehr. In Österreich hat das Bundesheer seit September 2015 die Möglichkeit, in polizeilicher Funktion den Grenzschutz zu unterstützen[6] und reiht sich damit in die Länder der Balkanroute ein, in denen Soldaten zum „Management“ der Migrationsströme genutzt werden. Dabei gehen die Befugnisse in Ungarn sogar so weit, dass Armeeangehörige „nicht tödliche Schusswaffen“ gegen Geflüchtete einsetzen dürfen.[7]

Die Bilder von Soldaten, die seit November 2015 bzw. März 2016 in französischen und belgischen Innenstädten Patrouille laufen, dürften noch allen im Kopf sein. Während in Belgien Soldaten parallel im Mai dieses Jahres als Streikbrecher in den Gefängnissen eingesetzt wurden,[8] wird in Frankreich, das sich in einem kontinuierlich verlängerten Ausnahmezustand befindet, aktuell eine Nationalgarde aufgebaut. Diese neue aus Reservisten bestehende Gliederung der Armee soll zukünftig für Entlastung der regulären Streitkräfte sorgen, indem sie Sicherheitsaufgaben auf französischen Straßen übernimmt.[9]

Einen wenn auch im Vergleich zu den geplanten 84.000 Mann in Frankreich minimalen und in den Aufgaben deutlich beschränkteren Vorstoß in diese Richtung hat die deutsche Regierung bereits 2013 mit der Einrichtung der sogenannten RSU-Kräfte (Regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte) unternommen.[10] Diese aus je 100 Reservisten bestehenden Einheiten wurden 2013 eingerichtet. Von ihren 30 über das gesamte Bundesgebiet verteilten Basen aus können sie aus ihrem zivilen Beruf heraus alarmiert werden, um die aktive Truppe im Bereich Heimatschutz zu unterstützen. Darunter fallen der Objektschutz von Bundeswehrliegenschaften, im Ernstfall aber auch von zivilen Einrichtungen, wie Hilfeleistung bei Naturkatastrophen, Großunglücken und bundeswehreigenen Großveranstaltungen. Neben den regelmäßigen Übungen kamen Teile dieser Einheiten beispielsweise im Rahmen des Elbehochwassers, aber auch beim Hamburger Hafengeburtstag zum Einsatz.

Daran anknüpfend wird in der aktuellen Debatte bereits wild über die Möglichkeit der Einführung einer Nationalgarde nach französischem oder amerikanischem Beispiel in Deutschland spekuliert: „Nach den islamistisch motivierten Anschlägen von Ansbach und Würzburg und dem Amoklauf von München gibt es einem Medienbericht zufolge innerhalb der Bundesregierung Überlegungen für ein neues nationales Sicherheitskonzept. Zur Unterstützung der Polizei könnte etwa eine ‚Reservisten‘-Truppe eingesetzt werden, berichtete ‚Bild‘ unter Berufung auf Regierungskreise. Dabei solle es sich um Freiwillige mit militärischer oder polizeilicher Ausbildung handeln. Als Vorbild könnten die Nationalgarde in den USA, der Reservedienst in Frankreich und die Reserve-Armee in Großbritannien dienen.“[11]

Schrittweise Verschiebung der deutschen Sicherheitsarchitektur

Auch wenn sich die juristischen Grundlagen und Rechtskulturen in den benannten EU-Staaten teils stark von denen in Deutschland unterscheiden und z.B. Gendarmeriekräfte als Verbindungsglied zwischen Polizei und Armee in einigen Staaten längst zum Alltag gehören, ist die aktuelle Debatte ein Indiz dafür, dass sich in den letzten Jahren auch hierzulande eine schleichende Entwicklung in diese Richtung vollzieht.

Die nach der Wiederbewaffnung Deutschlands 1955 ins Grundgesetz eingeführte, verhältnismäßig strikte Trennung von zivilen und militärischen Aufgaben wurde in den vergangenen Jahren, auch ohne Grundgesetzänderung, schrittweise aufgeweicht.

Zum einen durch ständige Neuinterpretationen der bestehenden Rechtsnormen durch Politik, Regierungen und Verfassungsgericht und zum anderen durch den Aufbau neuer Strukturen innerhalb der Bundeswehr seit Mitte der 2000er

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Jahre. Im Rahmen der sogenannten Amtshilfe ist die Bundeswehr ohnehin mit kontinuierlich zunehmenden Einsätzen im Inland aktiv. Diese reichen von Vorzeigeeinsätzen bei Überschwemmungen und anderen Naturkatastrophen über die gerne präsentierte Hilfe im Rahmen der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten bis hin zur Bereitstellung von Kasernen, Parkplätzen und Gerät für diverse Großeinsätze der Polizei.[12] Während bisherige Großübungen der Katastrophenschutzbehörden mit Beteiligung der Bundeswehr zwar Szenarien mit atomaren, biologischen oder chemischen Kampfstoffen beinhalteten, die auch mit einer terroristischen Bedrohung begründet wurden, war der Einsatz von Soldaten als Ordnungskräfte im Inland im Rahmen solcher Übungen bis jetzt, abgesehen von eher skurrilen Ausnahmen, ausgeschlossen worden.

Im Aufgabenprofil der bereits erwähnten RSU-Kräfte ist der Objektschutz als Teil der Heimatschutzkonzepte der Bundeswehr allerdings bereits angelegt. Eine Klarheit darüber, wann diese Einheiten zivile Objekte bewachen sollen, besteht allerdings nicht. Hinzu kommt, dass die Bundeswehr, v.a. die besagten Feldjäger in Afghanistan und im Kosovo gemeinsam mit der Bundespolizei an der Ausbildung lokaler Polizeieinheiten beteiligt sind und dort seit Jahren in enger Abstimmung die Kontrolle von Menschenmassen im Rahmen der Aufstandsbekämpfung trainieren und praktizieren.

Aktuell ist die Bundeswehr damit beschäftigt sich aktiv als Teil der innerstaatlichen Terrorabwehr ins Spiel zu bringen.

München und die Automatismen von Inlandseinsätzen

Dass die organisatorische Vorbereitung auf die Zusammenarbeit von Polizei, Bundeswehr und Katastrophenschutzkräften schon viel fortgeschrittener ist, als jede öffentliche Übung zeigen könnte, und längst ihre eigene Dynamik entfaltet, wird durch die tröpfchenweise veröffentlichten Abläufe der ausschlaggebenden Nacht in München deutlich. So waren es nach offiziellen Angaben nicht die Bayerische Landesregierung oder das Innenministerium, die offiziell die Bundeswehr anfragten und auch kein spontaner Geistesblitz der Verteidigungsministerin oder irgendeines Generals in Berlin, die zur Alarmbereitschaft einer Bundeswehreinheit führten. Die Bereitschaft kam, so die offizielle und auch nicht ganz unwahrscheinliche Version, durch eine „informelle“ Frage auf der untersten Ebene zustande.

Ein Reservist des Kreisverbindungskommandos war im Krisenstab der Stadt München anwesend, wie es seit rund zehn Jahren im Rahmen der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit (ZMZ-I) gang und gäbe ist. Dort wurde die „informelle“ Frage gestellt, was die Bundeswehr, wie wahrscheinlich alle anderen anwesenden Dienststellen – wenn auch unter anderen Vorzeichen – zur Verfügung stellen könnte. Dabei sei die Fähigkeit der Feldjäger, den Verkehr zu regeln und Absperrungen zu errichten, sowie die Unterstützung des Sanitätsdienstes der Bundeswehr in den Raum gestellt worden.

In der Folge wurde das Landeskommando Bayern der Bundeswehr und die Verbindungs- und Koordinationsstruktur der zivil-militärischen Zusammenarbeit im Inland auf Bundesländerebene in Bereitschaft versetzt, die wiederum Kontakt mit dem Kommando Territoriale Aufgaben in Berlin aufnahm. Dieses für alle Einsätze der Bundeswehr im Inland zuständige Kommando holte sich aufgrund der unsicheren Rechtslage die Zustimmung der Verteidigungsministerin und leitete weitere Schritte ein.

CH-53 Hubschrauber der Bundeswehr beim G8-Gipfel. Foto: Michael Schulze von Glaßer

Dieses von den Arbeitsabläufen geradezu idealtypische Vorgehen der ZMZ-Strukturen der Bundeswehr führte also dazu, dass gegen 21:30 Uhr – nur eine Stunde nach Kontaktaufnahme mit dem Landeskommando – rund einhundert Feldjäger und Sanitäter für den Einsatz bereit standen. Das Bezeichnende an diesem Vorgehen ist, dass trotz rechtlicher Bedenken Bundeswehreinheiten für eine polizeiliche Aufgabe bereit gestellt wurden, noch bevor überhaupt eine offizielle Anfrage durch die Behörden des Freistaats Bayern gestellt wurde – und dass eine solche offizielle Anfrage offenbar gar nicht nötig ist, um die Bundeswehr ins Spiel zu bringen.

Das hier beschriebene Vorgehen stellt allerdings in Bezug auf Naturkatastrophen und Großunfälle keine Neuheit dar. So unterhalten die Landeskommandos und das Kommando Territoriale Aufgaben parallel zu den zivilen Strukturen operierende Lagezentren. Dort werden beispielsweise Waldbrandstufen oder Pegelstände von Flüssen und Meeren überwacht, um bei Bedarf schnellstmöglich Bundeswehreinheiten zur Verfügung stellen zu können. Aktiv werden die Verbindungsstrukturen der Bundeswehr allerdings auch bei Großereignissen wie Kirchentagen, Gipfeltreffen oder ähnlichem.

So ist davon auszugehen, dass im Planungsstab für den G20-Gipfel im kommenden Sommer in Hamburg bereits jetzt Verbindungsoffiziere der Bundeswehr aktiv beteiligt sind.

Eine Übung für einen Fall, der hoffentlich nie eintrifft?

Seit der Debatte um den vermeintlichen Terroranschlag in München haben sich einige Innenminister der Union für eine Übung von Polizei und Bundeswehr zur Terrorabwehr stark gemacht. So wurde am 31.08.16 in Berlin verkündet, dass eine entsprechende Übung für den Februar 2017 angesetzt ist.

Aktiv teilnehmen soll der Bund, vertreten durch das Innen- und das Verteidigungsministerium, sowie die Innenministerien und Polizeibehörden der Länder Bayern, Baden-Württemberg, Bremen und Nordrhein-Westfalen. Die übrigen Bundesländer erhalten einen Beobachterstatus. NRW-Innenminister Jäger ließ dazu verlautbaren: „Wir wollen etwas üben lassen, von dem wir ausgehen und hoffen, dass es nie eintreten wird.“[13]

Allerdings ist bereits im Weißbuch 2016 der Bundesregierung aus diesem Jahr eine Passage zu finden, die eine Neuinterpretation der Rechtsgrundlage für die Terrorabwehr im Inland vornimmt. Von nun an sollen auch „terroristische Großlagen“ als Fall für den Katastrophenhilfeparagraphen 35/2 des Grundgesetzes behandelt werden. Auf diesem Weg will die Bundesregierung ermöglichen, dass die Bundeswehr auch

Übung im urbanen Gelände. Foto: Bundeswehr/ Johannes Heyn/Flickr

mit hoheitlichen Befugnissen – sprich mit Waffen – gegen die Katastrophe, also die Terroristen, vorgehen kann.

Als Szenario für die Übung ist eine „terroristische Großlagen“, also mehrere anhaltende Terrorakte in unterschiedlichen Bundesländern in Bahnhöfen und Flughäfen, geplant, in der die Polizei an ihre Grenzen stößt. Die Bundeswehr könnte dann laut de Maizière in den Bereichen Transport, Sanitätsdienst, Aufklärung und Feldjäger zum Einsatz kommen.[14] Während also Transporthubschrauber, sofern sie denn fliegen, Polizisten von A nach B verfrachten, kümmern sich Sanitäter in gepanzerten Sanitätsfahrzeugen um Verletzte, Drohnen und Spähpanzer versuchen den Feind zu entdecken und die Feldjäger sorgen sich um die „Ordnung von Räumen“, sprich Verkehrskontrollen, Straßensperren und Checkpoints.

Es muss sich allerdings niemand sorgen, dass im Februar massenweise Soldaten und Polizisten in deutschen Bahnhöfen Flughäfen und Innenstädten umherirren oder in Stellung gehen. Die so genannte Stabsrahmenübung ist ein Stresstest für diejenigen die entscheiden und koordinieren. Unklarheiten über Einsatzmöglichkeiten und Alarm- und Befehlsketten sollen ausgeräumt werden, genau wie die Frage, wer überhaupt was in welcher Geschwindigkeit zur Verfügung stellen kann. An ihren regulären Arbeitsplätzen sitzen also Polizisten und Soldaten und bearbeiten über mehrere Tage in Echtzeit ein virtuelles Szenario.

Diese Form der Übung wird im Bereich des Katastrophenschutzes bereits seit 2002 als LÜKEX (Länderübergreifende Krisenmanagementübung) mit Beteiligung der Bundeswehr praktiziert. Bund und Länder üben virtuell Großschadensereignisse wie Sturmfluten, Pandemien, aber auch die Reaktion auf eine Schmutzige Bombe. Neu an dem Szenario für Februar ist, dass die Bundeswehr vermehrt exekutive Befugnisse in der Terrorabwehr übernehmen soll!

Fazit

Die offizielle und formaljuristische Ultima Ratio eines Bundeswehreinsatzes im Inland wird wie beschrieben bereits jetzt auf den untersten Ebenen des Katastrophenschutzes strukturell außer Kraft gesetzt. Die Abläufe in München und die anstehende Übung zeigen erneut, dass es sich ausschließlich um eine Frage von Opportunität und politischem Willen der Entscheidungsträger handelt, ob ein Einsatz der Bundeswehr erfolgt. Im Nachhinein kann dann allenfalls vor einem Gericht eingeklagt werden, dass der Einsatz unrechtmäßig war. Einen direkten Einfluss auf zukünftige Szenarien hat dieser Weg allerdings kaum. Zumeist führt eine Klage eher dazu, dass ein juristisch unklares Verhalten zumindest in Teilen legitimiert wird und somit der Rahmen für zukünftige Situationen zugunsten der Bundeswehr verschoben wird.

Sollte es also in Zukunft auch in Deutschland zu einem mit den Ereignissen in Paris oder Brüssel vergleichbaren Szenario kommen, ist davon auszugehen, dass die Bundeswehr, auch für polizeiliche Aufgaben, aus den Kasernen geholt wird. Die organisatorischen Vorbereitungen sind ohnehin bereits getroffen und werden in den anstehenden Übungen weiter geprobt.

Um diese Entwicklungen zu bremsen oder gar aufzuhalten, wird allerdings ein medialer Aufschrei allein nicht helfen. Dafür kann nur ein kontinuierlicher von der Bevölkerung geübter Widerstand, beispielsweise bei entsprechenden Übungen, sorgen. Im Falle eines Nationalen Ausnahmezustandes infolge eines größeren Terroranschlages dürften sich diese Möglichkeiten allerdings auf ein Minimum verringern, wie die Situation in Frankreich eindrücklich zeigt.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist der Vorstoß der Verteidigungsministerin, der von diversen Länderinnenministern flankiert wird, allerdings eher als diskursives Ereignis zu betrachten.

Während von der Leyen nicht in der Lage war, im neuen Weißbuch[15] eindeutige Passagen zur Terrorabwehr durch die Bundeswehr durchzusetzen, wird die mediale Terrorhysterie genutzt, um den Rahmen zukünftiger Einsätze zu weiten und sich zugleich als Garant für Law and Order zu präsentieren.

Anmerkungen

1 Mittlerweile ist bekannt, dass es sich bei dem Amokläufer nicht um einen Islamisten, sondern um einen überzeugten Rassisten und Verehrer Adolf Hitlers gehandelt hat, der den Tag seiner Tat wohl bewusst auf den fünften Jahrestag der Breivik-Anschläge in Norwegen legte. TAZ vom 28.07.2016: „München-Attentäter war Nazi“. Eine lesenswerte Einschätzung zum polizeilichen quasi-Ausnahmezustand in München in Folge des Amoklaufs findet sich im AUSDRUCK August 2016 und unter isw-muenschen.de unter dem Titel „Akute Sonderlage Dahoam – München zwischen Amok-Panik und Terror-Angst“.

2 focus.de: „Bundeswehr im Inneren“, 2007.

3 sueddeutsche.de vom 15.01.2016: „Schäuble will nach Köln Möglichkeit eines Bundeswehr-Einsatzes im Inneren“.

4 Süddeutsche Zeitung vom 03.08.2016: „Üben für den Extremfall“.

5 Jacqueline Andres: „Drohnen und Militär gegen die Unterweltmafia in Italien“, IMI-Standpunkt 2014/004 – in: AUSDRUCK (Februar 2014).

6 wirtschaftsblatt.at vom 14.09.2015: „Flüchtlinge: Faymann schickt Bundesheer an die Grenze“.

7 zeit.de vom 21.09.2015: „Ungarns Armee darf gegen Flüchtlinge vorgehen“.

8 jungewelt.de vom 11.05.2016: „Armee der Streikbrecher“.

9 Süddeutsche Zeitung vom 04.08.2016: „Mit Sturmgewehr am Sandstrand“.

10 Martin Kirsch: „Der neue Heimatschutz der Bundeswehr“, IMI-Studie 2013/08a – in: AUSDRUCK (Juni 2013).

11 ntv.de vom 26.07.2016: „Bekommt Deutschland eine Nationalgarde?“.

12 Bundestags-Drucksache 18/8427.

13 mdr.de vom 01.09.16 „Übung von Bundeswehr und Polizei - Zwei plus vier für den Ernstfall“

14 derwesten.de vom 28.08.16 „Bundeswehr und Polizei proben gemeinsam Anti-Terror-Einsatz“

15 Eine erste Analyse zum neuen Weißbuch der Bundeswehr findet sich in: Andreas Seifert: „Bittere Pille für den Frieden? – Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“, IMI-Analyse 2016/031.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Unkontrollierte Gewalt

Die unerträgliche Demokratiefeindschaft des Kommando Spezialkräfte

von Thomas Mickan

Mit verdeckten Gesichtern werden sie losgelassen, um tabula rasa zu machen. Sie gehen bis zum Ende, töten, verletzen und fühlen sich dabei noch als selbstlose Kämpfer für Freiheit, Demokratie und das deutsche Grundgesetz.[1] Dessen Boden haben sie jedoch mit jedem ihrer Einsätze hinter sich gelassen: die Rede ist vom Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr.

1996 gegründet, sollte es zuvorderst eingesetzt werden, um deutsche Geiseln aus Kriegsgebieten zu befreien. Es galt die deutsche Flagge in den Boden der internationalen Spezialkräfte zu stecken, um für den Fall, dass Deutsche befreit werden müssen, nicht auf ausländische Spezialkräfte angewiesen zu sein. Wie viele Menschen jedoch mit Hilfe des KSK tatsächlich befreit wurden und nicht etwa durch Lösegeldzahlungen oder Verhandlungen ist unbekannt. Ob dafür die Millionen für das KSK tatsächlich sinnvoll waren, und nicht lieber das gleiche Geld in gute Diplomat_innen und Lösegelder investiert worden wäre, bleibt also ein Geheimnis. Erst 2015 zeigte das Beispiel einer entführten Entwicklungshelferin in Afghanistan, dass trotz großen Aufgebots vom KSK und dem Hackerkommando der Bundeswehr, die gleich Teile des ganzen afghanischen Mobilfunknetzes angriff, zum Schluss die Rettung der Person über eine Lösegeldzahlung erfolgte – vermutlich mit einem Bruchteil dessen, was der ganze Einsatz des Militärs gekostet hat.[2]

Wenn der Staat die Kontrolle scheut, muss er es geheim halten

Militär ohne Geheimhaltung ist unvorstellbar. Jedes Militär, auch die Bundeswehr, ist auf diese angewiesen. Militär konstituiert sich immer mit Blick auf abzuwehrende feindliche Gruppen oder Bedrohungen. Diese gilt es – des eigenen Vorteils oder Schutzes wegen – möglichst uninformiert zu lassen. Auch gibt es für das Militär und dessen politisch Verantwortliche einen Binnenanreiz zur Geheimhaltung gegenüber der eigenen Bevölkerung, da die hohen finanziellen Aufwendungen und menschlichen Verluste gerade in einer Demokratie gleichzeitig hohe politische Kosten bedeuten.

Geheimhaltung und Demokratie, ideal verstanden als freie und gleiche Möglichkeit der Willensbildung, -artikulation und -durchsetzung, stehen damit jedoch in einem Spannungsverhältnis. Das Primat von informierten Bürger_innen wird erheblich verletzt. Auch die an Abgeordnete delegierte Kontrolle des Militärs ist einerseits kaum effektiv, andererseits nicht sachangemessen bei Fragen mit erheblicher ethischer Tragweite wie Krieg und Frieden, die neben politischen Expert_innengremien ein gesamtgesellschaftliches Meinungsbild für ihre Legitimation in einer Demokratie benötigen. Es stellt sich so das Problem, dass die Geheimhaltung die Bürger_innen daran hindert, sich angemessen zu informieren und zu urteilen. Auch eine umfassende Information der Öffentlichkeit durch die Medien ist gerade im Bereich der militärischen Angelegenheiten durch die Geheimhaltung stark eingeschränkt.[3]

Stellt sich dieses Problem für das Militär im Allgemeinen, so ist dies für das KSK im Speziellen ebenso ein Problem, verschärft sich allerdings durch die spezifische Tätigkeit und die Ideologie des Vorborgenen.

Tätigkeitsfeld: Unkontrollierte Gewalt

„Wie viele Menschen hat die Bundeswehr in Afghanistan getötet?“, diese Frage stellte ich mir vor einiger Zeit.[4] Diese Frage ist relevant, weil sie beim deutschen Einsatz in Afghanistan hilft, dessen Folgen möglichst realistisch einzuschätzen und aufzuarbeiten. Bei den 288 Tötungsfällen, die ich ermitteln konnte, weil sie medial aufgegriffen wurden, zeigte sich, dass diese Zahl nur das konservative Minimum und kaum mehr als ein erster Anfang zur Beantwortung meiner Frage sein kann. Ferner verdeutlicht die Zahl eben nur sehr abstrakt, welche Kriegsverantwortung Deutschland trägt, bleiben doch die individuellen Schicksale und die ganzer betroffener Familien wahrscheinlich lange noch unbekannt. Was allerdings in meinem ersten Versuch einer Erhebung bis auf einen einzigen Fall fast völlig unberücksichtigt blieb, war das Ausmaß der Tötung durch das KSK. Sie werden schlichtweg geheim gehalten und vor der Öffentlichkeit verborgen.

Für eine Parlamentsarmee, wo gerade die Legislative durch das Parlamentsbeteiligungsgesetz und eine parlamentarische Kontrolle wenigsten den dünnen Schein von Legitimität und Legalität gewähren soll, ist die Praxis des KSK gerade in Fragen von Tötungen untragbar. Sie entbehrt sich jeglicher rechtlichen Grundlagen und damit irgendeiner Legitimität. Auch das Argument einer vermeintlichen Notwendigkeit zur Geheimhaltung greift hier nicht mehr, da auch nachträglich weder über die eigenen Verluste, die Tötung Anderer noch über die Einsatzländer öffentlich berichtet wird. Die Gefahr, dass mögliche Strategien des KSK entlarvt werden, bestünde zumindest in dieser rudimentären Form nicht. Aber Aufrichtigkeit und Demokratie zählen für die Männer in Uniform anscheinend nicht, der Boden des Grundgesetzes ist bei den KSK-Tötungen noch nicht einmal mehr zu sehen. Wo allerdings nicht mehr die Aussicht auf eine Strafverfolgung bei besonders exzessivem Einsatz von Gewalt oder möglichen Kriegsverbrechen besteht – auch wenn bisher noch keine Bundeswehrsoldat_in dafür verurteilt wurden – sinkt die Tötungsschwelle. Die im Strafrecht vorzufindende Idee von Abschreckung, verliert sich hier vollends, weil keine sinnvolle Ermittlung oder Verfolgung aufgrund der Geheimhaltung möglich ist.

Selbst die von CDU/CSU und SPD im Jahr 2014 eingesetzte Rühe-Kommission, welche die parlamentarischen Grundlagen von Bundeswehreinsätzen begutachten sollte und mitnichten ein friedenspolitisches Expert_innengremium war, kommt zum Schluss, „die bisherige Unterrichtungspraxis zu geheimhaltungsbedürftigen Einsätzen der Spezialkräfte in das Parlamentsbeteiligungsgesetz zu übernehmen. Ergänzend sollen zum anderen der Auswärtige Ausschuss und der Verteidigungsausschuss des Bundestages nach Abschluss des Einsatzes über die wesentlichen Ziele und Ergebnisse mündlich unterrichtet werden.“[5] Die Forderung eines „mündlichen“ Berichtes ist völlig unzureichend und die lange Aufzählung von Ausnahmen, die nach wie vor nicht berichtet werden sollen, verspricht nur wenig Besserung – dennoch zeigt selbst dieser konserva-

tive Bericht den eklatanten Mangel an Kontrolle auf. Ein unzureichender Vorschlag zudem, der selbst nach einem Jahr noch nicht einmal in dieser Form umgesetzt wurde.

Ideologie des Verborgenen

Als das KSK am 13. September 2016 seinen Geburtstag im Schloss Ludwigsburg feierte, folgten mehrere Zeitungen der Nachricht, dass dieser Geburtstag mit über 1.000 Beteiligten(!) selbst eine geheime Veranstaltung sei.[6] Dass vorab auf eine breite Berichterstattung verzichtet wurde, hatte wohl eher mit dem Angst vor Protesten und der Pflege des Geheim-Images zu tun. Von der zum Geburtstag eingeladenen Presse darauf angesprochen, wie der Kommandeur Dag Baehr die bisherige Geheimhaltungspraxis fände, entgegnete er, es gebe keinen Grund, die derzeitige Praxis aufzugeben, allerdings dürfe nach Baehr Geheimhaltung auch nicht zum Evangelium werden.[7] Baehr möchte viel mehr das KSK sogar zu einem „Battle-Lab“[8] umrüsten – einem Kriegslabor, indem bei Übungen, aber auch im Einsatzgefecht, neue Waffen erprobt werden, um sie später in der ganzen Bundeswehr zu nutzen. Wer dabei die eigentlichen Versuchsopfer sind, lässt er offen. 2015 hatte der „Generalinspekteur der Bundeswehr General Volker Wieker, […] eine heer-interne Untersuchung in Auftrag gegeben, wie man dem KSK mehr Autarkie innerhalb der Befehlsketten verschaffen könne.“[9] Dass dies zu noch mehr Geheimhaltung im Kriegslabor KSK führen wird, ist anzunehmen, auch wenn Ergebnisse der Untersuchung nicht öffentlich bekannt sind.

Entgegen der Vorstellung, das KSK würde von Geheimhaltung ummantelt, ist das KSK medial, aber auch in der PR-Strategie der Bundeswehr, weit verbreitet. Oft die einzige Information, die dabei zum KSK kolportiert wird, ist, dass es sich um geheime Elitekämpfer handelt, die ein solch hartes Einstellungsverfahren durchlaufen müssen, dass es nur wenige zu den rund 400 Kommandosoldaten (bisher keine einzige Frau) schaffen. Beim Tag der Bundeswehr, etwa 2016 beim Luftwaffenstützpunkt in Hohn, fernab vom Standort Calw, wurde eine Show inszeniert, die die Ideologie des Verborgenen in Reinkultur verbreitete: Aus einem Hubschrauber seilten sich die Soldaten vermummt ab, befreiten mit viel Feuerwerk eine Geisel und entfernten sich lautlos vor den Augen von Hunderten wieder.[10]

Auch bei Rekrutierungsveranstaltungen wie „Marine Live!“[11] ist das KSK immer wieder Referenzrahmen, um das Besondere, das Geheime, die Elite herauszuheben, um potenzielle Rekrut_innen mit dem Traum von gesellschaftlichem Aufstieg und dem Dazugehören in quasi einer elitären Geheimloge zu blenden. Selbst die Y, das Magazin der Bundeswehr, hat vor einigen Jahren dem KSK ein ganzes Heft (Spezial 09/2013) gewidmet. Besondere Highlights waren dabei das herausnehmbare Poster, das die vermummte Kommandotruppe waffenstrotzend zeigte; sowie ein Artikel über „das tapfere Leben einer Soldatenfrau“. Mit Blick auf das weite Meer wartet dabei die Ehefrau auf ihren Kommandosoldaten, der im Unbekannten Heldentaten verbringt, und noch nicht einmal ihr sagen darf, wann er wiederkommt.[12] Auch der Journalist Christian Thiels lässt sich in diesem Heft zu einer Ode über die geheimen Helden hinreißen, deren Taten die Öffentlichkeit leider nie erfahren wird.[13]

KSK-Eignungstest. Foto: Bundeswehr/Modes/Flickr

Statt einer unvollständigen Auflistung der Einsätze

Was bleibt, ist die unerträgliche Demokratiefeindschaft des Kommandos Spezialkräfte (KSK). Selbst als Taliban 2013 einen KSK-Soldaten töteten, versuchte die Bundeswehr, die trauernden Eltern im Unklaren zu lassen, drängten sie sogar dazu, keine Todesanzeige in der lokalen Presse aufzugeben und wollten die Sache vertuschen.[14] Wenn die Bundeswehr ihr Banner einer Parlamentsarmee ernst nehmen würde, würde sie auf das KSK verzichten (müssen). Es ist jedoch auch aufgrund umfassender Baumaßnahmen in Calw und einem internationalen Trend zu mehr Einsätzen von Einheiten wie dem KSK sogar noch von einer Ausweitung auszugehen. Die Öffentlichkeit wird dabei im Unklaren gelassen, dem Parlament praktisch jede Möglichkeit einer Kontrolle untersagt. Derweil trainiert das KSK in anderen Ländern wie in Tunesien deren Spezialkräfte, um selbst auf ihre spezielle Weise zu einer unkontrollierten Gewalt im Staat zu werden.[15]

Anmerkungen

1 Siebold, Sabine (Die Welt, 16.12.2015): So laufen die geheimen Einsätze der deutschen Elitetruppe.
2 Gebauer, Matthias (SPON, 23.9.2016): Bundeswehr-Hacker knackten afghanisches Mobilfunknetz.
3 Mickan, Thomas (2014): Die Sache mit der Verschlusssache. IMI-Analyse 2014/010 in: AUSDRUCK April 2/2014, S. 16-21.
4 Mickan, Thomas (2015): Wie viele Menschen hat die Bundeswehr in Afghanistan getötet? IMI-Analyse 2015/005, update 26.8.2016.
5 Unterrichtung durch die Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Abschlussbericht der Kommission. Bundestagsdrucksache 18/5000, 16.6.2015, S. 6.
6 U.a. Kunert, Axel H. (Schwarzwälder Bote, 14.9.2016): Ganz geheim 20 Jahre KSK gefeiert.
7 Fischer, Michael (Badische Neueste Nachrichten, 14.9.2016): Die härtesten Männer der Bundeswehr.
8 Kunert, Alex H. (Schwarzwälder Bote, 20.9.2016): KSK als „Battle-Lab“ der Bundeswehr.
9 Kunert, Alex H. (Schwarzwälder Bote, 12.11.2015): KSK: Ist Einsatzfähigkeit in Gefahr?
10 Bundeswehr (11.6.2016): KSK und Luftwaffe überzeugen.
11 Mickan, Thomas (2013): „Marine Live!“, IMI-Analyse 2013/030., in AUSDRUCK Oktober 5/2013, S. 13-15.
12 Jüttner, Björn (Y, 09/2013): Liebe ist stärker als Angst, S. 104-107.
13 Thiels, Christian (Y, 09/2013): Die Öffentlichkeit wird es nie erfahren, S. 110.
14 Hufelschulte, Josef (Focus, 27.5.2016): Eltern klagen an: Bundeswehr versuchte Tod von KSK-Soldat zu vertuschen.
15 Sandfuchs-Hartwig, Thorsten (Bundeswehr, 4.3.2016): Flintlock 16: KSK übte mit tunesischen Spezialkräften.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

„Der Rückhalt scheint mir nicht ausgeprägt“

Interview mit einer Calwerin

Foto: Bundeswehr/ PIZ Heer

IMI: Als Anwohnerin in Calw darfst du ja dieses Jahr das 20. „Jubiläum“ des KSK miterleben? Weißt du, ob die Bevölkerung zum Geburtstag zu einem Tag der offenen Tür oder Ähnlichem eingeladen sein wird?

Martina Bühler: Es herrscht ja immer die große Vermutung, dass wir Anwohner*innen fast schon als eine Art „Insider vor Ort“ mehr Informationen über das Kommando Spezialkräfte haben, als diejenigen, die weiter weg wohnen. Aber auch für uns lüftet sich der Schleier der Geheimhaltung nicht oder nur spärlich. Natürlich hören wir Hubschrauber fliegen und sehen manchmal Fallschirmspringer der Bundeswehr. Auch gab es vor drei Jahren Übungen an der leerstehenden ehemaligen Lehrerakademie in der Calwer Innenstadt. Die Bevölkerung war nicht informiert und so haben die nächtlichen Schüsse und Explosionen gewaltig für Diskussionen gesorgt.

Vom Galgenberg kann man einen Blick auf das Kasernengelände werfen. Man sieht, dass viel gebaut wird. Unlängst erfuhren wir aus der Zeitung, dass ein neues multifunktionales Trainingszentrum gebaut wird, z.B. ein großes Hallenbad mit Wellenanlage.

Der Bund investiert außerdem in neue Unterkünfte. Die Ausrüstung der Elite-Soldaten sei so umfangreich, dass „fünf Schränke“ nicht mehr ausreichen. Wie harmlos das klingt!

Auch die innere Struktur werde verändert. Details dürften aber nicht verraten werden. (Schwarzwälder Bote Ausgabe 03.09.2016)

In diesem Zeitungsartikel wurde nebenbei darauf hingewiesen, dass das Kommando Spezialkräfte in diesem Jahr sein 20. Jubiläum begeht. Ob die Bevölkerung daran teilhaben „darf“, war bis dahin noch ungewiss. Wenige Tage später war es dann raus: Das KSK feierte sein 20-jähriges Jubiläum unter strenger Geheimhaltung am 13.09.2016 im Schloss Ludwigsburg. Außer der Pressemitteilung war in Calw davon nichts zu merken.

Wie reden eigentlich „die Leute“ in Calw über das KSK? Gibt es da enge Verflechtungen wie beispielsweise in der Garnisonsstadt Stetten am kalten Markt, welches ja nicht allzu weit weg von Calw ist?

Wie ich schon erläuterte, erfährt die Bevölkerung sehr wenig über die Graf Zeppelin Kaserne und ihre Aktivitäten. Der Standort ist im Gegensatz zu Stetten am kalten Markt eigentlich gar nicht mit der Bevölkerung verwoben. Geheimhaltung hat oberste Priorität.

So beteiligte sich das KSK mit Schauübungen zwar am Tag der Bundeswehr, jedoch nicht in Calw, sondern im schleswig-holsteinischen Standort Hohn.

Die Kommandosoldaten, die hier am Ort – teilweise mit ihren Familien – leben, gehen mit ihrer Tätigkeit sehr diskret um.

Das macht es auch schwer, vor Ort Friedensaktivitäten auf die Beine zu stellen. Ich denke, an dieser Stelle geht das Kalkül der Bundeswehr gut auf. Allerdings kann man wohl auch sagen, dass im Gegenzug in der Bevölkerung auch kein besonderer Stolz auf die Eliteeinheit aufkommt. Der Rückhalt scheint mir nicht ausgeprägt.

20 Jahre KSK bedeuten auch 20 Jahre Widerstand dagegen. Gab es Proteste vor Ort, kannst du da einige Zusammenstellen?

Es gab zwei große Ostermärsche 1997 und 2007. Dazu noch kleinere Demonstrationen und Aktionen, z.B. im Dezember 2001 gegen den „Krieg gegen den Terror“. Immer wieder haben wir versucht, darauf aufmerksam zu machen, wie der Umbau der Bundeswehr zu mehr Beteiligung Deutschlands an den Kriegen weltweit führt und welche Rolle das KSK dabei spielt. Dazu haben auch viele Informationsveranstaltungen durch die IMI beigetragen.

Wie waren die Reaktionen auf diese Proteste?

Aus der Bevölkerung gab es die ganze Bandbreite an Reaktionen von Unterstützung bis zu Beschimpfungen. Von der Bundeswehr selbst gibt es kaum Reaktionen. Insgesamt herrscht schnell wieder Schweigen.

Welche Rolle sollte deiner Meinung nach lokaler Widerstand spielen und wo sind dessen Grenzen?

Mein persönliches Empfinden ist, dass es sehr viel schwerer geworden ist, Menschen für den Widerstand zu gewinnen. Das ist auch in Calw nicht anders. Es gibt leider seit langem keine Friedensinitiative mehr in Calw. Von daher sind wir vor Ort auf die Initiative von überregionalen Gruppen angewiesen.

Worin siehst du die besondere Gefahr des KSK?

Aus der zunehmenden Beteiligung an kriegerischen Handlungen resultiert auch eine höhere Terrorgefahr, die durchaus auch den Standort Calw mit seiner Elitetruppe treffen kann.

Die eigentliche Gefahr sehe ich jedoch in der politischen Entwicklung. Es hat ein grundsätzlicher Paradigmenwechsel stattgefunden. Der Einsatz der Bundeswehr im Ausland und nun auch im Inland wird salonfähig. In der Außenwahrnehmung befreit das KSK Geiseln und beschafft Informationen. Den meisten Menschen ist nicht wirklich klar, dass die Kommandosoldaten zum gezielten Töten ausgebildet werden. Aus Berichten ehemaliger Soldaten wissen wir, dass etliche die psychische Belastung nicht aushalten, nicht mehr einsatzfähig sind und auch kein normales Privatleben mehr führen können.

Wie schätzt du die weitere Entwicklung des KSK ein, auch vor dem Hintergrund, dass du am Standort täglich vielleicht daran vorbeifährst?

Nach den oben genannten Informationen sieht es wohl so aus, als wäre der Standort des KSK auf lange Zeit in Calw festgelegt. Der Standort wächst und wird auch technisch ausgebaut. Etwas befremdet hat mich ein Presseartikel im Schwarzwälder Boten vom 21.09.2016. In diesem wird berichtet, dass Brigadegeneral Dag Knut Baehr seine Truppe gerne als „Battle-Lab“ organisieren möchte. Das KSK soll neue Ausrüstung in Übungs- und Gefechtssituationen erproben. Dadurch soll der Prozess der Neuausrüstung der Bundeswehr von innen heraus beschleunigt werden.

„Das KSK muss aufgelöst werden!“

Interview mit einem Aktivisten

KSK-Barrettabzeichen
Foto: Wikipedia

IMI: Du hast dich sogar schon vor der KSK-Gründung mit dieser Truppe beschäftigt, also schon seit über 20 Jahren. Warum ist dir dies so wichtig und warum ist das KSK besonders problematisch?

Tobias Pflüger: Das Kommando Spezialkräfte (KSK) ist eine Elitekampftruppe der Bundeswehr, die sich ständig in konkreten Kriegseinsätzen befindet. Dort wird in Kommandoeinheiten getötet und gestorben. Insofern nenne ich das KSK auch die Bundeswehr-Killertruppe. Das KSK ist zugleich ein Symbol dafür, wohin sich die Bundeswehr entwickelt. Es ist die Speerspitze der neuen Bundeswehr, die auf Auslandseinsätze ausgerichtet ist. Und das KSK ist nicht parlamentarisch oder gar öffentlich kontrollierbar. Über die meisten der KSK-Einsätze weiß weder der Bundestag noch die Öffentlichkeit Bescheid.

Du warst auch selbst einmal als Abgeordneter in Calw zu Besuch beim KSK, war das nicht alles geheim und wie war damals dein Eindruck?

Damals wurden uns (ich war als Europaabgeordneter mit einem Mitarbeiter und einem Mitglied der damals noch bestehenden örtlichen Friedensgruppe dort) die „Fähigkeiten“, wie es hieß, vorgeführt, in extra Übungen und durch das Zeigen von Material, Gebäuden und Gelände, sowie durch Briefings (davon eines nur für den Abgeordneten, also intern und geheim). Der Aufbau des KSK in Kommandotrupps a vier Kampfsoldaten, mit den verschiedenen Spezialisierungen (Wüste, Dschungel, Straßenkampf etc.) und den Unterstützungssoldaten wurde erläutert. Gespräche mit einzelnen Soldaten waren ebenfalls möglich. Den Besuch haben wir in einer Broschüre dokumentiert, auch mit einigen „erlaubten“ Fotos. Mein Eindruck: Eine professionelle Truppe, mit neuesten Gerätschaften und Waffen, die deutsche Killertruppe eben.

Interessant war auch, dass ich später mal in das BMVg vorgeladen wurde: Ich würde zu viele Truppenbesuche machen und den Übungs- und Arbeitsbetrieb der Bundeswehr – und da wurde besonders das KSK angesprochen – immer wieder lahmlegen. Dann hatten die Besuche ja noch einen zweiten Sinn.

Was hat sich zu heute gerade in Bezug auf die Frage von Geheimhaltung und parlamentarischer Kontrolle geändert? Wie sieht eigentlich die Unterrichtungspraxis der „Parlamentsarmee“ in Bezug auf das KSK aus?

Früher waren der Einsatz des KSK, bzw. ähnliche Truppen explizit ausgewiesen in den Einsatzanträgen der Bundesregierung. Inzwischen kann das KSK nach Rechtsauffassung der Bundesregierung durch die weiten Formulierungen innerhalb nahezu jedem Bundeswehreinsatz eingesetzt werden. Die Informationen über die konkreten Einsätze fließen nur mündlich in nicht-öffentlicher Sitzung und nur nach Nachfrage und insbesondere im Nachhinein. Und es geht nicht um das „Wie“ eines Einsatzes, sondern um die nackte Information. Das alles macht eine parlamentarische und öffentliche Kontrolle nahezu unmöglich. Das KSK ist die Truppe der Bundeswehr, die rein administrativ geleitet wird. Hier ist die „Parlamentsarmee“ explizit nicht gegeben.

Auch die sonst zweifelhafte Rühe-Kommission hatte Kritik an der Unterrichtungspraxis des Parlaments ausgesprochen. Der KSK-Kommandeur versprach bei der 20-jährigen Feier des KSK sogar Besserung, was die Geheimhaltung angeht. Wie wird dies in der Praxis umgesetzt werden?

Mehr KSK-Shows nach Außen wahrscheinlich. Und vielleicht mehr quantitative Infos im internen Bereich des Parlamentes. Den Kernbereich der KSK-Einsätze wird doch die Bundeswehr und die Bundesregierung niemals öffentlich machen wollen. Also: warum, wie, als Übung oder als Kriegseinsatz, gegen wen, wie viele Verletzte und Tote, etc.

Es gab über die Jahre auch zahlreichen Widerstand gegen das KSK, an dem du auch beteiligt warst. Was waren dabei die Höhepunkte und worin siehst du für die Zukunft Möglichkeiten des Widerstandes gegen das KSK?

Wir konnten kurz nach der Gründung einen für heutige Verhältnisse riesigen Ostermarsch – unter Beteiligung (und inhaltlicher „Fütterung“) des DGB – organisieren: 5.000 Demonstrant*inn*en 1997 in Calw, das war eindrucksvoll! Auch der Ostermarsch in Nagold, der ehemaligen Eisbergkaserne, in der das KSK damals übte, war gut. Bei den späteren Aktionen hatten wir zum Teil erhebliches Medieninteresse, zum Teil nur wenige Menschen und wenige Medienvertreter*innen. Wir müssen den Protest und den Widerstand gegen das KSK mit den konkreten Bundeswehr-Einsätzen verbinden. Und wir brauchen wieder regelmäßige Analysen und Informationen bei IMI und anderen über das KSK. Wer weiß denn, dass das KSK im Oman oder in Französisch-Guyana war?

Wie siehst du die Zukunft des KSK und was werden zukünftige Einsatzszenarien sein? Das KSK ist ja unter anderem im Gespräch für die gemeinsamen Übungen im Inland mit der Polizei, ist dies realistisch?

Das KSK wird im Häuserkampf speziell ausgebildet, einem zentralen Einsatzszenario der Zukunft für die Bundeswehr, siehe die Übungen im Gefechtsübungszentrum in der Colbitz-Letzlinger Heide und den Bau der Übungsstadt Schnöggersburg dort. Das KSK ist die Speerspitze dieser Form von Einsätzen, insofern passen die Pläne der offiziellen gemeinsamen Übungen mit der Polizei, die ja auch schon stattfanden, „gut“ ins Bild.

Leider ist die konkrete KSK-Realität die einer permanenten Kriegstruppe, deshalb bleiben wir dabei: Das KSK muss aufgelöst werden!

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

GASTBEITRAG

„Mit Mozart gegen Kampfdrohnen“

Lebenslaute-Konzert vor dem AFRICOM

von Paul Russmann

Die Lebenslaute ist ein Ensemble aus musikalischen Laien und Profis, die mindestens einmal im Jahr mit ihren Instrumenten und Stimmen klassische Musik an Orte bringen, an denen man dies nicht erwarten würde. Sie spielen auf Militärübungsplätzen und Abschiebeflughäfen, vor Atomanlagen und Raketendepots.

Am 29. August 2016 spielten rund 80 Musikerinnen und Musiker der Lebenslaute vor der US-Kommandozentrale AFRICOM in Stuttgart-Möhringen. Vier Stunden eher als angekündigt trafen sie sich am frühen Montagmorgen und begannen, mit eindrucksvollen Konzerten unter freiem Himmel gegen US-Drohneneinsätze zu protestieren. „In Stuttgart befinden sich mit dem AFRICOM und dem EUCOM zwei der insgesamt sechs US-Kommandozentralen, in denen weltweit alle Einsätze der US-Armee koordiniert werden. Im AFRICOM werden die Todeslisten für den Einsatz von US-amerikanischen Kampfdrohnen erstellt. Die illegalen und völkerrechtswidrigen Tötungen mit Kampfdrohnen geschehen mit stillschweigender Duldung von Oberbürgermeister Fritz Kuhn und der Bundesregierung.“ So begründete ich als Sprecher von Ohne Rüstung Leben vorab in einer Presserklärung meinen Aufruf zur Teilnahme an der Lebenslaute-Konzertaktion „Schlussakkord dem Drohnenmord“.

Edith Gmeiner, die Sprecherin der Lebenslaute, sagte im Gespräch mit dem SWR, es handele sich um „eine friedliche musikalische Protestaktion. Aber es geht eben auch darum, durch die Aktionsart mehr Aufmerksamkeit zu kriegen; und wir wollen einen politischen Diskurs anregen.“

Bei der Stadt Stuttgart angemeldet hatte ich das Schlusskonzert vor dem Haupttor des AFRICOM für die Zeit von 10 bis 13 Uhr. Doch schon kurz nach 6 Uhr in der Früh teilten sich die rund 80 Musikerinnen und Musiker auf und blockierten die Zufahrten der vier rund ums Areal gelegenen Zugänge zur amerikanischen Kaserne. „Das machen wir immer so. Wenn wir erst um 10 Uhr gekommen wären, zu der Zeit, zu der das Konzert angekündigt war, hätte die Polizei die Situation besser im Griff gehabt“, sagte ein Lebenslaute-Sprecher und nannte es „Teil des Konzepts“. Denn: „Wir setzen auf zivilen Ungehorsam und nehmen für unsere Ziele auch Gerichtsverfahren in Kauf.“

Der Plan ging insoweit auf, als die städtischen Ordnungsbediensteten und die Polizei eine ganze Weile brauchten, um der Sache Herr zu werden. Durch die Blockaden vor allen Zugängen verhinderten die Musizierenden die An- und Abreise hunderter Soldatinnen und Soldaten sowie von zivilen Angestellten auf bzw. von dem Gelände. Auf der Plieninger Straße staute sich der anreisende Verkehr aus Bussen, Transportern und hunderten Privatfahrzeugen zeitweise hinein bis nach Möhringen.

Nach Schätzungen arbeiten etwa 1500 Menschen auf dem Stützpunkt. Vielen Anreisenden blieb nichts anderes übrig, als sich von der anwesenden Militärpolizei zu Fuß durch die Blockade führen zu lassen. „Today is no anonymous killing“, riefen laut „beobachternews“ einige der Blockierenden den Anreisenden zu. Erst gegen 8.30 Uhr waren die Blockaden an den Nebentoren aufgelöst, 35 blockierende Musikerinnen und Musiker wurden von der Polizei weggetragen.

Vor Beginn des Schlusskonzertes, am Hauptzugang an der Plieninger Straße, gab es eine längere Diskussion darüber, wo genau sich Chor und Orchester aufstellen dürfen. Chor und Orchester hatten in der Einfahrt Platz genommen – im Versammlungsbescheid wurde lediglich die vorbeiführende Straße als Versammlungsraum ausgewiesen. Auf meine Initiative hin wurde dann der Versammlungsraum um ein paar Meter erweitert

Gegen 10.40 Uhr begann der eigentliche Auftritt. Die mit Orchesterinstrumenten ausgestattete Gruppe samt Chor intonierte klassische Stücke von Mozart und Beethoven, sowie Werke von Leonard Bernstein und Rio Reiser. Zwischen die 13 musikalischen Darbietungen wurden mehrere kürzere Statements eingestreut. „Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass damit von deutschem Boden Krieg ausgeht und unser Grundgesetz somit jeden Tag missbraucht wird“, prangerte ein Sprecher die „völkerrechtswidrigen Angriffe mit fliegenden Mordmaschinen“ der Amerikaner, aber auch die Duldung durch alle deutschen Instanzen (Bund, Land, Stadt) an.

„Die Herzen der Menschen erreicht“

Das Echo in den regionalen und überregionalen Medien war groß: Ausführlich und meist wohlwollend wurde von der Aktion berichtet. Unter dem Titel „Mit Mozart gegen Kampfdrohnen“ sendete beispielsweise das SWR-Fernsehen einen umfangreichen Beitrag über das Sommerkonzert und die Hintergründe.

Ich freue mich sehr darüber, dass Musikerinnen und Musiker aus ganz Deutschland in ihrer Freizeit mit klassischen Klängen ein lautstarkes Lebenszeichen gegen den Drohnentod aus Stuttgart gesetzt haben. Mit ihrer professionellen Musik hat die Lebenslaute versucht, nicht nur den Verstand, sondern auch die Herzen der Menschen zu erreichen. Viele positive Reaktionen zeigen mir, dass das Sommerkonzert gegen die US-Drohneneinsätze ein großer Erfolg war.

Mehr Informationen, Bilder und Presseberichte zum Lebenslaute-Sommerkonzert finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten

Rüstungshaushalt

Bald 40 Milliarden für das Militär

von Claudia Haydt

Im politischen Berlin wird der Haushalt für 2017 verhandelt und Ursula von der Leyen hat ihren Claim für eine noch besser ausgestattete Bundeswehr erfolgreich abgesteckt. Um die Parlamentarier*innen argumentativ auf die Beratungen vorzubereiten, produziert das Bundesministerium der Verteidigung regelmäßig eine Broschüre mit dem langweiligen Titel „Erläuterungen und Vergleiche zum Regierungsentwurf des Verteidigungshaushaltes“. Doch trotz dieses bürokratischen Titels hat es das Papier in sich. Der globale deutsche Machtanspruch, der erst kürzlich im Weißbuch der Bundeswehr bekräftigt wurde, wird mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf konkret untermauert. Deswegen muss es nicht verwundern, dass die meisten Mehrausgaben im direkten oder indirekten Zusammenhang mit Auslandseinsätzen der Bundeswehr stehen.

Mehr Kriegsgerät und mehr Personal

Um für zukünftige Kriegs- und Besatzungseinsätze noch besser gerüstet zu sein, plant die Bundeswehr die Erhöhung der sogenannten rüstungsinvestiven Ausgaben (Entwicklung und Beschaffung von Rüstungsgütern) um 636 Millionen auf etwas mehr als 6 Milliarden. Damit wird fürs Militär etwa 1,2% des BIP ausgegeben. Da Ursula von der Leyen jedoch als Marschroute vorgegeben hat, Schritt für Schritt das NATO-Ziel von 2% zu erreichen, erkennt man bereits Ansätze für zukünftige Erhöhungen im mittelfristigen Plan. Diese mittelfristigen Pläne wurden jedoch in den letzten Jahren in der Regel im weiteren Verlauf deutlich nach oben korrigiert. Wir sollten also die momentan diskutierte mittelfristige Planung nicht allzu ernst nehmen. Ernst zu nehmen ist jedoch die Größenordnung, in der sich der deutsche Rüstungshaushalt zunehmend bewegt. Das Land, das zur Zeit am häufigsten für die NATO Aufrüstungspläne als Argument herangezogen wird, nämlich Russland, gab im Jahr 2015 insgesamt 66 Milliarden Dollar für sein Militär aus (59 Mrd. Euro). Deutschland würde wegen seiner großen Wirtschaftskraft bei Erreichen der 2%-Vorgabe an dieser Summe mit über 65 Mrd. Euro vorbeiziehen. Ein so hoch gerüstetes Deutschland in der Mitte Europas war noch nie eine gute Nachricht. Interessant ist, dass sowohl die Panzeroffensive (modernisierter Leopard, mehr Radpanzer, Boxer, Puma und Fuchs) vorangetrieben wird als auch die Marine und Luftwaffe massiv hochgerüstet werden.

Die gewachsenen deutschen Machtansprüche äußern sich zudem in der nun auch haushaltstechnischen verankerten Ankündigung, dass es zukünftig keine Obergrenze mehr für das Bundeswehrpersonal gibt. Wörtlich heißt es: „Ab dem Jahr 2017 werden keine starren personellen Obergrenzen mehr zugrunde gelegt. Künftig wird der Personalbedarf der Bundeswehr - orientiert an den tatsächlichen Aufgaben der Bundeswehr - jährlich für die Mittelfrist ermittelt und in den Regierungsentwurf zum Haushalt eingebracht.» Entsprechend begründen sich auch schon die zusätzlichen 460 Mio. für den Personalbedarf in 2017 nicht nur mit Tariferhöhungen nicht nur mit Tariferhöhungen sondern auch mit neuen Stellen, zahlreichen Beförderungen und diversen weiteren Attraktivitätssteigerungen für den «Arbeitsplatz Bundeswehr».

Teure Auslandseinsätze

Als effektive Managerin des Unternehmens Bundeswehr hat von der Leyen besonders für die große Anzahl an Bundeswehrauslandseinsätzen Vorsorge getroffen. Die sogenannten „einsatzbedingten Zusatzausgaben“ steigen um fast das Doppelte auf 730 Millionen. Begründet wird dies mit den aufwändigen Bundeswehreinsätzen in Mali, gegen den IS, in Afghanistan und bei der Flüchtlingsabwehr im Mittelmeer.

Man kann jedoch noch an zahlreichen weiteren Stellen ablesen, wie gründlich hier die offensive deutsche Militärpolitik geplant wird. So werden für den Transport von Rüstungsgütern im Rahmen des SALIS Modells etwa 25% mehr Ausgaben errechnet. Die Anwohner*innen des Flughafens Leipzig dürfen sich dann wohl über 25% mehr Lärm freuen. Der intensive Gebrauch von Rüstungsgütern hat mehr Wartungskosten zur Folge - der Treibstoff ist ja glücklicherweise konstant günstig. Für den Fall, dass ad hoc in den Einsätzen Waffen fehlen, stehen statt 15 Millionen im laufenden Jahr, nächstes Jahr 61 Millionen zur Verfügung. Natürlich ist auch die Unterbringung der Soldat*innen z.B. in Mali oder der Türkei nicht umsonst und entsprechend sind auch dafür 60 Millionen vorgesehen. Im laufenden Jahr waren es noch 5 Millionen.

Falsche Prioritäten

Insgesamt stehen für das Jahr 2017 im Einzelplan 14 voraussichtlich 36,6 Milliarden Euro bereit. Dazu kommen diverse Posten, die in anderen Haushaltstiteln „versteckt sind“. Der NATO meldet die Bundeswehr jedenfalls eine Summe, die um 2,7 Milliarden höher ist. Denn natürlich gehören auch Ausgaben für UN mandatierte Einsätze oder zur „Ertüchtigung“ der irakischen Armee zum Militärbudget. Deswegen ergibt sich bei den Verteidigungsausgaben nach NATO-Ausgaben die beachtliche Summe von 39,3 Milliarden Euro. Berücksichtig man dann noch, dass zwischenzeitlich auch aus den Zuweisungen an die Europäische Union militärische relevante Haushaltsposten finanziert werden, dann ist es leider nicht übertrieben davon auszugehen, dass aus Steuermitteln im nächsten Jahr wohl etwa 40 Milliarden fürs Militär „investiert“ werden. Positiv formuliert: Hier gibt es viel finanziellen Spielraum für ein Umsteuern der Ausgabenpolitik hin zu sozial und ökologisch sinnvollen Projekten.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Ägyptens Diktatur

Deutschlands Partner im Kampf gegen Terrorismus und Migration

von Jacqueline Andres

Ägypten ist mit seinen rund 90 Millionen Einwohner_innen das bevölkerungsreichste Land des arabischen Raums und schon immer tonangebend für die politischen Geschehnisse der Region. Der ägyptische Suezkanal verbindet das Mittelmeer mit dem Roten Meer, wodurch er den Handels- und Kriegsschiffen zwischen dem Atlantik und dem Indischen Ozean den 9000 km längeren Weg um Afrika erspart. Der schmale Kanal ist ein wichtiges Nadelöhr der Weltwirtschaft und der Kriegslogistik, durch das rund 10 Prozent des Welthandels gehen. Die Revolution 2011 auf dem Tahrir Platz spielte eine zentrale Rolle im Arabischen Frühling und weckte Ängste der großen Wirtschaftsnationen und der Golfmonarchien vor einer möglichen Demokratie in einem Staat, der die eigenen Interessen gefährden und die Geopolitik der Region auf den Kopf stellen kann. Die internationalen Abhängigkeiten von Importen und milliardenschweren Finanzhilfen der strauchelnden Wirtschaft Ägyptens ermöglichen es u.a. den USA, den Golfstaaten und der EU, weiterhin Einfluss auf die Geschehnisse im Land auszuüben. Innenpolitisch verliert die Regierung zusehends an Zustimmung und hält sich durch die systematische Gewaltanwendung der Sicherheitskräfte an der Macht. Daher legitimiert, stärkt und unterstützt jede Polizei- oder Militärzusammenarbeit die Militärdiktatur – eine Zusammenarbeit, die die Bundesregierung ausweiten will.

Erst vor fünf Jahren trieb die Hoffnung auf soziale Gerechtigkeit, Brot und Freiheit Millionen Menschen auf die Straßen Ägyptens. Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnete den Sturz des damaligen Langzeitpräsidenten Hosni Mubarak als historischen Wandel und wünschte den Menschen ein Leben ohne Korruption, Zensur, Verhaftung und Folter. Der ehemalige Entwicklungsminister Dirk Niebel kündigte finanzielle Hilfe für den Demokratisierungsprozess an – die deutschen politischen Stiftungen erhielten Sonderfonds in Höhe von drei Millionen Euro und das Entwicklungsministerium stellte acht Millionen Euro zur beruflichen Ausbildung junger Ägypter_innen bereit.[1] Auch der zu diesem Zeitpunkt amtierende Staatsminister im Auswärtigen Amt, Werner Hoyer, sprach von einer möglichen Hilfe bei der Erstellung einer neuen Verfassung und dem Aufbau eines demokratischen Parteiensystems.[2] Noch 2013 beschlossen die Mitgliedsstaaten auf dem G8 Gipfel den einsetzenden Demokratisierungsprozess in Tunesien und Ägypten mit 20 Milliarden Dollar zu unterstützen.[3]

Doch der erste demokratisch gewählte Präsident Ägyptens wurde durch einen Militärputsch aus dem Amt gejagt und im Jahr 2015 wegen Verschwörung zu einem Gefängnisausbruch während der Aufstände zum Tode verurteilt.[4] Unterstützung erhielt der hinter dem Putsch stehende General Abdel Fatah Al Sisi von verschiedenen Staaten der EU, den USA und den wohlhabenden Golfstaaten Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Noch bevor er Präsident wurde, ließ Sisi tausende Anhänger_innen des gestürzten Mohammed Mursi festnehmen und zwischen Januar 2014 und November 2015 befanden sich zahlreiche seiner Anhänger_innen unter den mehr als 588 in Massenprozessen zu Tode verurteilten Menschen, auch wenn längst nicht alle Urteile ausgeführt wurden.[5] Doch die Nachricht war klar: Opposition zum Regime wird nicht toleriert. Die schrittweise Ausweitung der Repression gegen Andersdenkende auf Journalist_innen, regimekritische Aktivist_innen, Menschenrechtler_innen, Feminist_innen, streikende Arbeiter_innen und Anwält_innen ließ nicht lange auf sich warten.

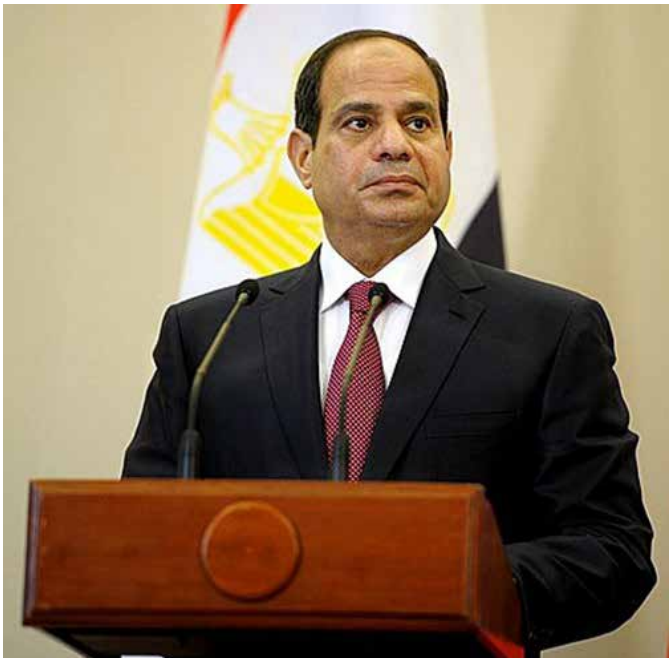
Vom Bekenntnis der westlichen Regierungen zur erblühenden Demokratie in Ägypten ist nicht mehr viel zu hören. Die Bundesregierung erklärte Sisi trotz der katastrophalen Menschenrechtslage zum Partner im Kampf gegen den Terror und die illegalisierte Migration und fördert einen seit Jahren voranschreitenden Prozess, der die erkämpften Freiheiten der Zivilbevölkerung Schritt für Schritt beerdigt, die staatliche Repression noch nie gesehene Dimensionen annehmen lässt, dem Neoliberalismus den Weg frei hält und den Militärapparat stärkt. Nichtsdestotrotz stellen sich bis heute kritische Stimmen in Ägypten diesem Prozess entgegen und bitten um internationale Solidarität.

Deutschlands Partner im Kampf gegen den Terror…

Bundesinnenminister Thomas de Maizière erklärte Ägypten bei seinem Regierungsbesuch in Kairo im März 2016 zu „einem unverzichtbaren Verbündeten im Kampf gegen den Terrorismus“.[6] Im Rahmen dieses Besuches leitete er gemeinsam mit Sisi ein bilaterales Sicherheitsabkommen in die Wege, in dem beide Staaten gemeinsam Terror, „illegale“ Migration und organisierte Kriminalität bekämpfen und die Luftsicherheit erhöhen wollen. Noch ist die genaue Gestaltung der zukünftigen Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus unklar, da die Aushandlung des Abkommens noch nicht abgeschlossen ist. Der Aushandlungsprozess signalisiert jedoch unzweifelhaft Rückendeckung für den repressiven Kurs der ägyptischen Militärdiktatur.

Diese versteht unter Bekämpfung des islamistischen Terrorismus in Ägypten vor allem die Unterdrückung des wichtigsten innenpolitischen Konkurrenten: der Muslimbruderschaft, die den ersten demokratisch gewählten Präsidenten der Republik stellte. Im Dezember 2013 stufte die Übergangsregierung sie als Terrororganisation ein und kriminalisierte somit deren politische Aktivitäten, Finanzierungsstrukturen und Mitglieder.[7] Der Anlass zu dieser Maßnahme war ein Sprengstoffanschlag auf eine Polizeizentrale der Stadt Mansura im Nil-Delta, zu dem sich jedoch die Gruppe Ansar Beit al Maqdis bekannte. Gegen diese Gruppe, welche sich mittlerweile offiziell dem IS zuordnet, führen die ägyptischen Sicherheitskräfte auf dem Sinai einen handfesten Krieg, Luftschläge mit zivilen Opfern eingeschlossen.

Die Beziehung des Militärs sowie der Regierung zu den Bewohner_innen der Halbinsel ist seit Jahrzehnten durch staatliche Vernachlässigung geprägt, in der die Wurzeln des heutigen Konflikts liegen. In Folge des staatlich angeordneten Massakers an 800 Moslembruderschaftsanhänger_innen auf dem Rabaa-Platz in Kairo am 14. August 2013 nahm der Diskurs unterschiedlicher Gruppierungen auf dem Sinai einen zunehmend religiösen Ton an. Nachdem zunächst Unbekannte wiederholt die Gaspipeline von Sinai nach Israel sabotierten



Der ägyptische Präsident Abdel Fattah al Sisi.
Quelle: Wikipedia

und sich infolgedessen das erste Mal als Ansar Beit Maqdis[8] (ABM) vorstellten, setze eine Gewaltspirale zwischen den Sicherheitskräften und Gruppen wie der ABM ein, die bis heute anhält und die örtliche Bevölkerung in Mitleidenschaft zieht.[9] Allein im Jahr 2015 starben mehr als 2.100 Menschen im Nordsinai – nach Angaben des ägyptischen Militärs seien 1.800 davon „Terroristen" gewesen, 150 Zivilist_innen und 180 Militär- und Polizeiangehörige. In den ersten Monaten des Jahres 2016 lag die Zahl der Getöteten bereits bei 230 „Militanten".[10]

Bewohner_innen der an Gaza angrenzenden Orten Sheikh Zuwayd und Rafah baten bereits im Jahr 2014 den Inlandsgeheimdienst um die Entsendung moderater Imame in ihre Region, da die örtliche Jugend durch die schlechte Bildungsinfrastruktur, durch die Zerstörung und Umwandlung von Schulen in Militärcamps kaum die Möglichkeit hat, noch andere Ansichten als die der religiös-fanatischen Gruppen zu hören. Doch die Regierung lehnte dies ab und versucht nicht durch Gespräche, Bildung, soziale Einbindung und wirtschaftlicher Teilhabe die Wurzeln des hausgemachten Konflikts zu beheben, sondern treibt mit ihren militärischen Angriffen weitere Jugendliche in die Arme fundamentalistischer Gruppen.[11]

Weitere Anti-Terrormaßnahmen des ägyptischen Militärs[12] umfassen die Flutung der Tunnel zum angrenzenden Gazastreifen mit Meereswasser, welche eine Versalzung des Grundwassers im Gebiet zur Folge hat.[13] Im Zeitraum von Juli 2013 bis August 2015 wurden zudem mehr als 3.255 an Gaza angrenzende Gebäude in der ägyptischen Stadt Rafah demoliert und tausende Familien vertrieben. Es entstand die so genannte Pufferzone, welche sich einer Breite von 1,5 km entlang der Grenze zu Gaza erstreckt. Die aus ihren Häusern vertriebenen Bewohner_innen erhielten keine Entschädigung für den Verlust des landwirtschaftlich genutzten Landes und lediglich eine geringe Summe für die zerstörten Häuser.[14] Viele von ihnen hausen bis heute in selbst errichteten Hütten in der Wüste.[15]

Die Abschottung des Sinai vom Rest des Landes durch den seit Oktober 2014 währenden Ausnahmezustand, welcher u.a. bis zu sechzehnstündige Ausgangssperren, Straßenblockaden und die teilweise Abschaltung von Mobilfunk und des Internets zur Folge hat, lässt kaum Informationen über die Lage vor Ort nach außen dringen.[16] Zudem zwingt das ägyptische Militär Journalist_innen und Aktivist_innen durch Gewalt und Drohungen und mittlerweile auch legal durch ein im August 2015 erlassenes Antiterrorgesetz, die offizielle Linie der Regierung in der Berichtserstattung des Krieges gegen den Terror auf der Sinaihalbinsel wiederzugeben.[17]

Wie willkürlich die Einordnung von Gruppierungen als terroristische Organisationen ist, zeigt der Fall der Fußballfanclubs. Reich an Erfahrungen mit gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei bildeten sie „das Rückgrat"[18] der Massenproteste im Jahr 2011 und nahmen in der Organisation der Studierendenproteste der Post-Revolutionszeit eine zentrale Rolle ein. Bis heute stellen sie selbstorganisierte polizei- und regimekritische Strukturen, die immer wieder spontane Proteste durchführen. Im Mai 2015 verbot ein Gericht wegen eines generalisierten Terrorismusvorwurfs kategorisch alle Fußballclubs. Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung lässt die ägyptische National Security Agency seit Beginn des Jahres 2015 täglich etwa drei bis vier Personen verschwinden, welche entführt, verhört und gefoltert werden.[19] Das im August 2015 verabschiedete Antiterrorgesetz ermöglicht es den Behörden, „schwerwiegende Gerichtsurteile zu erlassen, einschließlich der Todesstrafe, für Straftaten, die einer solch ausgedehnten Definition von Terrorismus untergeordnet werden, dass sie auch zivilen Ungehorsam umfassen können. […] Das neue Gesetz erweitert auch die Befugnisse von Staatsanwält_innen, Tatverdächtige ohne gerichtliche Überprüfung zu inhaftieren und die weitreichende und potenziell zeitlich unbegrenzte Überwachung von Terrorverdächtigen ohne richterlichen Beschluss anzuordnen", so Human Rights Watch.[20]

Die Bundesregierung kollaboriert mit den in der Repression eingebundenen Geheimdiensten und Polizeiapparaten. Bereits im Jahr 2014 nahm die Bundesregierung wieder Verhandlungen über ein Polizeiabkommen mit Kairo auf, um Ägypten als „Vorposten einer europäischen Sicherheitspolitik"[21] auszubauen. U.a. führte das Bundeskriminalamt (BKA) Schulungen zur polizeilichen Auswertung des Internets durch, welche nicht nur gegen den Terrorismus, sondern auch gegen regimekritische Stimmen und für das Herausfiltern falscher Profile von Homosexuellen, die ebenfalls staatlicher Gewalt ausgesetzt sind, in sozialen Netzwerken wie Facebook genutzt werden. Nach Aussage des Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko seien auch die ‚Informationserhebungsreise' des BKA und ein Treffen mit dem ägyptischen Militärgeheimdienst „ein fatales Signal an die Protagonist/innen der Revolten von 2011".[22] Außerdem besteht eine Zusammenarbeit mit dem u.a. für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Inlandsnachrichtendienst National Security Service (NSS) und dem Auslandsnachrichtendienst General Intelligence Security (GIS). Eine GIS-Verbindungsbeamtin vertritt an der ägyptischen Botschaft in Berlin die Interessen beider Nachrichtendienste und ein Stipendiat des NSS wurde 2015 an das Bundeskriminalamt entsandt.

Bei Betrachtung der bisherigen Maßnahmen zur Terrorbekämpfung unter Sisi wird deutlich, dass diese vielmehr zur Erstarkung und Entstehung von terroristischen Strukturen beitragen und gleichzeitig einen Deckmantel für die Zerschlagung organisierter Oppositionsgruppen bilden. Nach außen hingegen dient die so genannte Terrorismusbekämpfung zur Festigung seiner Legitimität als notwendiges geostrategisches Bollwerk gegen den islamistischen Terrorismus. Internationale Staatsbesuche, wie das Treffen des ägyptischen Präsidenten Sisi mit Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Stein-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

meier sowie sein Empfang mit militärischen Ehren im Schloss Bellevue im Juni 2015 werteten Sisis politisches Ansehen auf und bestätigten ihn in seinem menschenrechtsverachtenden Kurs als Partner im Kampf gegen den „Terrorismus“.

…und im Krieg gegen Migrant_innen

Laut dem Direktor der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, Fabrice Leggeri, legen immer mehr Boote von Ägypten nach Europa ab. U.a. zwingen das EU-Türkei-Abkommen und die Militarisierung der so genannten „Balkan-Route“ die Migrant_innen dazu, die gefährliche, oft zehn Tage lange Überfahrt von der ägyptischen Küste aus zu wagen oder über Ägypten nach Libyen vorzudringen.[23] EU-Parlamentspräsident Martin Schulz forderte, eine intensivere Kooperation von Seiten der ägyptischen Regierung als Bedingung an die bevorstehende Kreditvergabe des IMF in Höhe von 12 Milliarden Euro zu knüpfen. Ohne diesen Kredit würde Ägypten unter der Militärregierung wahrscheinlich in eine tiefe Krise stürzen, was (anders als etwa in Griechenland) jedoch aus westlicher Sicht verhindert werden muss und angesichts der herausragenden geostrategischen Bedeutung Ägyptens und der Kooperationsbereitschaft seiner Regierung sicherlich auch verhindert werden wird.[24]

Als Transitland nimmt Ägypten seit jeher einen wichtigen Platz in der Europäischen Grenzvorverlagerungsstrategie ein, in der Drittstaaten Geflüchtete und Migrant_innen an der Überfahrt nach Europa hindern sollen. Bereits im Rahmen des im Jahr 2014 initiierten multilateralen Khartoum-Prozesses kam Ägypten die Aufgabe zu, gemeinsam mit weiteren nordafrikanischen Transitländern die illegalisierte Migration vom Horn von Afrika (Eritrea, Somalia, Äthiopien, Sudan, Südsudan und Kenya) zu blockieren und die so genannte Rückführung unliebsamer Migrant_innen durch neue Abkommen zu erleichtern.[25] Im Juni 2016 erklärte die EU durch den neuen „Migrationspartnerschaftsrahmen“ die Zusammenarbeit mit Drittländern – einschließlich Ägyptens – in der Migrationsbekämpfung gar „zum Fokus der EU-Außenpolitik“.[26] Abgesehen von seiner Funktion als mittlerweile zweitwichtigstes Transitland nach Libyen, zählt Ägypten u.a. auf Grund seiner desaströsen Wirtschaftslage seit 2016 auch zu den zehn wichtigsten Herkunftsländern.

Die Bundespolizei beabsichtigt diesen Prozess der Grenzvorverlagerung durch Ausbildungs- und Ausstattungshilfe des ägyptischen Grenzschutzes zu intensivieren und somit „die polizeilichen Kompetenzen der ägyptischen (Grenz-) Polizeibehörden zu stärken sowie das Verständnis einer nach demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen und Menschenrechten verpflichteten Polizei zu vermitteln.“[27] In der Umsetzung einer an sich rechtswidrigen und zutiefst unmoralischen Migrationspolitik der EU das Verständnis von demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen einer Behörde zu stärken, deren Handeln bisher fast vollkommene Straflosigkeit erfährt, ist wohl unmöglich. Die ägyptischen Grenzpolizeibehörden sind bekannt für ihre „shoot-to-stop“ Methode, durch die sie in den vergangenen Jahren mit Schüssen versuchten, Migrant_innen bereits beim Ablegen zu hindern oder die Boote wieder zurück an die ägyptische Küste zu treiben. Obwohl dieser Schusswaffengebrauch wiederholt tödlich endete, wurde niemand je für sie zur Verantwortung gezogen. Eine weitere rechtswidrige Maßnahme des ägyptischen Grenzschutzes ist die willkürliche Verhaftung und Abschiebung von Flüchtlingen in Kriegsgebiete wie Syrien. Allein im Juni 2016 wurden mehr als 700 Personen an dem Küstenabschnitt zwischen dem Nildelta und Marsa Matrouh festgenommen.[28] Unabhängig vom konkreten, menschenverachtenden Verhalten der Grenzschutzbehörden stellt die Zusammenarbeit Deutschlands mit diesen eine Legitimierung und Unterstützung eines zutiefst illegitimen, repressiven Regimes dar.

Seit Anfang April ist außerdem ein grenzpolizeilicher Verbindungsbeamter für eine bessere Luftfahrt- und Flughafensicherheit in der deutschen Botschaft in Kairo tätig.[29] In diesem Rahmen erfolgen in Zukunft auch Ausbildungsmaßnahmen durch das BKA und die Bundespolizei bezüglich der Passagierkontrolle und der Nutzung von internationalen Datenbanken. Dies ist besonders brisant, da Ägypten einerseits zunehmend Einreiseverbote gegen kritische Forscher_innen, Journalist_innen etc. erteilt und andererseits Dissident_innen an der Ausreise hindert. So wurde z.B. der deutsche Staatsangehörige Atef Botros, ein zum Arabischen Frühling forschender Literaturwissenschaftler, an der Einreise gehindert.[30] Human Rights Watch dokumentierte im November 2015 bereits 32 Fälle, in denen Sicherheitskräfte u.a. Aktivist_innen und Mitarbeiter_innen von Nichtregierungsorganisationen unrechtmäßig die Ausreise untersagten. Ägypten verwandele jetzt seine Grenzen in Gefängnismauern für Dissidenten – so beschreibt der HRW Direktor für den Nahen Osten und Nordafrika, Nadim Houry, die aktuelle Situation.[31] Die Bundesregierung ist an dieser Entwicklung durch die bestehende Zusammenarbeit und die in Aussicht gestellte Ausweitung der Kooperation beteiligt und bestärkt und unterstützt die Regierung darin, Oppositionellen die Ausreise zu verweigern, um ihrer jederzeit habhaft werden zu können.

Abgesehen von der Mitarbeit an der unrechtmäßigen Einschränkung der Ein- und Ausreise unliebsamer Personen, hat sich die Bundesregierung auch an der Verhaftung des kritischen Al-Jazeera Journalisten Ahmed Mansour beteiligt. Bei seinem Abflug nach Katar wurde er am Berliner Flughafen Tegel unter Berufung auf einen internationalen über Interpol verbreiteten Haftbefehl festgenommen. Bis heute ist nicht geklärt, weshalb der Haftbefehl trotz Verstoß-Meldungen von Interpol die notwendige Zustimmung des Bundesamts für Justiz und des Auswärtigen Amts erhielt, um in das elektronische Informationssystem der Polizei zu gelangen. Von offizieller Stelle hieß es Spiegel Online gegenüber, es sei „dumm gelaufen“. Mansour wurde nach einer fast 48-Stunden langen Festnahme in der Justizvollzugsanstalt Moabit und drohender Auslieferung nach Ägypten freigelassen.[32] Hier hat sich die Bundesregierung auch auf deutschem Boden zum Komplizen einer die Pressefreiheit und die Menschenrechte offen verachtenden Regierung gemacht.

Profit am Nil

Ägypten ist nach den Vereinigten Arabischen Emiraten und Saudi Arabien der drittwichtigste arabische Absatzmarkt deutscher Unternehmen, die allein im Jahr 2015 Waren im Wert von rund 3,5 Milliarden Euro nach Ägypten lieferten. Erst im April 2016 trafen sich Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel und 140 deutsche Wirtschaftsvertreter_innen mit ägyptischen Unternehmer_innen und dem Präsidenten Sisi, um im Rahmen der 3. Sitzung der Deutsch-Ägyptischen Gemischten Wirtschaftskommission weitere Handelsabkommen unter Dach und Fach zu bringen.[33] Zwar sprach Gabriel generell Menschenrechtsverletzungen an, doch anstatt die katastrophale Rechtslage etwa der Gewerkschaften zu kritisieren, nannte er

Sisi „einen beeindruckenden Präsidenten.“[34] Deutsche Unternehmen konnten das 2004 mit der EU unterzeichnete Assoziierungsabkommen nutzen, um ihre Aktivitäten in Ägypten zu intensivieren. Dem Großunternehmen Siemens brachte die Militärdiktatur den größten Einzelauftrag seiner 170-jährigen Konzerngeschichte ein. Unterzeichnet wurde der Auftrag während Sisis Staatsbesuch in Berlin im Juni 2015. Ganze acht Milliarden Euro erhält das Unternehmen, um zwölf Windparks und drei Erdgaswerke zu bauen, inklusive einer eigenen kleinen Fabrik in Ägypten, welche kostengünstig die Windradrotoren herstellen soll. Allein dadurch dürfte sich die Beteiligung des Siemens-Konzerns an der Desertec Industrial Initiative (Dii), die auf verbesserte politisch-industrielle Beziehungen zwischen europäischen Investoren, wie der Deutschen Bank, Unternehmen der erneuerbaren Energie und politischen Akteuren des arabischen Raumes im Bereich der erneuerbaren Energien abzielte, gelohnt haben.

Gemeinsam mit der KfW IPEX und der in London ansässigen multinationalen HSBC hat die Deutsche Bank die staatliche Exportkreditversicherung der Bundesrepublik Deutschland im Wert von 3,5 Milliarden Euro für die geplanten Energiewerke in Beni Suef, Burullus und in der neuen geplanten Hauptstadt, New Capital, arrangiert.[35]

Weitere Milliardenschwere Prestigeprojekte werden geplant, obwohl die Schulden Ägyptens immer weiter anschwellen. Eines dieser Projekte hat Sisi bereits durchgeführt: die Ausweitung des Suezkanals. Auch hier waren deutsche Unternehmen tatkräftig beteiligt. Eines von ihnen ist die im baden-württembergischen Schwanau ansässige Herrenknecht AG, welche für 160 Millionen Euro an dem Tunnelausbau mitwirkte und Spezialwerkzeuge und -maschinen lieferte.[36] Im Januar 2016 sprach der ägyptische Wohnungsbauminister mit einer deutschen Delegation über eine mögliche Teilnahme am Bau des mehr als 45 Milliarden Dollar schweren New Capital City Projekts. Die neue Hauptstadt soll in etwa sieben Jahren auf einer Fläche der Größe Singapurs mehr als fünf Millionen Menschen und den Regierungseinrichtungen ein neues Zuhause bieten.[37]

Bei diesen kostspieligen Großprojekten geht es Sisi einerseits um internationales Ansehen und um Anerkennung auf der politischen Weltbühne. Zugleich kommen durch diese Bauprojekte profitreiche Aufträge militäreigenen Bauunternehmen zu und sichern Sisi Rückhalt in den eigenen Reihen.

Die nächsten Verträge für deutsche Unternehmen stehen bereits in Aussicht. Im Februar 2017 findet in Kairo eine vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderte und in Zusammenarbeit von MENA-Projektpartner e.V. und der Deutsch-Arabischen-Industrie- und Handelskammer (AHK Ägypten) geplante Geschäftsanbahnung für deutsche Unternehmen und Dienstleister im Bereich der Zivilen Sicherheitstechnologien und -dienstleistungen statt. Dadurch „erhalten deutsche Unternehmen einen umfassenden Einblick in die konkreten Geschäftsmöglichkeiten im Bereich der Zivilen Sicherheitstechnologien und -dienstleistungen in Ägypten (Schwerpunkt Sicherung der touristisch wichtigen Flughäfen) und treffen vor Ort mögliche künftige Geschäftspartner“.[38]

Kritische Stimmen in Ägypten...

Allein innerhalb der ersten drei Monate 2016 fanden laut dem Independent Observatory Democracy Index mehr als 733 Demonstrationen in Ägypten statt.[43] Die Anlässe dazu sind vielfältig. Viele fordern die Freilassung politischer Gefangener. Eine genaue Zahl der politischen Gefangenen gibt es nicht, doch 2014 dokumentierten Menschenrechtsaktivist_innen namentlich die Inhaftierung von rund 41.000 Menschen.[44] Seit 2014 standen mehr als 7420 Zivilist_innen vor ägyptischen Militärgerichten[45] – viele von ihnen wurden im Rahmen der berüchtigten Massenverurteilungen des ägyptischen Justizwesens schuldig gesprochen. In diesen Massenverurteilungen fällen die Richter_innen oftmals nach nur zweiminütiger Anhörung ihr Urteil und beziehen sich auch auf unter Folter erzwungene Aussagen.[46] Die politische Justiz und die Straflosigkeit im Justizwesen und in den Sicherheitskräften Ägyptens verschlimmern die Situation zusehends. Allein im Jahr 2015

Deutsche Prestigeprojekte im Bildungssektor

Die German University Cairo (GUC) stellt momentan die größte deutsche Auslandsuniversität dar. Im Jahr 2001 wurde sie mit Unterstützung der Universitäten Ulm und Stuttgart gegründet und nahm ab dem Jahr 2003 ihren Betrieb auf. Unterstützt wird die GUC von deutscher Seite aus durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), die Deutsche Botschaft in Kairo, die Arabisch-Deutsche Industrie- und Handelskammer (AHK), das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie durch die Universitäten Tübingen und Mannheim. Persönliche Schirmherren sind der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Siemens AG, Heinrich von Pierer und der frühere Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Erwin Teufel. Doch die Universität steht im Gegensatz zu ihrem Image nicht unbedingt für Demokratie. U.a. rief die Universitätsleitung im März 2011 das Militär gegen Stundent_innen auf das Universitätsgelände, die für die Errichtung einer unabhängigen Studierendenvertretung demonstrierten.[39] Auch im Jahr 2015 richtete sich die Universitätsleitung nach einem tödlichen Unfall auf dem Universitätsgelände gegen die protestierende Studierendenschaft und entmutigte sie – u.a. durch das Suspendieren und Exmatrikulieren engagierter Studierender – sich gegen die Universitätsleitung aufzulehnen.[40] Im September 2016 zerstörte die Administration auf dem Universitätsgelände ausgestellte „unethische“ Abschlussarbeiten, in denen nackte Körper abgebildet waren, und kündigte den Lehrauftrag des für diese Arbeiten zuständigen renommierten Architekten Tarek Naga. Unter dem Hashtag #GUC_Censorship wehren sich Studierende in sozialen Netzwerken gegen den Verlust einer der wenigen freisinnigen Professoren ihrer Hochschule.[41] Abgesehen von der GUC befindet sich auch ein Ableger der Technischen Universität Berlin in Ägypten. Standort ist der von dem Wirtschaftsmogul Samih Sawiris in den 90‘er Jahren erbaute Ferienort El Gouna am Roten Meer. Im Gegensatz zur GUC steht die TU Berlin in El Gouna nicht unter der Schirmherrschaft des ägyptischen Ministeriums für Erziehung und Bildung, sondern funktioniert als öffentlich-privates Projekt durch die Finanzierung der Sawiris Foundation for Social Development und Orascom Development.[42] Das Schweigen der beteiligten Universitäten in Deutschland und ihrer Studierendenschaften normalisiert die schrittweise Einschränkung der Forschungsfreiheit und das Vorgehen gegen unabhängige Studierendenorganisationen an der GUC.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

wurden mehr als 600 Fälle staatlicher Folter dokumentiert und mehr als 500 Fälle, in denen Menschen durch Sicherheitskräfte umgebracht wurden - die meisten davon ereigneten sich in Haft. Belangt wurden die Verantwortlichen dafür in der Regel nicht. Die Politik von Sisi ist es, politischen Dissens durch Staatsterror zu unterbinden und dafür lässt er den Sicherheitskräften freie Hand. Immer wieder fanden Demonstrationen gegen die ausufernde Polizeigewalt statt. So löste am 19. April 2016 ein Polizist eine Demonstration aus, indem er einen Verkäufer im Streit um den Preis eines Glases Tees erschoss und zwei Beistehende verletzte.[47] Gegenstand kürzlich erfolgter Demonstrationen ist auch immer wieder die korrupte Politik des Landes, wie die Proteste am 25. April 2016 gegen die Überlassung der unbewohnten Inseln Tiran und Sanafir an Saudi Arabien. Mittlerweile wurden 51 Teilnehmende wegen unerlaubten Protests, Hetze gegen Staatsinstitutionen und Störens des öffentlichen Friedens zu zwei Jahren Gefängnis einschließlich Zwangsarbeit verurteilt.[48] In breiten Teilen der Gesellschaft verliert der zunächst von vielen als starker Mann gefeierte Sisi, welcher wieder Ruhe und Ordnung in die Wirren der Post-Revolutionszeit bringen sollte, momentan an Zustimmung. Dies zeichnet sich auch im Sicherheitsapparat ab.

Sisi fürchtet einen Kontrollverlust über unzufriedene Sicherheitskräfte, was u.a. im Februar 2016 durch die Festnahme einfacher Polizisten sichtbar wurde, die sich auf dem Weg zu einer Fernsehsendung befanden, in welcher sie die sich zu dem Zeitpunkt in ihrer Gründungsphase befindliche Bewegung für die Rechte der Polizisten vorstellen sollten.[49] Die steigende Unzufriedenheit unter den staatlichen Sicherheitskräften,[50] gepaart mit einer starken wirtschaftlichen Krise, die die Lebensbedingungen der Menschen erschwert und die Gewerkschaften stärkt, stellen eine Risiko für das staatliche Gleichgewicht dar.

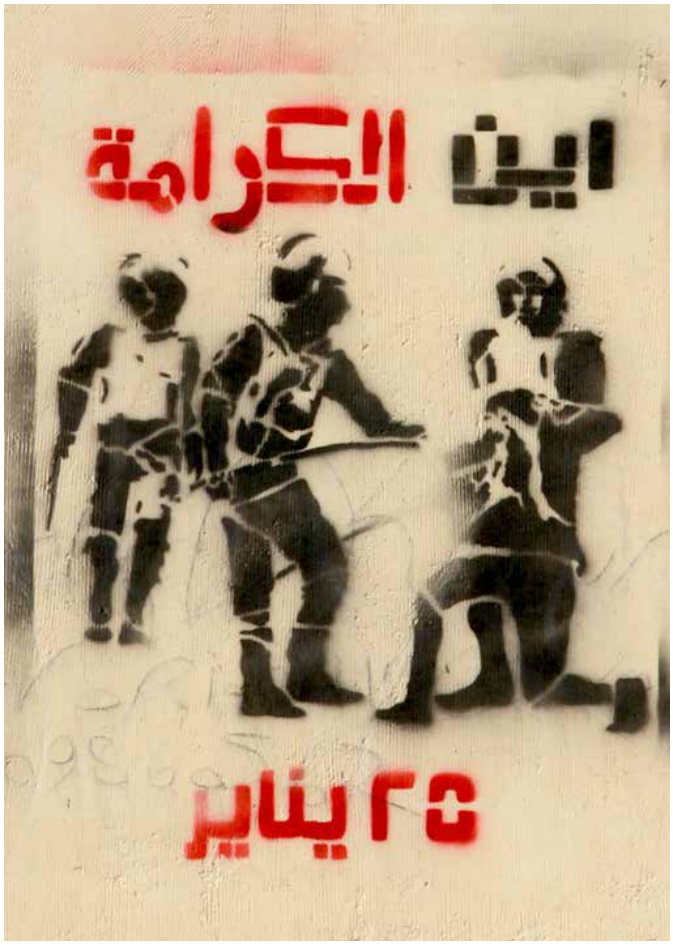
Doch nicht nur Polizisten organisieren sich gegen die Arbeitsbedingungen unter Sisi. Im Dezember 2015 fand eines der größten Gewerkschaftstreffen der letzten Jahre statt, bei dem beschlossen wurde, ein neues umfassenderes Komitee zu schaffen und eine landesweite Kampagne für die Freiheit von Gewerkschaften und bessere Arbeitsbedingungen auf die Beine zu stellen, welche in einer geeinten Demonstration münden sollte. Zur Versammlung trafen mehr als fünfzig Gewerkschaften ein - „vom Transportwesen zum Schulwesen, vom Landwirtschaftssektor zum weitflächigen informellen Dienstleistungssektor, vom Sinai bis zum [südlichen] Oberägypten, vom Nildelta, Alexandrien und Kairo“.[51]

Wie aus dem regierungskritischen Artikel des bei dem Treffen anwesenden italienischen Cambridge-Doktoranden Giulio Regeni hervorgeht, liegt das größte und letzte verbleibende Potential für einen starken Widerstand gegen das Regime in den unabhängigen Gewerkschaftsbewegungen, aus denen auch die großen Proteste des Jahres 2011 hervorgingen. Kurz nach der Veröffentlichung des Artikels auf dem italienischen Nachrichtenportal Near East News Agency und am fünften Jahrestag der Revolution wurde Regeni laut drei Geheimdienstbeamter und drei Polizisten, die sich an Reuters wandten, von Sicherheitsbeamten zu Tode gefoltert. Von offizieller Regierungsseite hieß es, Regeni sei von einer Gruppe Krimineller ermordet worden, welche wiederum durch die Polizei erschossen wurden.[52] Die unabhängigen Gewerkschaften stellen laut Regeni „einerseits das Herz der neoliberalen Transformation des Landes in Frage, welche eine starke Beschleunigung im Jahr 2004 erlebte und nicht durch die weitflächigen Revolten, die im Januar 2011 mit dem Slogan ‚Brot, Freiheit, soziale Gerechtigkeit‘ ausbrachen, ausgebremst werden konnte. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die simple Tatsache, dass es die vorhandenen spontanen und aus der Basis der Bevölkerung entstehenden Initiativen in einem autoritären und repressiven Kontext, wie dem des Ägyptens unter Ex-General al-Sisi, schaffen, die [staatlich errichtete] Mauer der Angst zu durchbrechen und somit an sich einen wichtigen Antrieb für einen [gesellschaftlichen und politischen] Wandel darstellen. Den Ausnahmezustand und die [von staatlicher Seite formulierten] Aufrufe zur Wahrung der Stabilität und des sozialen Frieden herauszufordern, die mit dem ‚Krieg gegen den Terrorismus‘ gerechtfertigt werden, bedeutet heute, wenn auch nur in einer indirekten Weise, die Rhetorik, mit der das Regime seine eigene Existenz und die Repression gegen die Zivilgesellschaft rechtfertigt, in Frage zu stellen.“[53]

Dies erklärt, weshalb Sisi im März 2016 alle unabhängigen Gewerkschaften, die sich nicht in die regierungsnahe Dachorganisation Egyptian Trade Union Federation (ETUF) eingliedern wollten, verbat. Die ETUF war seit ihrer Gründung 1957 die einzig staatlich anerkannte Gewerkschaftsbewegung.[54] Nach dem Sturz Mubaraks 2011, gründeten sich rund 3000 solcher unabhängigen Gewerkschaften, welche sich zum Teil unter der Dachorganisation Egyptian Federation of Independant Trade Unions zusammenschlossen.[55]

… bitten um internationale Solidarität!

Immer wieder fordern verschiedene ägyptische Gewerkschaften internationale Solidarität und Unterstützung, die auch auf der seit 2014 von dem MENA Solidarity Network betriebenen Seite der internationalen Egypt Solidarity Initiative dokumen-



„Wo ist die Würde?“ Regimekritik mit Hinweis auf den Revolutionsjahrestag am 25. Januar. Quelle: Aschevolgel/Flickr

Protest in London gegen den Staatsbesuch Sisis Anfang November 2015. Foto: Alisdare Hickson/Flickr

tiert werden.[56] Mitte August 2016 veröffentlichten ägyptische Gewerkschaftler_innen aus unterschiedlichen Sektoren einen Aufruf zur internationalen Solidarität für eine Kampagne, die sich um die Freilassung von 26 inhaftierten Werftarbeitern der Alexandria Shipyard Company bemüht. Die Arbeiter wurden im Rahmen eines Streiks für bessere Arbeitsbedingungen am 24. Mai 2016 festgenommen und warten seither auf das Urteil eines Militärgerichts. Das 1960 gegründete, staatliche Alexandria Shipyard Unternehmen wurde im Jahr 2007 von der dem Verteidigungsministerium unterstehenden Marine Industries and Services Organization übernommen[57]. Seither sind die Arbeiter_innen laut dem Aufruf der Gewerkschaften dem Militärrecht unterstellt, obwohl sie als zivile Arbeiter_innen zu betrachten seien. Die Unterzeichner_innen des Aufrufs appellieren, in Protestbriefen bzw. -mails an den Präsidenten Abdel Fattah al Sisi und an den ägyptischen Arbeitsminister die unverzügliche Freilassung der Arbeiter_innen des Unternehmens Alexandria Shipyard zu fordern.

Zuvor erfolgten weitere Aufforderungen zur internationalen Solidarität durch die Gewerkschaft der Journalist_innen, welche u.a. in Australien, Großbritannien, Irland und Tunesien Anklang fanden. In der Nacht zum ersten Mai 2016 stürmte die Polizei das Gewerkschaftshaus der Journalist_innen in Kairo und inhaftierte die zwei Journalisten Amr Badr und Mahmoud al Sakka. Bisher galt dieser Ort als Tabuzone für die Polizei – ein begrenzter Ort, an dem Protest zu Zeiten Mubaraks geduldet wurde. Doch selbst am 4. Mai 2016, am internationalen Tag für Pressefreiheit, schritt das Militär erneut gegen die Journalist_innen ein. In Reaktion auf diese staatliche Repression trafen sich verschiedene Journalist_innen, um einen Plan gegen den immer weiter ausufernden Prozess der Repression aufzustellen. Ein Ergebnis dieses historischen Treffens, an dem etwa 3000 Mitglieder trotz Drohungen von Seiten der Polizei teilnahmen, war die gemeinsame Herausgabe einer Titelseite, die für Pressefreiheit eintrat, eine Entschuldigung des Präsidenten verlangte, den ägyptischen Innenminister kritisierte und seinen Rücktritt forderte. Zahlreiche große Zeitungen[58] beteiligten sich an dieser Aktion. Zur internationalen Solidarität rief u.a. die International Journalist Federation auf, die die Repression gegen die Journalist_innen in Ägypten an dritter Stelle weltweit einschätzt.

In der britischen Gewerkschaft University and College Union organisierte Akademiker_innen stimmten im Rahmen ihres jährlichen Kongresses Anfang Juni 2016 für eine Teilnahme der von Amnesty International initiierten Kampagne #TruthforGiulio zur Aufklärung des Mordes an Giulio Regeni, der an der Cambridge University promoviert hatte.[59] Abgesehen von den zahlreichen dokumentierten Menschenrechtsverletzungen an ägyptischen Staatsbürger_innen, hatte selbst die straflose tödliche Gewalt ägyptischer Sicherheitsbeamter an dem französischen Staatsangehörigen Eric Lang und dem italienischen Gulio Regeni keine schwerwiegenden politischen oder wirtschaftlichen Konsequenzen für Ägyptens Regierung. Zwar zog Italien im April 2016 den Botschafter aus Kairo ab und der italienische Senat annullierte am 29. Juni 2016 die Erlaubnis der Lieferung von ausstehenden F-16 Bauteilen an Ägypten auf Grund der mangelnden Kooperation ägyptischer Behörden in der Aufklärung des Mordfalles,[60] doch andere Waffenexporte fanden auch nach der Ermordung statt.[61] Obwohl sich erst im Jahr 2013 ein ähnlicher Fall mit einem französischen Staatsbürger ereignete, kamen auch aus Paris keine kritischen Töne. Im September 2013 wurde der Französischlehrer Eric Lang während einer Ausgangssperre festgenommen und in die Qasr Al-Nil Polizeistation gebracht, wo er kurze Zeit später starb. Die Autopsie ergab, dass er mehr als sechs Stunden lang mit einer Stange und elektrischen Kabeln geschlagen wurde – ein Befund, der auf Polizeigewalt hindeutet und nicht, wie die offizielle Erklärung lautet, auf den Mord von weiteren Zellin-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

sassen. Dennoch wurden im Mai 2016 sechs ehemalige Zellinsassen des Mordschlags beschuldigt und verurteilt.[62]

Unterschiedliche Gruppen in England richten sich gegen die Wirtschaftskooperation, gegen die diplomatischen Vertretungsstellen in Großbritannien und schaffen Solidaritätsnetzwerke zwischen den Gewerkschaften in u.a. Ägypten, Irland und Großbritannien.

In Deutschland protestierte die in Deutschland aufgewachsene ägyptische Studentin und Journalistin Fagr Eladly bei der Pressekonferenz mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi Anfang Juni 2015 in Berlin gegen Sisi, in dem sie Sisi durch Zwischenrufe als Mörder bezeichnete.[63] Es bestehen zahlreiche mögliche Anknüpfungspunkte, um der Militärdiktatur in Ägypten zumindest die wirtschaftliche und politische Unterstützung aus Deutschland zu entziehen und um den kritischen Stimmen mehr Gehör zu verschaffen. Auch Gruppen in Deutschland können ihre Solidarität ausdrücken, egal ob es sich hierbei um Fußball-Sympathisant_innen handelt, um Studierende, die sich gegen die Militarisierung ihres Campus und die Beschneidung von Forschungsfreiheit wehren, oder um die inhaftierten Dichter_innen, Angehörigen der LGBT-Community, Journalist_innen oder Menschenrechtsaktivist_innen.

Anmerkungen

1 Internationale Reaktionen zu Ägypten Erleichterung über Mubaraks Rücktritt, rp-online.de, 12.02.2011
2 Revolution in Ägypten. Polizisten wollen mehr Geld, taz.de, 14.02.2011
3 Ägypten nach der Revolution, bpb.de, 02.08.2011
4 Ägypten: Gericht verurteilt Al-Jazeera-Journalisten zum Tode, spiegel.de, 07.05.2016
5 Repreive November 2015
6 Ein unverzichtbarer Verbündeter im Kampf gegen den Terrorismus, bmi.bund.de, 31.03.2016
7 Egypt declares Muslim Brotherhood a terrorist group, theguardian.com, 25.12.2013
8 Ansar Beyt al Maqdis (Unterstützer des Heiligen Hauses) trat zunächst im Jahre 2011 als islamistische Rebellengruppe zu Vorschein und verübte u.a. Anschläge auf die nach Israel führende Ölpipelines im Sinai. Seit dem 10. November 2014 haben sie ihre Treue und Anhängerschaft zum Islamischen Staat bekundet und bezeichnen sich seither als Provinz Sinai.
9 Ismail Alexandrani: The War in Sinai. A battle against terrorism or cultivating terrorism for the future?, Arab Reform Initiative, März 2014. Ismail Alexandri befindet seit Dezember 2015 in Untersuchungshaft, deren Dauer bereits drei Mal verlängert wurde. Ihm werden u.a. die Unterstützung einer Terrororganisation vorgeworfen und das Verbreiten falscher Nachrichten, welche die öffentliche Sicherheit und Interessen verletzten.
10 30 Terrorists Killed' in Egypt's North Sinai on Sinai Liberation Day, egyptianstreets.com, 25.04.2016
11 Alexandrani: The War in Sinai 2014
12 Auch im Westen des Landes hat die staatliche Terrorismusbekämpfung tödliche Folgen. Die Bombardierung einer Gruppe mexikanischer Tourist_innen an der libyschen Grenze im Jahr 2015 zeigt, wie locker der Finger der ägyptischen Streitkräfte am Abzug sitzt. Die ägyptische Luftwaffe bombardierte das Zeltlager der Tourist_innen im Rahmen einer Anti-Terror-Operation an der Grenze zu Libyen im Westen des Landes, obwohl die zuständige Behörde diese Reiseroute zuvor genehmigt hatte. Dabei starben vier ägyptische Reisebegleiter und sechs Tourist_innen. Die mexikanische Regierung kritisiert die mangelnde Nachbereitung des Vorfalls und die Haltung der Regierung, von deren Seite keine Entschädigung oder Bestrafung der verantwortlichen Militärs angeordnet wurde. Die einzige Entschädigung erhielten Familien der mexikanischen Opfer durch die Egyptian Tourism Federation – einem wirtschaftlichen Zusammenschluss von Unternehmen aus dem Tourismussektor. Egypt tourism groups pay families of three Mexicans killed by mistake, theguardian.com, 09.05.2016
13 Mohammed Othman: Rafah farmers watch in horror as Egypt floods Gaza tunnels, al-monitor.com, 25.09.2015
14 "Look for Another Homeland" Forced Evictions in Egypt's Rafah, hrw.org, 22.09.2015
15 Einen weiteren Akteur in dieser Gewaltspirale stellt die Regierung Israels dar. Seit der Machtergreifung Sisis setzte das israelische Militär mehrmals Drohnen zur gezielten Tötung von als Terrorist_innen klassifizierten Bewohner_innen der Halbinsel ein und schickte israelische Todesschwadronen zur Ermordung eines Palästinensers in den Sinai. Es ist unklar, wie viele Menschen durch diese völkerrechtswidrigen Aktionen ums Leben kamen. (Alexandrani: 2014)
16 Rania Rabeaa Elabd: Who's really benefiting from Sinai's state of emergency?, al-monitor.org, 21.06.2016
17 Patrick Keddie: Sinai. Reporting Egypt's 'War on Terror'. The Egyptian government has barred journalists from reporting on events in the troubled Sinai peninsula, aljazeera.com, 07.03.2016
18 James Dorsey: Egypt Bans Ultras in Bid to Break Anti-Government Protests, huffingtonpost.com, 16.05.2015
19 Egypt. Hundreds disappeared and tortured amid wave of brutal repression, amnesty.org, 13.07.2016
20 Egypt. Counterterrorism Law Erodes Basic Rights, hrw.org, 19.08.2015
21 Andrej Hunko: Pressemitteilung. Kein deutsches Polizeiabkommen mit Ägypten, andrej-hunko.de, 04.11.2014
22 Andrej Hunko: Pressemitteilung. Kein deutsches Polizeiabkommen mit Ägypten, andrej-hunko.de, 04.11.2014
23 More EU-bound migrants leaving from Egypt: EU agency, tribune.com.pk, 28.06.2016
24 EU befürchtet Massenflucht aus Ägypten, sueddeutsche.de, 23.09.2016
25 Mohamed al-Kashef und Tom Rollins: Is Egypt the new gateway to Europe?, madamasr.com, 11.08.2016
26 Kristin Siegfried: Europe tries to buy its way out of the migration crisis, irinnews.org, 30.06.2016
27 Bundestag Drucksache 18/8598, 31.05.2016
28 David Smith: Egypt cracks down on irregular migrants, middleeasteye.net, 21.08.2015
29 Deutscher Innenminister zu Gast in Ägypten. Vertiefung der Sicherheitszusammenarbeit, kairo.diplo.de
30 Matthias Monroy: Repressionswelle in Ägypten – Bundesinnenministerium hilft mit Ausbildung und „Sicherheitsabkommen", netzwerkpolitik.org, 03.05.2016
31 Egypt Scores Barred Travelling, hrw.org, 01.11.2015
32 Severin Weiland: Nach Festnahme in Berlin: Al-Jazeera-Journalist Mansour kommt frei, spiegel.de, 22.06.2015
33 Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel am Nil, kairo.diplo.de
34 Gabriel nennt al-Sisi „beeindruckenden Präsidenten", tagesschau.de, 18.04.2016
35 Combined Cycle (COGAS) power plants for Egypt: Deutsche Bank, HSBC and KfW IPEX-Bank structure and arrange EUR 3.5 billion in financing, db.com, 12.04.2016
36 Deutschland profitiert von neuem Suezkanal, bundesregierung.de, 07.08.2015
37 Germany may take part in Egypt new capital city projects, projects.zawya.com, 21.01.2016
38 Geschäftsanbahnung für deutsche Unternehmen und Dienstleister im Bereich der Zivilen Sicherheitstechnologien und -dienstleistungen nach Ägypten vom 18. bis 22. Februar 2, ixpos.de
39 Forces of the Old Regime, german-foreign-policy.com, 28.03.2011
40 GUC students to appeal expulsion for protesting death of fellow student, madamasr.com, 02.08.2015
41 Professor at German University: They thought my students' work was immoral so they terminated my contract, madamasr.com, 07.09.2016
42 Know The TU Berlin Campus El Gouna, daad.org

43 733 protests in the first quarter of 2016. Observatory report, dailynewsegypt.com, 11.04.2016
44 حصر المقبوض عليهم والمحالين أيضا خلال عهد السيسي/ عدلي منصور, مُحَدَّث حتى 15 مايو 2014 wikithawra.wordpress.com
45 Egypt: 7,400 Civilians Tried In Military Courts, hrw.org, 13.04.2016
46 Im Mai 2015 wurden vier Menschen nach dem Urteil eines solchen Militärgerichts gehängt, obwohl sie zum Zeitpunkt des vermeintlich begangenen Verbrechens bereits in Haft waren. Ein Fünfzehnjähriger verbrachte drei Jahre in Haft, nachdem ein Militärgericht ihn der Beteiligung an einem unerlaubten Protest bezichtigte.
47 Egypt protest after tea vendor 'killed by police', bbc.com, 19.04.2016
48 51 Protesters Sentenced to Prison for Demonstrations Against Egypt's Transfer of Islands, egyptianstreets.com, 14.05.2016
49 Mohammad Mansour: Why is Sisi so afraid of Egypt's police?, middleeasteye.net, 05.09.2016
50 Bereits 1986 rebellierten laut Mohammad Mansour etwas 25.000 niedrig-rangige Bereitschaftspolizisten gegen die ausbeuterischen Bedingungen unter Mubarak. Die Rebellion wurde militärisch niedergeschlagen, wobei 175 Polizisten erschossen und rund 3000 verhaftet wurden. In den staatlichen Medien wurden die Hintergründe des Aufstandes verdreht dargestellt, was trotz der starken Überwachung und der rigiden Gesetze auf Grund des Internets heute nicht mehr möglich ist.
51 L'Egitto degli scioperi cerca l'unità sindicale, nena-news.it, 14.01.2016
52 Simon Robinson und Sara Ledwith: Exclusive. Egyptian police detained Italian student before his murder – sources, reuters.com, 21.04.2016
53 L'Egitto degli scioperi cerca l'unità sindicale, nena-news.it, 14.01.2016
54 Jano Charbel: Why are Egypt's independent trade unions on trial?, madamasr.com, 8.2.2016
55 Ebd.
56 Egypt Solidarity. An international initiative against repression in Egypt, egyptsolidarityinitiative.org
57 Jano charbel: Petitions support Alexandria shipyard workers standing military trial, madamasr.com, 02.08.2016
58 Zu den Zeitungen, die die Entscheidung der Notsitzung der Gewerkschaft umgesetzt haben, zählen Al-Shorouk, Al Wafd, Youm7, Al Maqal, Al Bawaba und Al Masry al Youm.
59 University and College Union joins campaign for truth for Giulio and justice for Egypt's disappeared, egyptsolidarityinitiative.org, 04.06.2016
60 Italy votes to halt aviation supplies to Egypt over student death, uk.reuters.com, 29.06.2016
61 Matteo Civillini: L'Italia ha continuato a vendere armi all'Egitto anche dopo l'omicidio di Giulio Regeni, news.vice.com, 02.09.2016
62 Egypt Court Sentences Inmates to 7 Years in Prison for 2013 Killing of French Teacher, egyptianstreets.com, 16.05.2016
63 Raniah Salloum: Zwischenruferin beim Sisi-Besuch „Sonst hätte mich ja niemand gehört", spiegel.de, 04.06.2015

Militärkritisches Wandbild des ägyptischen Straßenküstlers Keizer. Quelle: Wikipedia

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Strategien im Cyberkrieg

Verschiedene Perspektiven auf das fünfte Schlachtfeld

von Thomas Gruber

Viel hat sich in den letzten zwei Jahren im Diskurs über den virtuellen Raum (auf Englisch auch Cyberspace) getan. Kaum eine Tageszeitung, kaum ein Politblog, die nicht irgendwo das Thema „Cyber“ behandeln würden – oft in so Unheil verkündenden Kombinationen wie „Cyberkrieg“, „Cyberangriff“ oder gar „Cyberterrorismus“. Kein Mensch kann sich angeblich mehr vor der unsichtbaren virtuellen Bedrohung sicher fühlen, dringen Hacker_innen doch inzwischen schon in die am besten abgeschotteten Netzwerke wie die von Banken und Geheimdiensten ein. Mit zwei aktuellen Beispielen wird in der Presse derzeit die allgegenwärtige Gefahr eines existenzbedrohenden Hacks begründet: Seit Anfang des Jahres wird von vermehrten Angriffen auf Banken berichtet. Nachdem die Zentralbank Bangladeschs im Februar um 81 Millionen US-Dollar erleichtert wurde, soll hinter den Attacken nun System stecken und es müssen weitere Angriffe auf Banken befürchtet werden.[1] Außerdem wurde im August bekannt, dass der US-Geheimdienst NSA[2] erfolgreich gehackt wurde. Zu allem Überfluss war das Opfer die „Equation Group“, ein Zusammenschluss äußerst versierter Hacker_innen, die vermutlich an der Entwicklung der mächtigsten invasiven Programme der NSA beteiligt sind.[3]

Die politische Antwort auf die neue Gefahr aus dem Cyberspace ist überwiegend militärisch und geheimdienstlich-polizeilich geprägt. Dies lässt sich vor allem an der Hochrüstung westlicher Akteur_innen im virtuellen Raum erahnen: Die NATO betont Gipfeltreffen um Gipfeltreffen die zentrale Bedeutung einer schlagkräftigen Cybertruppe und betreibt eigens dafür ein NATO-Kompetenzzentrum zur Cyberabwehr (*CCDOE*);[4] nationale (in Deutschland vorwiegend Landespolizeien) und supranationale polizeiliche Institutionen erhalten erhebliche Mittel und Machtbefugnisse im Kampf gegen die Cyberkriminalität;[5] und die Bundeswehr schafft mit dem *Kommando Cyber- und Informationsraum* einen eigenen Organisationsbereich für die deutsche Beteiligung am Cyberkrieg.[6]

Die Analyse von Aktionen im Cyberspace ist derzeit also äußerst populär – sei es in der Presse, der Politik oder aus einer militärischen Perspektive. Und obwohl sich professionelle Cyberattacken meist gegen Konzerne oder staatliche Institutionen richten, wird in der öffentlichen Diskussion ebenso häufig von einer Gefahr für Privatpersonen und die Zivilgesellschaft gesprochen. Grund genug, einen genaueren Blick auf die Akteur_innen zu werfen, die sich im virtuellen Raum bewegen und wie der Cyberspace aus verschiedenen Ansichten thematisiert wird.

Cyberwar in Militär und Politik

Wo sich, wie im virtuellen Raum, Angriff und Verteidigung, Täter_innen und Opfer definieren lassen, ist die militärische Elite nicht weit, um ein neues, sie selbst legitimierendes Schlachtfeld zu generieren. Für das Militär ist es dabei wünschenswert, wenn die kriegerischen Aktionen im Zusammenspiel mit wirtschaftlichen und polizeilichen Interessen einzelner Nationalstaaten laufen, weil so der Rechtfertigungszwang auf die Staatsregierungen übergeht. Im Cyberwar ist diese Agenda äußerst erfolgreich: Cyberangriffe auf westliche Unternehmen werden zu einer Bedrohung der nationalen Sicherheit, „Cybercrime” wird zu „Cyberterrorismus“ und der_die Feind_in kann angeblich in jedem dunklen Winkel des Internets lauern, das es aufgrund dieser akuten Notlage umfassend zu überwachen gelte.

Diese Entwicklung zeichnet sich auch in den großen militärischen Strategien ab, die im Laufe des Jahres von der NATO, der EU und dem deutschen Verteidigungsministeriums entwikkelt wurden. Die Ergebnisse des NATO-Gipfels in Warschau, die Formulierungen zur EU-Globalstrategie, das Weißbuch der Bundeswehr, sie alle schlagen in Sachen Cyberstrategie in dieselbe Kerbe: Der Cyberwar ist eine reale Bedrohung der Gegenwart und die militärischen Strukturen der westlichen Großmächte sind für diese Art von Kriegsführung nicht ausreichend gerüstet. Cyberattacken sind eine Gefahr für mittelständische Unternehmen sowie für Großkonzerne, für ganze Wirtschaftssysteme, ja sogar die staatliche Ordnung und damit auch die Zivilgesellschaft. Der virtuelle Raum ist das Schlachtfeld der Zukunft. Um die Wehrhaftigkeit der westlichen Großmächte gegen gut verborgene Kleingruppen von Hacker_innen zu gewährleisten, müssen neue Geschäftsfelder und Abteilungen für die militärischen und polizeilichen Institutionen der Bundesrepublik, der EU und der NATO geschaffen werden, die einen regen Austausch pflegen.

Für eine schlagkräftige Cybertruppe wird außerdem das modernste Equipment benötigt. Schon im Prozess der strategischen Ausarbeitung werden auf BRD-, EU- und NATO-Ebene die Weichen für sogenannte *Private-Public-Partnerships* (PPPs) in Sachen Cybersicherheit gelegt (siehe folgender Abschnitt). So sollen westliche IT-Sicherheitskonzerne die unterversorgten militärischen Einrichtungen für satte Gewinne mit der modernsten Spionage- und Cyberabwehrtechnologie bestücken.

Bedeutung für die Wirtschaft

Die Privatwirtschaft nimmt in der politischen Diskussion über den Cyberwar eine besondere Rolle ein. Sie ist – wie beispielsweise Banken und produzierendes Gewerbe – sowohl Opfer von Cyberattacken, als auch – im Falle der IT-Sicherheitsindustrie – Profiteurin des Cyberkriegs. Die größten Unterschiede der deutschen, der EU- und der NATO-Strategie im Cyberwar werden gerade in der Rolle, die privatwirtschaftliche Akteur_innen dort einnehmen, deutlich. Auf dem NATO-Gipfel im Juli 2016 werden Cyberattacken noch ausschließlich im Kontext von kriegerischen Handlungen betrachtet: „Wir […] erkennen den virtuellen Raum als ein Operationsgebiet an, in dem sich die NATO genauso effektiv verteidigen muss, wie sie es bereits in der Luft, an Land und zur See tut.“[7] Im Weißbuch der Bundeswehr werden Cyberattacken auf deutsche Unternehmen und staatliche Strukturen mit einer Gefahr für die Zivilgesellschaft in einem Atemzug genannt: „Die wachsende und sämtliche Lebensbereiche durchdringende Digitalisierung […] macht Staat, Gesellschaft und Wirtschaft […] besonders verwundbar für Cyberangriffe und erfordert unmittelbare Gefahrenabwehr”.[8] Und die EU-Globalstrategie bittet eher in einem

Quelle: Korpus der Zeitung „Die Zeit". Erstellt mithilfe des Digitalen Wörterbuchs der Deutschen Sprache (DWDS).

Appell um breite Zusammenarbeit: „Kooperation und Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten, den Institutionen, dem privaten Sektor und der Zivilgesellschaft können eine gemeinsame Kultur der Cybersicherheit fördern und zur besseren Verteidigungsbereitschaft gegen mögliche Störungen und Attacken im Cyberraum beitragen."[9]

In den Fragen, woher die nötige Technologie für die zu gewährleistende Cybersicherheit denn nun genommen werden soll und ob für den Schutz von Banken und Konzernen vor Cyberattacken auch Steuergelder verwendet werden sollen, sind sich alle drei Papiere dann jedoch wieder sehr ähnlich: Mit Geldern des *Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik* (BSI), der EU-Kommission und der NATO wurden jeweils Zusammenschlüsse aus Unternehmen der IT-Sicherheitsbranche und Behörden gebildet, die die Grundlage für Großprojekte im Rahmen von PPPs darstellen sollen. Auf Bundesebene sorgt die *Allianz für Cybersicherheit* für die nötige Nähe zwischen staatlichen Institutionen und privaten Unternehmen: „Als Zusammenschluss aller wichtigen Akteure im Bereich der Cyber-Sicherheit in Deutschland" soll die Allianz „die Widerstandsfähigkeit des Standortes Deutschland gegenüber Cyber-Angriffen […] stärken". Inzwischen gehören dem Verbund fast 2000 Institutionen an – eine bunte Mischung aus Behörden, Sicherheitsunternehmen, sogenannte „Betreiber kritischer Infrastruktur" und „Institutionen im besonderen staatlichen Interesse".[10] Die EU-Kommission bringt die verschiedenen Akteur_innen über die *öffentlich-private Partnerschaft zur Cybersicherheit* zusammen: Das von der EU-Kommission gestartete Projekt soll die größten europäischen IT-Sicherheitskonzerne mit „regionalen [und] nationalen Behörden" verkuppeln, um „Europa besser gegen Cyberattacken auszurüsten und die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Cybersicherheits-Sektors zu verbessern". Die Partnerschaft soll bis zum Jahr 2020 „Investitionen von 1,8 Milliarden Euro anlocken".[11] Auch die NATO gibt der Industrie Schützenhilfe mittels der NATO Industry Cyber Partnership (NICP)[12]: Um zu lernen, „Cyberattacken besser zu verhindern, auf sie zu reagieren und sich von ihnen erholen zu können, […] werden wir als Teil einer offenen, transparenten und für beide Seiten gewinnbringenden Partnerschaft mit der Industrie zusammenarbeiten".

Stimmen aus der Forschung und der Presse

Sehr kritische Worte für die aktuelle politische und militärische Stoßrichtung im Umgang mit Cyberattacken finden sich vor allem in wissenschaftlichen Publikationen wie beispielsweise von der *Stiftung Wissenschaft und Politik* (SWP), die eine „Militarisierung" des „freie[n] Internet[s]" thematisiert[13] und in einer Studie im März 2016 mit „Leitlinien für eine deutsche Cyber-Außen- und Sicherheitspolitik" zur „Sorgfaltsverantwortung im Cyberraum" mahnt[14]. Im virtuellen Raum sei in Friedenszeiten der zivilen Komponente Vorrang gegenüber der militärischen zu geben. Polizeiliche, staatliche und militärische Aktionen im Cyberspace seien transparent zu machen und mit anderen Interessensgruppen der Gesellschaft abzustimmen. In einer Ausgabe des Journals „WeltTrends" zum Cyberwar sprechen Autor_innen von der Konstruktion, der „Erfindung des Cyberwars", welche für die Zivilgesellschaft Bedrohungsszenarien im Cyberraum heraufbeschwört, wie sie „in ähnlicher Form auch schon als Probleme der IT-Sicherheit diskutiert wurden".[15] Eine höchstens strafrechtlich oder im Eigentumsrecht relevante, „verbrecherische" Aktion zu einem militärischen Angriff zu stilisieren sei durchaus bemerkenswert.

Die wissenschaftlichen Arbeiten zum Thema Cyberwar finden allerdings nur bedingt Anklang in der breiten Öffentlichkeit. Sie sind vielmehr als Empfehlungen für Regierungshandeln oder als Denkanstoß für politische Arbeit gedacht. Große Tageszeitungen und öffentlich-rechtliche Sender sind als Schnittstelle zwischen Politik und Gesellschaft dagegen maßgeblich für die Form des öffentlichen Diskurses zu tagesaktuellen Themen verantwortlich. Und so ist es entscheidend, mit welchem Ton die Journalist_innen über den Cyberkrieg berichten und wie sehr sie ihre Darstellung an den großen staatlichen, militärischen und privatwirtschaftlichen Interessensträger_innen orientieren.

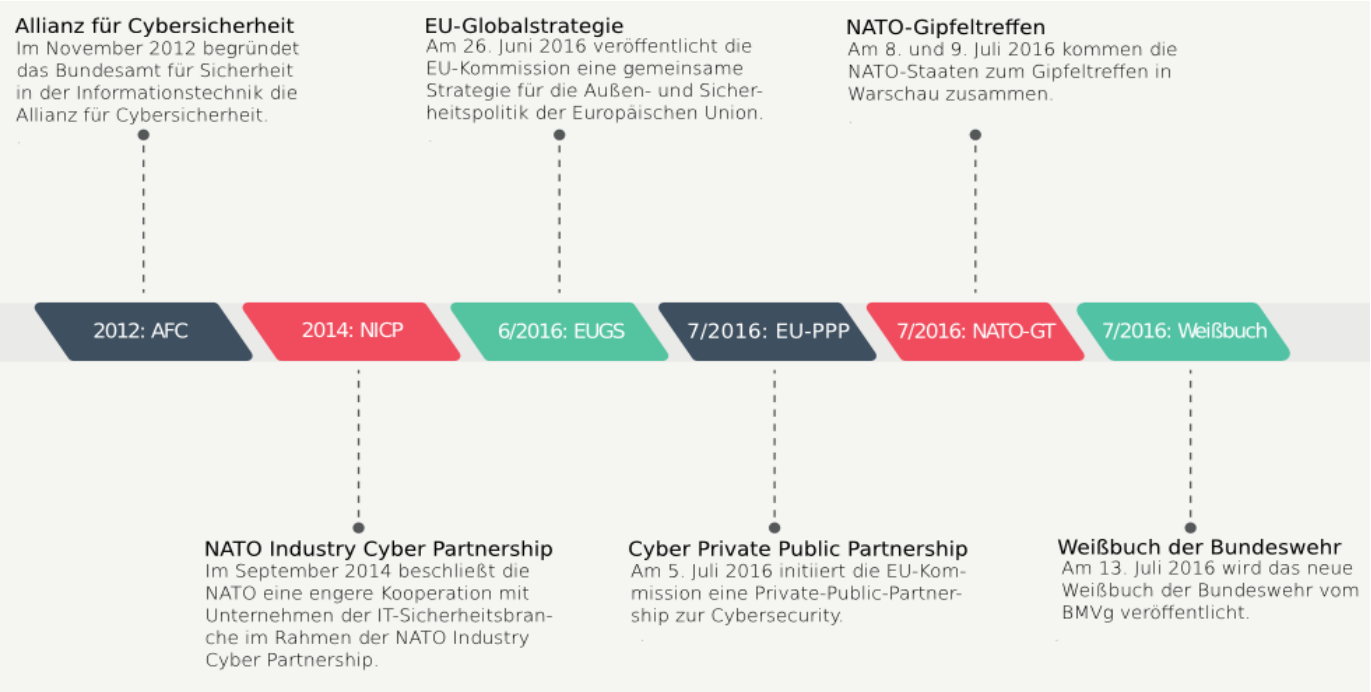
Doch sachliche Artikel zum „Krieg im Netz" oder eine fundierte Auseinanderstzung mit der tatsächlichen Bedrohungslage für die Zivilgesellschaft sind in den Mainstream-Medien scheinbar eher unpopulär. Vielmehr überschlagen sich die Meldungen zu immer neuen Angriffen aus dem Nichts – unkontrollierbar und unberechenbar. Die einen sprechen vom „Angriffsziel Deutschland"[16], einer „Gefahr durch Cyber-Angriffe [...] [für] Krankenhäuser oder die Energieversorgung"[17], von „Hackerangriff[en] auf […] deutsche Banken"[18] oder von möglichen Attacken auf „die neuesten und beliebtesten Smartphones"[19]. Keine beruhigenden Worte für die Leser_innen also – Cybercrime, Cyberwar und Cyberterrorismus werden in der Presse zur großen Bedrohung erklärt. Wie die Regierung mit dieser Gefahrenlage umgeht, wird in zumeist wohlwollendem Ton im gleichen Atemzug nachgeliefert: Auf militärischer Seite „[sucht] die Bundeswehr […] IT-Spezialisten für den Krieg im Cyberspace"[20], „Geheimdienste rüsten auf gegen Terror und Cyber-Attacken"[21] und alle polizeilichen und militärischen Bemühungen kommen dann einer „mobile[n] Einsatztruppe gegen Hacker" zugute[22].

Zivilgesellschaftliche Akteur_innen im Cyberkrieg

Zur Angst und Panikmache in Politik und Tagespresse um eine neue kriegerische Bedrohung wird also gleichzeitig eine Lösungsstrategie formuliert: Die Regierung, das Militär, die Geheimdienste – sie alle sollen der Gesellschaft aus der akuten Bedrohungslage mit den nötigen Mitteln helfen. Was die Bürger_innen dabei opfern sollen, sind erhebliche Teile ihrer digitalen Privatsphäre. Wie gut die Rechnung allerdings für die Machteliten in diesem Falle aufgeht, wird erst bei einem genaueren Blick auf die tatsächliche Gefahr von Cyberattacken für die Zivilgesellschaft sichtbar: Bisher besteht in Europa und den USA die größte Cyber-Bedrohung für den Staat, militäri-

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen



Quelle: Selbst erstellte Grafik nach einer Vorlage von freepik.com

sche Strukturen, Unternehmen und die Geheimdienste selbst. Erfolgreiche Angriffe auf die Energieversorgung eines Landes oder andere kritische zivile Infrastruktur wurden bisher nur von westlichen Staaten durchgeführt, die damit die eigentliche Bedrohung für zivilgesellschaftliche Akteur_innen darstellen. So schlagen Bundesregierung, EU-Kommission und NATO ein geschicktes Rad von der aus Steuergeldern getragenen Cybersicherheit ihrer Herrschafts- und Wirtschaftsstruktur hin zur Legitimation vermehrter Überwachung von Privatpersonen.

Presseberichte zu offensiven Cyberaktionen, die von NATO-Staaten ausgehen, sind selten. Die westlichen Militärstrategien sprechen zwar häufig von der Notwendigkeit offensiver Cyberkapazitäten, die eigentlichen Angriffe werden dann aber im Geheimen durchgeführt. Die Dunkelziffer der von NATO-Staaten iniiterten Cyberattacken dürfte daher dementsprechend hoch sein. So wurden beispielsweise ab dem Jahr 2007 iranische Atomanlagen mittels des Computerwurms *Stuxnet* aus den USA angegriffen, was erst im Jahr 2010 bekannt wurde.[23] Seit Kurzem wird außerdem berichtet, dass die Bundeswehr im Jahr 2015 das afghanische Mobilfunknetz im Zuge einer Geiselbefreiung attackierte.[24] Die beiden Cyberangriffe stellen eine ernsthafte Gefährung der Sicherheit und einen empfindlichen Eingriff in die Privatsphäre der iranischen bzw. der afghanischen Zivilgesellschaft dar.

Das Bedrohungsszenario des Cyberkriegs wird damit zu einer sehr realen Bedrohung für die Zivilgesellschaft. Und so darf das Eifern des Militärs und der Polizeibehörden um Verfügungsgewalt im virtuellen Raum als Signal für Privatpersonen und Gruppierungen verstanden werden, sich dieser anbahnenden staatlichen Kontrolle zu entziehen. Sei es mithilfe einer Verschlüsselung der privaten Kommunikation auf kollektiv organisierten *CryptoParties*, die Unterstützung der Initiative *Freifunk*, die sich für freies, offenes und anonymes Surfen einsetzt oder des antimilitaristischen Kampfes des *Forum Informatiker_innen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung*[25], dessen Mitglieder sich für eine friedliche und am Gemeinwohl orientierte Nutzung der Informationstechnik einsetzen.

Anmerkungen

1 Cyber-Angriff auf weitere Bank, tagesschau.de, 10.09.2016.
2 National Security Agency.
3 Hacker erbeuteten offenbar NSA-Software, Spiegel online, 10.09.2016.
4 NATO Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence, https://ccdcoe.org/, 13.09.2016.
5 European Cybercrime Centre (EC3), europol, 13.09.2016.
6 Cyber- und Informationsraum, in: Europäische Sicherheit & Technik 9/2016, S. 44-47.
7 Warsaw Summit Communiqué, NATO, 13.09.2016, Abschnitt 70. Vom Autor aus dem Englischen übersetzt.
8 Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr, pdf, 13.09.2016, S. 36.
9 Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe, pdf, 13.09.2016, S. 22. Vom Autor aus dem Englischen übersetzt.
10 Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik: Allianz für Cybersicherheit, AFC, 14.09.2016.
11 Commission signs agreement with industry on cybersecurity and steps up efforts to tackle cyber-threats, europa.eu, 14.09.2016. Vom Autor aus dem Englischen übersetzt.
12 NATO Industry Partnership, nato.int, 14.09.2016. Vom Autor aus dem Englischen übersetzt.
13 Einträge auf swp.org zum Thema „Cyber", swp.org, 14.09.2016.
14 Annegret Bendiek: Sorgfaltsverantwortung im Cyberraum, SWP-Studien 2016/S 03, 14.09.2016.
15 Kai Denker: Die Erfindung des Cyberwars, in: WeltTrends 113, S.17-21.
16 Angriffsziel Deutschland, tagesschau.de, 12.09.2016.
17 Die Bundeswehr sucht IT-Spezialisten für den Krieg im Cyberspace, süddeutsche.de, 12.09.2016.
18 Hackerangriff auf dreizehn deutsche Banken, faz.net, 12.09.2016.
19 Sicherheitslücke in 900 Millionen Handys, faz.net, 12.09.2016.
20 Die Bundeswehr sucht IT-Spezialisten für den Krieg im Cyberspace, süddeutsche.de, 12.09.2016.
21 Geheimdienste rüsten auf gegen Terror und Cyber-Attacken, süddeutsche.de, 12.09.2016.
22 Mobile Einsatztruppe gegen Hacker, tagesschau.de, 12.09.2016.
23 Obama ordnete Stuxnet-Attacken an, taz.de, 24.09.2016. Vgl. auch: Stuxnet, Wikipedia, 24.09.2016.
24 Bundeswehr-Hacker knackten afghanisches Mobilfunknetz, Spiegel Online, 24.09.2016.
25 cryptoparty.in; freifunk.net; fiff.de.

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Herausgeber des AUSDRUCKs ist die ***Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.***
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder.
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154